

Dok1 Protokoll der 52. Bundesmitgliederversammlung

Antragsteller*in: -

Tagesordnungspunkt: b.8. Bestätigung des Protokolls der 52. BMV



Protokoll

52. Bundesmitgliederversammlung

Campusgrün

Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen

Beginn: 12.12.2025, 16:00 Uhr

Ende: 14.12.2025, 15:00 Uhr

Ort: Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

Präsidium / Redeleitung: Emilia de Rosa, Lisa Bücken, Maia Aree, Nele Bär, Maximilian Gravendyk, Simon Roß

Versammlungsleitung: Constantin Meyer zu Allendorf

Protokoll: Marco Leonhardt (Schriftführung), Madeleine Schneider (GHG Regensburg), Präsidium

Anwesende Gruppen:

- Campus Grüne Uni Flensburg
- Campus:Grün Trier
- campus.grün Lüneburg
- Campusgrün Hagen
- Campusgrün Leipzig
- CampusGrün Lübeck
- campusgrün Münster
- Campusgrün TU Dortmund
- CampusGrüne Kiel
- FU Berlin
- GHG Aachen
- GHG Duisburg-Essen
- GHG Konstanz, GHG Passau
- GHG Potsdam
- GHG Regensburg
- GHG Würzburg
- GRAS Bochum
- Links-Grüne-Liste Bonn

Inhaltsverzeichnis

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung.....	3
TOP 2: Formalia.....	3
2.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit.....	3
2.2 Wahl des Präsidiums.....	3
2.3 Wahl der Protokollant*innen.....	3
2.4 Wahl der Zählkommission.....	3
2.5 Bestätigung der Tagesordnung.....	3
2.6 Bestätigung des Protokolls der 50. BMV.....	4
2.7 Bestätigung des Protokolls der 51. BMV.....	4
TOP 3: Berichte.....	4
3.1. Schiedsgericht.....	4
3.2 Bundesvorstandsbericht.....	4
3.3 Finanzbericht.....	4
3.4 Bericht der Rechnungsprüfung.....	4
TOP 4: Entlastung des Bundesvorstands.....	4
TOP 5: Antrag: “Verein(t) für die Zukunft”.....	4
A1 In Zukunft Verein(t) (Campusgrün Bundesvorstand).....	4
TOP 6: Aufnahme von Mitgliedern.....	5
TOP 7: Beschluss der Geschäftsordnung.....	5
A2 Geschäftsordnung (Campusgrün Bundesvorstand).....	5
TOP 8 Beschluss der Finanzordnung.....	5
A3 Finanzordnung (Campusgrün Bundesvorstand).....	5
TOP 9: Wahl des Vorstandes.....	5
9.1 Wahl der Geschäftsführung.....	5
9.1.1 Vorsitzende*r (quotiert).....	5
9.1.2 Vorsitzende*r (offen).....	5
9.1.3 Koordinatorische Geschäftsführung.....	5
9.1.4. Schatzmeister*in.....	5
9.2. Wahl der Beisitzenden.....	6
9.2.1 Beisitzende (quotiert).....	6
9.2.2 Beisitzende (offen).....	6
TOP 10: Wahl der Rechnungsprüfung.....	6
TOP 11: Wahl des Schiedsgerichtes.....	6
11.1. Schiedsgerichtsmitglied (quotiert).....	6
11.2. Schiedsgerichtsmitglied (offen).....	6
TOP 12: Finanzen: Haushalt 2026.....	6
H1 Verabschiedung des Haushalt für 2026 (Ben Budt; Campusgrün Vorstand).....	6
TOP 13: Leitantrag.....	6
A4 Schluss mit der Prokrastination beim Klimaschutz (Campusgrün Bundesvorstand)	6
6	
TOP 14: Anträge.....	7
A5 Gegen neoliberale Regelstudienzeiten. Für mehr Individualität im Studium!	

(Laurenz Schulz , CampusGrün Münster).....	7
A9 Rassismus und Polizeigewalt benennen, bekämpfen und mit Opfern solidarisieren! (vertagt von 51. BMV, CampusGrün Münster).....	7
A10 KOSTENLOSES SEMESTERTICKET JETZT! (vertagt von 51. BMV, CampusGrün Münster).....	7
TOP 15: Sonstiges	7
Top 16: Verabschiedung.....	7

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung

Helena & Constantin eröffnen die Versammlung und heißen die Anwesenden herzlich Willkommen auf der 52. BMV.

Es wurde form- und fristgerecht am 30.10.2025 geladen, Antragsschluss war der 27.11.2025 um 23:59 Uhr.

TOP 2: Formalia

2.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Mit der Eröffnung der Mitgliederversammlung wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt: Es sind 16 Mitgliedsgruppen anwesend. Es wurde form- und fristgerecht geladen, Antragsschluss war der 27.11.2025. Es liegen verschiedene Dringlichkeitsanträge vor, deren Dringlichkeit gemäß § 5 Abs. 1 GO vor der Behandlung der Anträge festgestellt werden muss.

2.2 Wahl des Präsidiums

Kommen wir zur Wahl des Präsidiums. Dafür schlagen wir vor: Maximilian Gravendyk (GRAS Bochum), Emilia De Rosa (Vorsitzende a.D. BRF, Bremen), Maia Areerasd (CG Lübeck), Simon Roß (GHG Aachen), Nele Bär (CG Jena), Lisa-Nicole Bucker (CG Münster)

Gibt es weitere Interessent:innen? Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Handzeichen: Wer stimmt diesem Personalvorschlag für das Präsidium zu? Wer ist dagegen? Wer

enthält sich? Vielen Dank! Damit ist das Präsidium bestätigt und ich gebe die Leitung der Versammlung hiermit ab.

1 Enthaltung
kein Nein

Die vorgeschlagenen Personen wurden einstimmig ohne Enthaltung ins Präsidium gewählt.

2.3 Wahl der Protokollant*innen

Marco und Madeleine haben sich bereit erklärt.

0 Enthaltungen
0 dagegen

Die genannten Personen wurden einstimmig ohne Enthaltung für das Protokoll gewählt.

2.4 Wahl der Zählkommission

Es haben sich folgende Personen bereit erklärt:

Daniel (Münster), Hanna (Aachen), Citou (Bochum), Leo (Bonn), Leif Leonhardt (Trier)

1 enthaltung

0 dagegen

Die vorgeschlagenen Personen werden als Zählkommission gewählt.

2.5 Bestätigung der Tagesordnung

Der Versammlung ist die Tagesordnung zugegangen und wird kurz vorgestellt.

GO Aus münster von Sebi

9-11 hinter 14

Damit man die Kandidierenden besser kennenlernen kann

Gegenrede von Constantin Buvo: verlauf behalten, da entspannter

Frage: Wer reist Sonntag ab?

Abstimmung TO nach Vorschlag von Sebi ändern:

10 ja

6 nein

3 ent

Calvin Dortmund:

Wahl Datenschutzbeauftragten vor Wahl des Schiedsgericht umstellen,

kein Gegenrede, ist Angenommen

Anmerkung: Sebi: Samstagmorgen ist ein optimistischer Vorschlag, zu kurz angesetzt

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über die gesamte Tagesordnung.

0 gegen

2 enthaltungen

Die vorliegende Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

Max schlägt Regelung der Redezeiten wie folgt vor:

Da wir auf dieser BMV wieder sehr viele Themen zu besprechen haben, schlagen wir vor, die Redezeiten zu beschränken. Wir schlagen weiterhin vor, dass nach der Gegenrede eine begrenzte Aussprache von quotiert gelosten Redebeiträgen zuzulassen. Bei

Änderungsanträgen wollen wir aber die Gelegenheit der Erwiderung durch die Antragssteller*innen zulassen, hier soll also auch eine Gegenrede möglich sein. Für die Redezeiten schlagen wir aufgrund dessen folgendes Verfahren vor:

Antragseinbringung: 2 Minuten darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Leitantrag: 5 Minuten Einbringung und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Jahreshaushalt 26: 5 Minuten Einbringung und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Reformanträge in Satzung, Geschäfts-, Finanz-, und Schiedsgerichtsordnung: 5 Minuten Einbringung, und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten. (Ausnahme A1 dort wollen wir 8 quotiert geloste Beiträge zulassen)

Vorstellung bei Wahlen: 5 Minuten Vorstellung, darauf folgen 4 quotiert geloste Fragen und dann erhält Kandidat:in nochmals 2 Minuten zur gebündelten Antwort.

Finanzbericht, Bericht Rechnungsprüfung und Schiedsgericht: 10 Minuten, und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Bericht Bundesvorstand: 20 Minuten, und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten. Einbringung Änderungsanträge 1 Minute darauf folgen jeweils 1 quotiert geloster Redebeitrag zu je 1 Minute. Wir als Präsidium können diese Grenzen nicht einfach bestimmen und bitten euch um eine Abstimmung über das Vorgehen. Für eine erfolgreiche Abstimmung ist eine 2/3 Mehrheit notwendig. GO Anträge um mehr Redebeiträge zuzulassen sind immer möglich und wir achten auch darauf eine gute Diskussion zu ermöglichen.

Einbringungsverfahren Hauptantrag

01. Behandelt werden die Antrag nach Eingang

02. Einbringungsrede Hauptantrag, 2 Minuten (s.o.)

03. Gegenrede zum Hauptantrag, 2 Minuten

04. Aussprache Hauptantrag, zunächst 2 quotiert, 2 offene Beiträge a 2 Minuten mit ausdrücklichem Hinweis, dass auch durch GO-Antrag oder auf anraten des Präsidiums eine weitere Aussprache zugelassen wird

Eingeschobenes Verfahren zu Änderungsanträgen

05. ÄAs nach Eingang, bei gegenseitigem Ausschluss nach Weitestgehendem

06. ggf. Einbringungsrede des ersten ÄA1

07. Gegenrede zu ÄA 1

- keine Aussprache

08. ggf. Einbringungsrede des ersten ÄA2

09. Gegenrede zu ÄA2

- keine Aussprache

[...]

10. Abstimmung über ÄAs, bei mehreren, zunächst der Weitestgehende

Schlussverfahren Hauptantrag

11. Abstimmung über den (ggf. geänderten)

Alle weiteren Zeiten entnehmt ihr dem Antragsgrün - natürlich unter Vorbehalt, es kann sich alles etwas verschieben. Gibt es Änderungswünsche zu diesem Verfahren?

Dann kommen wir zur Abstimmung und ich bitte um das Handzeichen: Wer ist dafür? Gegenstimmen? Enthaltungen? Vielen Dank! Dann verfahren wir zunächst wie beschlossen.

Sebi (Münster): Beim Antrag A1 sollten es die Beschränkungen in der Form nicht geben, da es ein wichtiger Punkt ist

Max: Bei A1 und 2A wird nicht beschränkt

mit 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen wird das Vorgehen bestätigt

Abschließend ein paar Hinweise:

Das Präsidium führt eine FLINTA*- und eine offene Redeliste. Für Redebeiträge könnt ihr euch im Antragsgrün melden. Der offenen Redeliste werden alle Menschen zugeordnet, die sich nicht als Frau, lesbisch, inter, nicht-binäre, trans oder agender Person definieren. Die Sitzungsleitung erteilt abwechselnd einer Person der FLINTA*- und sodann der offenen Redeliste das Wort, beginnend mit der FLINTA*-Redeliste. Personen von der offenen Redeliste können nicht vorgezogen werden.

Mit heben beider Hände könnt ihr jederzeit Anträge an die Geschäftsordnung stellen. So könnt ihr über Verfahren - auch abweichend von dem Vorschlag des Präsidiums, die Mitgliederversammlung befassen. Diese GO-Anträge findet ihr in § 1 Abs. 2 der GO. Stellt ihr diesen Antrag, müsst ihr sofort gehört werden. Während eines Redebeitrages oder einer Abstimmung - also einem laufenden Verfahren - sind Anträge zur Geschäftsordnung nicht zulässig.

Falls ihr während der Veranstaltung weitere Fragen oder Unklarheiten zum Verfahren habt, meldet euch bitte mit einer Hand. Dann versuchen wir Unklarheiten aus dem Weg zu räumen.

Vorstellung Awarenesssteam & danach großes Danke ans Büroteam heute Anna, Marco, Die Tage auch Leander und Paul die sich um Antragsgrün und uns kümmern

Für das Awarenesssteam haben sich einige Personen bereit erklärt zu unterstützen: Steht doch bitte kurz auf?

Will noch jemand ins Awarenesssteam machen? (Keine Wahl)

Citou (Bochum), Karlotta (Münster), Alisa (Duisburg-Essen), Finja (Münster), Feo (BuVo)
Applaus

Vorstellung Team

2.6 Bestätigung des Protokolls der 50. BMV

0 dagegen

8 Enthaltungen

Das Protokoll der 50. BMV wird bei 8 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt.

2.7 Bestätigung des Protokolls der 51. BMV

?? ?? Nein

Das Protokoll der 50. BMV wird mehrheitlich bestätigt.

2.7 Bestätigung des Protokolls der 51. BMV

2A Dringlichkeitsantrag

Sofie (Bochum): unklar was dringlichkeit ausmacht

Nicolas: Sitzungsdurchbrechung möglich

Emilia: erläutert.

Dringlichkeit:

16 Ja
0 Nein
7 Ent

Dringlichkeit begründet.

nun zur Einbringung:

Lisa & Emilia: Frage, ob wir in ein Problem der Zulässigkeit von A1 haben kam auf. Wird die Einladung dem Satzungsparagraphen gerecht? Aufgrund der gespaltenen Meinung wollte das Präsidium nicht darüber entscheiden. Um eine destruktive Diskussion zu vermeiden, würden sie sich nun dafür aussprechen, diesen Antrag zu beschließen.

$\frac{2}{3}$ Mehrheit nötig. Es soll Rechtssicherheit hergestellt werden, damit das Präsidium nicht in der Schwebelage hängt.

Karlotta Münster:

im Kontakt mit anderen Gruppen. Köln war nicht klar, dass es sich um eine Auflösung-BMV geht. Deswegen nicht tragbar, dass es nun hier beschlossen wird.
verhaltener Applaus

Tim Regensburg:

schließt sich Vorrednerin an: hat Gründe, warum so etwas in der Satzung steht. Call vor 1 Woche hat gezeigt, wenn Köln das gewusst hätte, wären wir nicht gekommen.

Maia: versteht Einwände, aber wir lösen uns nur formal auf und die Versammlung geht weiter. Sehr dafür plädieren darüber zu reden. Wird für sinnvoll erachtet

Lennard (Münster):

Ist in der Beziehung nicht up-to date. Satzungs-durchbrechende Beschlüsse sind möglich, aber anfechtbar.

Möchte als Person aus dem Schiedsgericht zu Bedenken geben, dass es zusätzliche Angriffsflächen öffnet. Es soll in aller Ruhe & Ordnung auf einer nächsten Versammlung beschlossen werden und hier heute nicht angenommen werden.

Sofie (Bochum): Wenn der Antrag nicht angenommen wird, gibt es:

Es soll ein Beschluss gefasst werden, ob die Einladung Satzungsgemäß war und das soll beschlossen werden.

Finn (Lüneburg): für den Antrag. Sinnvoll, dass wir uns morgen inhaltlich damit auseinandersetzen. Argumentatio. Antrag ist eine Überführung. Wichtig, dass wir darüber entscheiden. ÄAs, dass der A1 nicht mehr gegen die Satzung verstößt. z.B. Parallelexistenz. Verhindern, dass Verein/Verband für ein halbes Jahr lahmgelegt, zahlungsunfähig ist.
(TODO: noch ausbessern)

Calvin: grundsätzliche Änderungen in der neuen Vereinssatzung. Wünscht sich, dass an der Diskussion alle Mitgliedsgruppen teilnehmen können. Die Satzung soll nicht kurzfristig ausgehebelt werden, um dann darüber abzustimmen

Anna (Potsdam): auf der 44. BMV wurde bereits beschlossen, dass der Verband in den Verein übergehen soll und Köln war auch damals anwesend.

Laurenz (Münster): Verein sei nicht handlungsfähig. Sieht es anders, dass der Verein handlungsfähig ist.

Lennard (Münster): mag sein mit Beschluss 44.BMV, aber das kann nicht das Argument sein, dass nun die Satzung durchbrochen wurde. Krücke über den satzungsdurchbrechenden Antrag.

GO Antrag auf geheime Abstimmung.

Finn: Möchte über die parallele Existenz morgen reden, deswegen soll hier nicht die Debatte beschnitten werden.

Weitere Rückfragen zum Verfahren. Maximilian erklärt.

Geheime Abstimmung erfolgt:

Ergebnis:
23 abgegeben

JA: 10
Nein: 13
Ent: 0

Dringlichkeitsantrag nicht angenommen.

GO Antrag von Constantin zu TO:

Mit der Ablehnung des Beschlusses fallen damit diverse Punkte der Tagesordnung weg, u.a. der Antrag A1 und der Beschluss

Anderer Redebeitrag (nicht protokolliert)

Sebi: Die GO und Finanzordnung soll beschlossen werden, und wir sollen im Verein weiterarbeiten.

Lübeck: zurückwechseln am Sonntag möglich?

Es gibt Austausch zum weiteren Verfahren bzgl. der Tagesordnung. Ein Verfahren wird heute erarbeitet und morgen früh vorgestellt.

TOP 3: Berichte

3.1. Schiedsgericht

Lennard:

- Antrag des BuVos an das Bundesschiedsgericht zu den Anträgen xx und xx der 51. BMV zur Prüfung der Satzungsmäßigkeit -> Frage, ob das den BuVo einschränkt, in der Öffentlichkeit tätig zu sein und das Verhältnis zur Partei B90/Grüne
 - NÖ Sitzung zu Befangenheiten im Bundesschiedsgericht, geleitet von xx; alleinige Angehörigkeit einer antragsstellenden Mitgliedsgruppe gilt nicht als Befangenheit, aber die Einbringung von und Werbung für einen Antrag durchaus
 - Äußerungsrecht -> Mitgliedsgruppen und Vorstand hatten Möglichkeit, die Positionen zu vertreten; Sitzungen waren verbandsöffentlich
 - Antrag als nicht zulässig festgestellt, da es an der Schriftmäßigkeit gefehlt hat (gesetzliche Schriftform nicht erfüllt, da unterzeichnende Person nicht bekannt war und die Unterschrift fehlte)
 - BuVo hat Frist von 14 Tagen bekommen, um die Unterlagen richtig nachzureichen -> keine NAchreichung innerhalb der Frist
 - Laura aus persönlichen Gründen nicht weiterhin Teil des Schiedsgerichts
- Aussprache
 - Helena (BuVo): Verfahren gegen zwei Beschlüsse der BMV nach intensiven internen Diskussionen eingeleitet, da inhaltliche Bedenken vorlagen (Eingriff in Kernkompetenzen des BuVos) -> da kein Normenkontrollverfahren möglich ist, wurde dieser Weg gewählt; Dank an das Bundesschiedsgericht
 - Sebastian (Münster): Dank an das Bundesschiedsgericht; merkt an, dass bei vertrauensvollem Umgang der Zweifel an der Satzungswidrigkeit bei Beratungen zu einem Antrag kommuniziert werden sollten

Schluss um 18:57 Uhr

Beginn: 10:09 Uhr

GO-Antrag Constantin (BuVo):

- Nichtzulassung A1 -> neue Tagesordnung vorgeschlagen (sowohl für Verband als auch Verein); TOP 4a -> Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedsgruppen, dabei Dringlichkeitsantrag zum Ausschluss; Aussprache zur Satzungsänderung anstelle des TOP 5, ggf. Beschluss in Richtung der Bildung einer Satzungskommission
- Delegierte, die dem Verein beigetreten sind, können dann weiterhin abstimmen
- Antrag bei einer Enthaltung angenommen (23 ja, 0 nein, 1 Enthaltung)

3.2 Bundesvorstandsbericht

Helena (BuVo):

- erste Hälfte der Amtszeit -> schon auf letzter BMV berichtet
- **Thema Ostdeutschland** sollte gesetzt werden -> Aufbau/ Gründung mehrerer Ostdeutscher Gruppen, u.a. in Jena, Magdeburg und Dresden (Unterstützung dabei); Bildungsseminar zu Ostdeutschland
- 6 Förderanträge beim Forschungsministerium für **Bildungsarbeit** gestellt, 4 bewilligt
- Büro neu aufgebaut -> aktuell 4 Personen angestellt
- als BuVo alle 1-2 Wochen VoSi digital/ hybrid, wöchentliche Treffen mit dem Büroteam; Strukturaufbau
- Präsenz bei den Grünen -> LDKen und BDKen; beim Ostkongress von B90/ Grüne präsent, Empfehlung für den neuen BuVo, das fortzusetzen
- Mitgliedsgruppentour, Verband wächst
- **Politische Schwerpunkte:** stud. Wohnen, BAföG, Machtmissbrauch, Mobilität, ?
- regelmäßige Calls zu inhaltlichen Punkten, Newsletter, Strukturaufbau auf Signal
- **Vernetzung** -> fzs, Jusos und LHG (gerade mit denen sehr viel, sehr enge Vernetzung), Helena und Constantin beim Deutschen Studierendenwerk (DSW); BAG Hochschule - Wissenschaft - Technik (HWT), Treffen mit MdBs/ MdLs/ Referent*innen
- **Presse & Öffentlichkeitsarbeit:** viele PMs zu vielen Themen (BAföG/ Wohnen/ Mobilität; aber auch: Krankenkassen); Website und Instagram bespielt, auch auf anderen SoMe-Plattformen präsent, aber nicht auf Twitter
- **Material und Unterstützung von Mitgliedsgruppen:** Studifutter, Flyer, Rollups, Giveaways, etc. -> kostenfrei den Mitgliedsgruppen zur Verfügung gestellt
- Professionalisierung des Verbands

Keine Ergänzungen von Constantin (BuVo)

Aussprache (Vorschlag: 4 Redebeiträge, quotiert, je 2 Minuten)

- Maia (Lübeck):
 - Dank an die Arbeit des BuVos
 - Keine Kritik im Bericht (insbesondere in Bezug auf den Spiegel-Artikel von Helena (BuVo) in ihrer Rolle als Bundessprecherin genannt und keine Klarstellung von Seiten des BuVos/ Helena selbst)
- Tim (Regensburg)
 - Dank an den Bericht
 - Bekräftigung der Kritik an dem Spiegelartikel
 - Frage nach der Zusammenarbeit mit der GJ
 - Kritik an Transparenz ggü der Mitgliedsgruppen, gerade in Bezug auf die Klage
- keine weiteren Redebeiträge, Schließung der Aussprache

Unterbrechung der Sitzung, Unruhe im Raum

3.3 Finanzbericht

Ben (BuVo) via Video:

- entschuldigt sich, wegen anderer Verpflichtungen nicht anwesend zu sein
- viele Ausgaben, aber auch Einnahmen
- Aufbau der Geschäftsstelle -> unverzichtbar für den Verband und kommt MGen unmittelbar zugute
- Giveaways an die HSGen kostenfrei, weil mehr Spenden und mehr Gelder durch die Partei
- Anträge an BMBF (?) -> mehr Gelder für den Verband
- Dank an die Rechnungsprüfung, Marco (Geschäftsstelle), den BuVo und die BMV

Aussprache (Vorschlag: 4 Redebeiträge, quotiert, je 2 Minuten):

- Madeleine (Regensburg)
 - Frage nach den Kosten für die Postkartenaktion zu Jahresbeginn -> *Beantwortung Constantin (BuVo): Beschluss 1400€, in Wahrheit wahrscheinlich tatsächlich weniger; im Verhältnis zu anderen Flyerposten ähnliche Kostengröße; Korrektur der Rechnungsprüfung: ca. 750€ + Versand*
 - Dank an die Arbeit zu den Fördermitteln des Ministeriums

3.4 Bericht der Rechnungsprüfung

Max (Bochum)

- 468 Belege, Vollprüfung auf Belege und sachliche richtigkeit
- keine Beanstandungen in der Kontoführung
- kein Vorwurf, aber Hinweis, dass Einzelbestellung der Rollups anstelle der Sammelbestellung wären in diesem Fall günstiger gewesen wären
- Angemessenheit der Ausgaben nach §2 der Satzung des Verbandes; Kritik: mehr Gelder für 50. BMV ausgegeben als nötig (Zimmerkontingent für spontane Übernachtungen sinnvoll) -> 460€
- keine Einsicht in die Beschlüsse der Schatzmeisterei
- Anregungen: Aufwandsentschädigungen aktuell sehr gering und sollte (zumindest) dem geschäftsführenden Vorstand mehr Aufwandsentschädigung zu zahlen
- Empfehlung der finanziellen Entlastung des BuVos

Aussprache (Vorschlag: 4 Redebeiträge, quotiert, je 2 Minuten):

- Alisa (Duisburg-Essen):
 - Frage, weshalb die Belege z.T. nicht vorlagen
 - *Antwort: keine Übersicht, hätte in sämtlichen Protokollen nachlesbar sein müssen, aber nicht gesammelt; Empfehlung eines Beschlussbuchs*
- Calvin (Dortmund):
 - Frage, wo im Haushalt die Gelder für die Bestellungen verbucht sind
 - *Antwort Constantin (BuVo): im Topf Öffentlichkeitsarbeit*
- Sophie (Bochum)
 - Beschlussbuch wäre sinnvoll
 - Aufwandsentschädigungen sind sehr gering, hinsichtlich der Chancengerechtigkeit wäre eine Erhöhung der Mittel sinnvoll

- Frage nach der Höhe der Aufwandsentschädigung
- *Antwort: aktuell für jede Person 50€ im BuVo, Erhöhung (zumindest) für den geschäftsführenden VS auf 250€ würden Mehrkosten von 5000€ bedeuten, die entweder von Bündnis 90/ Grüne kommen sollten oder im Haushalt freigestellt werden müssten*

TOP 4: Entlastung des Bundesvorstands

GO-Antrag Sebi (Münster): nur politische Entlastung ist in diesem Gremium möglich; Antrag auf Aussprache zur politischen Entlastung

- keine Gegenrede

GO-Antrag Malte (Lübeck): Einzelentlastung des Vorstandes; Gegenrede Anna: Vorstand entscheidet als ein gemeinsames Gremium -> zurückgezogen

Unruhe im Plenum, Unsicherheit über die satzungsgemäße Fähigkeit der Abstimmung über die politische Entlastung des Vorstandes

GO-Antrag Elisa: Änderung der Tagesordnung: TOP 4.1 finanzielle Entlastung -> keine Gegenrede

GO-Antrag Elisa: Änderung der Tagesordnung: TOP 4.2 Billigung der politischen Arbeit des Bundesvorstandes -> keine Gegenrede

TOP 4.1: Finanzielle Entlastung

Dringlichkeit des Dringlichkeitsantrag zur gemeinsamen Entlastung des Bundesvorstandes bei einer Enthaltung festgestellt

bei 3 Enthaltungen angenommen

TOP 4.2: Billigung der politischen Arbeit des Vorstandes

Dringlichkeit des Dringlichkeitsantrags bei einer Enthaltung festgestellt

GO-Antrag Malte (Lübeck): Einzelabstimmung, formale Gegenrede von Feo -> angenommen bei 15 ja-Stimmen, 5 nein-stimmen, 4 Enthaltungen

Aussprache (8 Redebeiträge, quotiert, á 2 Minuten)

- Sebi (Münster):
 - großes Lob an den strukturellen Aufbau des Bundesverbandes und Professionalisierung dessen

- Kommunikation führt dazu, dass Basis sich nicht mitgenommen fühlt (Spiegelartikel, Postkarten, Klage beim Bundesschiedsgericht, keine Antwort auf Fragen zu deren Bericht)
- Helena (BuVo):
 - versteht, dass Sachen schief gelaufen sind
 - Grundlagen für nächsten Vorstand aufgebaut
 - verschiedene Meinungen sind in Ordnung
- Niklas (BuVo):
 - konnten nicht auf die Fragen nach dem Bericht reagieren
 - Zusammenarbeit GJ in NRW mit Landesvorstand und teilen des BuVos, die da auch anwesend waren; gemeinsamer Antrag zu Tierschutz mit der GJ, Anwesend beim Bundeskongress des GJ
 - Zusammenarbeit in BAG HWT und dort auch Zusammenarbeit mit GJ
- Madeleine (Regensburg)
 - großes Bewusstsein für die Arbeit und Dankbarkeit dafür
 - dennoch: Kritik an der Kommunikation und konkrete Konsequenzen vor Ort
- Malte (Lübeck)
 - Aufbau der Mitgliedsgruppe vor Ort und großer Dank
 - Differenzierte Kritik -> großartige Arbeit, aber trotzdem "Trauer", dass Kritik nicht angenommen wird, auch im bilateralen Gespräch
 - Wunsch, Antwort auf Kritik zu bekommen
- Lou (BuVo):
 - Äußerung als BuVo-Mitglied
 - der Spiegelartikel wurde kontrovers diskutiert, weshalb dazu nichts kam
- Elias (Berlin):
 - schätzt, dass wir nach vorne schauen
 - Lob an den BuVo
 - 100 Millionen € wurden in NRW nicht gestrichen
 - Bildungswoche war interessant und sehr informativ
 - viel starker Einsatz aus dem gesamten Bundesvorstand
 - Spiegelartikel und Postkarten sollten nicht im Fokus stehen

GO-Antrag Simon (Präsidium): 4 weitere Redebeiträge

-> keine Gegenrede

- Constantin (BuVo)
 - sind extrem gut mit dem GJ-BuVo
 - Fokus: Stärkung der Arbeit vor Ort durch Giveaways, Arbeit vor Ort
- Quotierung der Redeliste leider teilweise ausgesetzt, dafür jetzt 2 FLINTA*-Personen reinquotiert
- Ella (BuVo)
 - sprengt den Rahmen, über konkrete Punkte des Bundesschiedsgerichtsverfahren zu sprechen
 - schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die genau das aufarbeitet
 - Wunsch nach Positionierung vor Ort wird wahrgenommen
 - Dankbarkeit für Auseinandersetzung

GO-Antrag Constantin (BuVo): Schließung der Redeliste aufgrund von zeitlichen Verzug
-> keine Gegenrede; angenommen

- Maia (Lübeck)
 - Wunsch danach, dass Helena sich zu der Zitation als Bundessprecherin äußert; Wunsch danach, dass die Vereinsgründung nicht untergeht
 - das Gefühl, dass nur Raum für positives war, aber negatives ausgeklammert wurde
 - Arbeitskreis sei nicht sinnvoll
- (Münster):
 - Anschluss an die Kritik von Maia
 - zentrale Kritikpunkte: Postkarten, Schiedsgericht und Spiegelartikel
- Tim (Regensburg)
 - Arbeit des BuVos vor Ort hat geschadet
 - Erklärung hätte in dem Tagesordnungspunkt
 - keine Antwort in Bezug auf den Spiegelartikel, in Bezug auf Regensburg gab es keine bilaterale Kommunikation
 - Arbeit des BuVos kam in Regensburg nicht an, gerade in Bezug auf den RCDS

Abschließend Helena:

- haben zum RCDS zu
- persönliche Abstriche: neben Arbeit war Studium kaum möglich
- haben bei den Grünen nicht die Präsenz in der Partei, wie wir das haben sollten -> z.B. kein Antragsrecht und diese Kämpfe werden im Hintergrund geführt

GO-Antrag xx (Bochum) auf geheime Abstimmung für alle

Unruhe im Plenum, Diskussion im Präsidium über die Ausgestaltung der Wahlzettel

Verfahrensvorschlag Daniel (Wahlkommission):

- 9 getrennte Wahlgänge, die alle in eine Wahlurne geworfen werden

(JA/NEIN/ENTHALTUNG)

- 2: Helena (11/13/3) -> nicht politisch gebilligt
- 3: Constantin (18/3/5; ungültig 1) -> politisch gebilligt
- 4: Ben (19/3/4; ungültig 1) -> politisch gebilligt
- 5: Liliana (21/3/3) -> politisch gebilligt
- 6: Feo (24/0/3) -> politisch gebilligt
- 7: Ella (22/1/4) -> politisch gebilligt
- 8: Yumi (24/0/3) -> politisch gebilligt
- 9: Niklas (26/0/1) -> politisch gebilligt
- 10: Lou (24/1/2) -> politisch gebilligt

TOP 4A: Aufnahme/Ausschluss von Mitgliedern

Vermerk: Sofie (Bochum) verlässt den Raum vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 4A
(12:52 Uhr)

D2 Ausschluss der Mitgliedsgruppen in Hagen (Campusgrün Bundesvorstand)

Die Dringlichkeit wird mündlich von Constantin begründet. Es gibt keine Rückfragen.

Die Dringlichkeit des Antrags wird mit 0 Enthaltungen und 0 Nein Stimmen mehrheitlich von der Versammlung festgestellt.

Aufgrund der Historie der (Campus)Grünen Hochschulgruppen der Fernuniversität Hagen gibt es zwei Hochschulgruppen und in beiden Gruppen, die zur Wahl eine Liste eingereicht haben, sind Mitglieder der Gruppe vertreten, die in der letzten Legislatur Mitglied des Parlamentes . Dieser Zustand führt gerade bei den Hochschulwahlen zu Konfliktsituationen. Dementsprechend werden beide zunächst ausgeschlossen und bekommen die Möglichkeit wieder über den regulären Weg einen Beitritt anzustreben.

25 JA
0 Nein
1 Enthaltung

Der Antrag zum Ausschluss der Mitgliedsgruppen mit B Hagen wird bei 1 Enthaltung, 0 Nein Stimmen, und 25 Ja-Stimmen mehrheitlich **beschlossen**.

D3 Campusgrün Hagen (André Stephan, Nabiha Ghanem, Carsten Fedderke; Campusgrün Hagen)

Die Dringlichkeit wird mündlich begründet. Es gibt keine Rückfragen.

Die Dringlichkeit des Antrags wird mit 0 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen mehrheitlich von der Versammlung festgestellt.

André (Hagen) berichtet von der Lage vor Ort und stellt den Aufnahmeantrag der Fernuni Hagen.

26 JA, 0 Nein, 0 Enthaltungen.

Der Antrag zur Aufnahme der Hochschulgruppe Campusgrün Hagen wird bei 26 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen einstimmig **beschlossen**.

Vermerk: Sofie (Bochum) betritt den Raum nach Schließung des Tagesordnungspunktes 4A (13:12 Uhr)

TOP 5: Aussprache zur Satzung

A1 In Zukunft Verein(t) (Campusgrün Bundesvorstand)

Ä1 zu A5 (Campusgrün Bundesvorstand)

Constantin (BuVo):

- Ideen sollen an den Verein weitergegeben werden, Versammlung hat keine Grundlage, da die Satzung zu ändern
- Verschränkungen zwischen Verband und Verein führten zu rechtlichen Unklarheiten -> Gelder beim Verein, Entscheidungen beim Verband
- Beschluss 44. BMV
- Delegiertenversammlung muss auch im Verein sein, was in einem Verein aufgrund des BGBs schwieriger ist
- quotierte Delegiertenversammlung schwierig, aber geschafft
- bei konservativen Anwälten pro bono durchgewunken
- Definition der Hochschulgruppen unklar
- Verband kann nicht klagen, da es keine Rechtskörperschaft ist
- NEU: Mitgliedsgruppe ist Mitglied, weil Mitglieder Mitglied sind
- Autonome Struktur vor Ort bleibt (§6, Abs. 2); Personen können vor Ort aktiv sein und gleichzeitig nicht im Bundesverein
- Quotierung des Vorstands wurde vergessen
- §2: Steuerrechtliche Fragen, um Frage der Gemeinnützigkeit zu klären
- Satzung des Vereins sollte aus dem Verein heraus angepasst werden

Sebi (Münster):

- Gruppen sind nicht detailliert vorbereitet
- Gefühl, nur dafür oder dagegen zu stimmen
- Doppelstruktur wird nun auf die Hochschulgruppen verschoben

Madita (Passau)

- Vorbereitungszeit war nicht groß
- Zusammenarbeit mit den Grünen auf regionaler Ebene nicht möglich und die Autonomie sehr schwierig ist, da ein Gefühl des unter Druck setzens entsteht

Marco (Geschäftsstelle)

- andere Studierendenverbände sind Parteiorgan und dadurch rechtssicher
- unser Verband bleibt unabhängig
- parteipolitische Aktivität bei Gemeinnützigkeit nicht gegeben

Calvin (xx):

- Verbandssatzung hat andere Dinge geregelt
- Vereinssatzung wurde Verbandssatzung angeglichen

- ggf. die Möglichkeit, Details in eine Geschäftsordnung auszulagern

Constantin (BuVo, vorgezogen als Erstredner)

- Appell daran, mitzudiskutieren
- Frage danach, was die konkrete Kritik ist
- Mitgliedsgruppen können im Verein nicht aufgenommen werden

Sofie (Bochum)

- Mehrheit steht hinter dem Änderungsanspruch
- Personen, die Mitgliedsantrag stellen, könnten vor Ort nicht vernetzt sein bzw. im Extremfall den Verband vor Ort schädigen
- Gesetzte Themen sind weniger offen als sie es früher gewesen sind
- Antwort Constantin: Feminismus ist schwieriger vor dem Gericht durchzubekommen, kann aber später angepasst werden

Lennard (Münster):

- Aufteilung im Vorstand ist zu festgeschrieben
- geschäftsführender Bundesvorstand sehr zentral, Beisitzer*innen haben weniger Rechte -> sollte hier wieder den Schritt zurückgehen
- explizite Nähe zu B90/ Grüne wird durch Mitgliedschaft wegweisend strukturell, nicht mehr nur inhaltlich

Emilia (Präsidium):

- löst Problem der Doppelstruktur
- Satzung kann man ändern und die Änderungen sind nicht problematisch, Neufassungen dagegen schon
- Satzung als Aufschlag begreifen

Finn (Lüneburg):

- Sorge, dass Art der Aufnahme Tür für "Kapern" öffnen könnte

Sebi (Münster):

- Name "Bildungswerk" ist nicht geeignet
- Satzungsänderung ist komplizierter, gerade Vereinszwecke vor dem Amtsgericht

Marco (Redebeitrag lag bis zur Finalisierung des Protokolls nicht vor)

xx (xx) GO-Antrag auf Schließung der Redeliste

-> keine Gegenrede

Cora (Trier):

- vor Ort zwei Hochschulgruppen -> Frage, wie sich das auf die Delegation auswirken wird

xx (Münster):

- Frage danach, wie die Anträge der alten BMVen behandelt werden

Madita (Passau):

- Frage, ob man automatisch Mitglied einer HSG wird, wenn es schon Mitglieder vor Ort gibt und was passiert, wenn diese Person nicht im Sinne des Verbands handelt

Calvin (Dortmund):

- Aufruf, nach vorne zu sehen und Dinge so zu verändern, dass sie besser sind
- offene Diskussionsthemen für potentielle Satzungskommission: Regelung der Fördermitgliedschaft (direkter Einfluss möglich); Beschlussfähigkeit wurde angepasst, VS kann mit einfacher mehrheit gewählt werden

Sofie (Bochum):

- Wichtig in Bezug auf die Satzung: wie nah müssen/sollen wir zur Bundespartei stehen? Welchen Umgang damit, wie man dem Verein beitrifft, wenn man ein Problem mit den Grünen hat?
- Welchen Umgang mit Personen, die verbandsschädigend sind? -> verstärkt nötig, über Resilienzen zu sprechen
- Dank

Video von Christina Markfort wird abgespielt

Constantin (BuVo):

- Problem des "Kaperns" sollte mit in die Satzungskommission genommen werden
- Beschlusslage muss in der Satzungskommission behandelt werden
- Gemeinsame Arbeit vor Ort, wenn etwas schief geht -> man tritt aus oder es gibt ein Verfahren von Seiten des Bundesvorstandes
- Grünennähe ist nicht gegeben wegen der Gemeinnützigkeit
- ehemalige Vorstände sind nun in der Fördermitgliedschaft und nun können die neuen Mitglieder darüber bestimmen

TOP 5A: Beschluss zur Satzungskommission

Die Dringlichkeit wird mündlich begründet. Es gibt keine Rückfragen.

Die Dringlichkeit des Antrags wird mit 2 Enthaltungen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich von der Versammlung festgestellt.

Einbringung des Antrags D4 durch Sebi (Münster):

- Einberufung einer Kommission
- aus jeder HSG können bis zu zwei Personen entsandt werden
- Strukturen sollen in den Verein überführt werden
- neuer BuVo soll als 53. BMV eine Auflösungs-BMV einberufen

Lou (BuVo):

- Verständnisfrage des Begriffs "Mitgliedsgruppe" -> *Antwort: Verbandssatzung*

Falk (Flensburg):

- Vorschlag, diese digital oder hybrid stattfinden zu lassen -> *Antwort: steht bereits darin, dass sie online stattfinden sollen*

eine Enthaltung, eine Nein-Stimme -> mehrheitlich angenommen

GO-Antrag Constantin (BuVo): Vorschlag, die inhaltlichen Anträge jetzt zu behandeln

-> keine Gegenrede

TOP 7: Beschluss der Geschäftsordnung

A2 Geschäftsordnung (Campusgrün Bundesvorstand)

TOP 8 Beschluss der Finanzordnung

A3 Finanzordnung (Campusgrün Bundesvorstand)

TOP 9: Wahl des Vorstandes

9.1 Wahl der Geschäftsführung

9.1.1 Sprecher*in (quotiert)

B1 Alisa Draken

Die Kandidatin stellt sich vor.

Ihr Lieben, ich weiß nicht, wie es euch geht – aber für mich fühlt sich Studieren gerade oft an wie Jonglieren auf einem Drahtseil. Mit einem Arm halte ich meinen Nebenjob, mit dem anderen das Studium, irgendwo dazwischen Ehrenamt, Sozialleben, Haushalt – you know the game. Und ganz ehrlich: Manchmal frage ich mich, wer sich das eigentlich ausgedacht hat. Wir leben in einer Zeit, in der sich alles brüchig anfühlt. Und wir Studierende stehen mittendrin. Wir spüren jede Krise zuerst und oft am härtesten. Die Klimakrise, die Krise der sozialen Gerechtigkeit, unsere bröckelnde Demokratie und die riesige Finanzierungslücke – all das ist für uns keine abstrakte Debatte, sondern Alltag. Für viele ist studieren längst kein frei gestaltbarer Lebensabschnitt mehr. Es ist Rechnen. Abwägen. Hoffen, dass es irgendwie reicht. Miete, Nebenjob, BAföG-Frust und Leistungsdruck – alles gleichzeitig. Die Zahlen sprechen da eine ziemlich deutliche Sprache: Im Schnitt gehen über 50 Prozent unseres Einkommens allein für Wohnkosten drauf. Die durchschnittliche Studierendenmiete liegt inzwischen bei rund 505 Euro. Und das BAföG? Könnte helfen. Denkste. Denn die Wohnkostenpauschale liegt bei lediglich 380 Euro. Das ist keine Unterstützung, das ist Realitätsverweigerung. Studieren wird damit zur sozialen Frage. Der Studienort hängt vom Mietpreis ab – oder wird gleich zum Armutsrisiko. Und obwohl das BAföG genau das verhindern soll, bekommt es nur etwa jede achte studierende Person. Viele warten monatelang auf Bescheide oder scheitern an der Bürokratie. 70 Prozent der Anspruchsberechtigten stellen nicht mal einen Antrag, weil das System abschreckt statt unterstützt (Max Planck Institute for Research on Collective Goods and the Fraunhofer Institute for Applied Information Technology FIT). So sieht keine soziale Absicherung aus. Gleichzeitig wird an unseren Hochschulen gespart. Seminare verschwinden, Tutorien fallen weg, Bibliotheken schließen früher, Stellen werden nicht verlängert – und der Schimmel fühlt sich offensichtlich sehr wohl. Na immerhin einer. Und dann heißt es immer wieder: Dafür ist gerade kein Geld da. Aber ganz ehrlich: Wenn nicht für Bildung – wofür dann? Ich habe diese Zustände nicht nur beobachtet, ich habe sie in der Hochschulpolitik immer wieder verhandelt – im AStA (Aurora), im Studierendenparlament (Öffentlichkeitsausschuss) und im Senat (Studi Mehrheiten). Und was ich dort gelernt habe, ist: Nichts ändert sich, wenn wir leise bleiben. Und nichts ändert sich, wenn wir nicht zusammenstehen. Und genau deshalb braucht es uns: ein starkes Campusgrün. Bei der 50. BMV

waren knapp zehn Mitgliedsgruppen da – heute sind wir doppelt so viele. Das ist kein Zufall. Das ist ein Zeichen. Ein Zeichen dafür, dass wir nicht länger bereit sind, stille Beobachter*innen zu sein. Für mich heißt Campusgrün: zuhören, sichtbar machen, Druck aufbauen. Die Geschichten erzählen, die sonst niemand hört. Bündnisse stärken. Klare Forderungen in politische Entscheidungsprozesse tragen. Konkret heißt das: Wir kämpfen für ein bedarfsgerechtes BAföG, das seinen Namen verdient. Mit einer Wohnkostenpauschale, die sich an realen Mieten orientiert, und einem digitalen, schnellen Antragsverfahren. Ein BAföG, das unterstützt – und uns nicht im Bürokratiechaos untergehen lässt. Wir brauchen bezahlbaren studentischen Wohnraum: durch sozialen Wohnungsbau, den Ausbau von Studierendenwohnheimen, einen Mietendeckel. Und ja – auch Enteignung kann ein sinnvolles Mittel sein. Denn mit Wohnraum zu spekulieren, während Menschen verzweifelt eine Bleibe suchen, ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Und wir brauchen ein Ende der Sparpolitik an Hochschulen. Hochschulen sind Orte der Zukunft, der Forschung, der gesellschaftlichen Weiterentwicklung. Sie dürfen nicht kaputtgespart, sondern müssen nachhaltig finanziert werden. All das schaffen wir nicht allein. Wir brauchen starke Bündnisse – mit Hochschulgruppen, mit Studierendenvertretungen, mit dem fzs. Nur gemeinsam entfalten wir die Schlagkraft, die es braucht. Aber auch intern steht viel an. Der Vereinigungsprozess von Verband und Verein – dank der großartigen Arbeit des letzten BuVo – geht in die entscheidende Phase. Das ist keine Formalie, sondern die Grundlage unserer demokratischen Legitimation und Handlungsfähigkeit. Und wir müssen unsere Strukturen weiter öffnen: durch regelmäßigen Austausch, transparente Prozesse und niedrigschwellige Angebote für neue Menschen. Gerade weil ich aus einer sehr kleinen Hochschulgruppe komme, weiß ich, wie wichtig es ist, Menschen mitzunehmen, statt abzuschrecken. Ich möchte Campusgrün so gestalten, dass jede Person Lust hat, mitzumachen – und sich ernst genommen fühlt. Ich bin Alisa, 22 Jahre alt, und ich kandidiere als Bundessprecherin von Campusgrün, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass wir etwas bewegen können. Dass Studieren kein Privileg sein darf. Dass Hochschulen demokratische Orte unabhängiger Wissenschaft sein müssen. Und dass wir füreinander Verantwortung tragen. Ich bin bereit, dafür zu kämpfen – mit Empathie, mit Ehrgeiz und mit euch gemeinsam. Wenn ihr diese Ziele teilt, freue ich mich sehr über eure Stimme. Und jetzt bin ich gespannt auf eure Fragen.

Fragen:

- Karlotta (Münster): Frage, wie die Kommunikation zwischen Mitgliedsgruppen und dem BuVo stattfinden soll
 - Antwort: Ich möchte wöchentliche Updates geben und bilateralen Austausch anstreben.
- Finn (Lüneburg): Frage, danach, wie Studium mit der Arbeit vereinbar ist
 - Antwort: Ich habe noch viel Zeit im Studium, habe aber fast alle Kurse bereits abgeschlossen und dadurch viel Zeit; ich habe einen 20h-Job, aber sonst viel Zeit für Campusgrün.
- Janne (Schiedsgericht): Frage nach der größten Herausforderung und wie die Kandidatin damit umgehen will
 - Antwort: Respekt vor der gesamten Arbeit, insbesondere der Überführung in den Verein.

B2 Ella Weinert

Die Kandidatin stellt sich vor.

Gestern lagen wir im Streit miteinander. Und auch das Heute ist ungewiss. Aber das Morgen können wir gemeinsam gestalten und heute damit beginnen. Ich stehe hier vor einem Verband, der laut ist, der viele Ideen hat und so viele wertvolle Berührungspunkte in

verschiedene demokratische Strömungen hinein, sodass mein Credo lautet: Lasst uns diese Energie gemeinsam nutzen, um unsere Demokratie zu schützen und unsere Stimmen zu vereinen. Denn gemeinsam können wir mehr erreichen. Ich habe vier Jahre Erfahrungen in der Hochschulpolitik gesammelt und gelernt, meine Stimme auch vor vermeintlichen Autoritätspersonen zu erheben. Seit über einem Jahr bin ich Teil des Kreisvorstands Berlin-Spandau von Bündnis 90/Die Grünen und wurde vor einem Jahr von euch in den Beisitz des Bundesvorstandes von Campusgrün gewählt. Ich stehe nun erneut vor euch und bewerbe mich um den FLINTA Vorsitz, um euch diesen Verband mit all seinen Mitgliedsgruppen zu repräsentieren. Aufgrund meiner Erfahrungen fühle ich mich dem gewachsen und biete euch meine Kompetenzen an. Ich möchte, dass unsere demokratischen Strömungen vereint agieren und sehe mich als Vermittlerin innerhalb und außerhalb des Verbandes. Ich werde mich für eine verbesserte Kommunikation einsetzen und ein besonderes Augenmerk auf die Aufklärung zur mentalen Gesundheit legen. Dem fzs vor allem hinsichtlich der laufenden Kampagne „Schlussverkauf Bildung“ möchte ich eine Ansprechpartnerin sein. Denn schließlich ist die Bildung das höchste Gut unserer Gesellschaft. Lasst mich zum Abschluss Simone de Beauvoir zitieren: Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen. Sie bekommen nichts. Ich fordere als Frau, dass wir zusammenarbeiten und gemeinschaftlich, demokratisch agieren. Denn das sind wir den jungen Menschen schuldig.

Fragen:

- Anna (Büro / GHG Potsdam): Frage nach der Übergabe in den nächsten zwei Wochen, der Einbindung von Mitarbeitenden und das Verständnis der Rolle als Arbeitgeberin
 - *Antwort: eine schnellstmögliche Organisation, Büro soll vor allem selbstständig arbeiten, sachlich bleiben und offen & ehrliche Kommunikation.*
- Leif (Trier): Frage nach konkreten Ideen und Vorschlägen für Vernetzung in Ostdeutschland
 - *Antwort: Aufgriff des aktuellen Seminars, Analyse der Problematik, Partnerschaften mit Mitgliedsgruppen, in die Diskussion gehen.*
- Janne (Schiedsgericht): Frage nach jeweils einer Sache, was die Kandidatin weiterführen möchte und was sie anders machen möchte
 - *Antwort: weiter mit fzs befassen (gerade in Bezug auf Hochschulkürzungen) und Öffentlichkeitsarbeit weiterhin fortführen.*
- Finn (Lüneburg): Frage, in welcher Form sich die Kandidatin in die BAG HWT eingebracht hat und ob sie von ihrem Amt im Kreisvorstand Berlin-Spandau rückt im Fall ihrer Wahl
 - *Antwort: war in der BAG in Funktion als campusgrünmitglied, würde weiterhin im KV Berlin-Spandau bleiben.*
- Janne (Schiedsgericht): Frage nach einer Sache, die die Kandidatin (inhaltlich oder organisatorisch) anders machen wollen würde
 - *Antwort: Mitgliedsgruppen müssen sich beteiligen, keine Hierarchien innerhalb des BuVos.*

	Anzahl
Abgegebene Stimmen	23
ungültig	0
Alisa Draken	23
Ella Weinert	0
Enthaltung	0

9.1.2 Sprecher*in (offen)

B3 Tim Oberding

Der Kandidat stellt sich vor.

Fragen

- Alisa (Trier): Frage nach weiteren Themen
 - *Antwort: möchte junge und progressive Akzente setzen, u.a. BAföG-Bearbeitungszeiten.*
- Leif (Trier): Frage danach, wie mehr Verbände mit weiterer Entfernung integriert werden können
 - *Antwort: Rotation bei Versammlungsorten, machbare Fahrtkostenerstattung*
- Nele (Präsidium): Frage danach, wie sich der Kandidat feministisch einbringen will und welche Schwerpunkte er setzen will
 - *Antwort: positiv, dass Cora auf einem offenen Platz kandidiert, nicht nur Scheinbeteiligung, Empowerment von FLINTA*-Personen.*
- Sebi (Münster): Frage danach, wie die Autonomie in einem Verein stärker werden kann, Tim habe viel vom Verband gesprochen
 - Weg zum Verein ist richtig, Ortsgruppen müssen mehr mitgenommen werden, auch was Satzung etc angeht. Ortsgruppen sollen Initiativmöglichkeiten haben. Mehr Bottom up, nicht nur top down.
- Anna (Potsdam): Frage nach der Erfahrung bei Finanzverhandlungen
 - *Antwort: Bereits Erfahrung mit Verhandlungen im Rahmen des Dachverbands für bayerische Jugendvertretungen; Bewusstsein darüber, dass es eine andere Ebene ist.*
- Calvin (Dortmund): Frage nach Erfahrung mit rechten Kräften. Was kann CG dagegen tun? Hast du Ideen?
 - *Antwort: Bildungsarbeit und Bündnisse wichtig. Wie können wir da Ortsgruppen unterstützen? Guter Draht zum BuVo, der auf Situationen vor Ort reagieren könnte.*
- Sara (Lüneburg): Frage nach zeitlichen Kapazitäten angesichts der Doppelimmatrikulation

- *Antwort: Stress ist kein Statussymbol. Teamwork gefordert. Weitere Ehrenämter zurückgefahren. Nur noch Sprecher der GHG Regensburg, da will er bald zurücktreten für frischen Wind.*
- Finn (Lüneburg): Zu Aussage gestern: Die Arbeit des bisherigen BuVo habe der Arbeit vor Ort in Regensburg geschadet. Wie willst du das verbessern, möchtest du deiner Aussage noch was hinzufügen?
 - *Antwort: Harter Ton, hat vor Ort geschadet, da man angesprochen wurde und nicht auf die Antwort geachtet wurde. Möglichkeit, durch Austauschcalls und direkte Gespräche, Kritik zu üben.*
- Constantin (BuVo): Frage danach, wie Austauschformate besser angenommen werden können; welche Seminare sollen weitergeführt werden und wie Bildungsarbeit organisiert werden soll.
 - *Antwort: direkte Kommunikation mit Mitgliedern ggf. durch eine Chatgruppe und gemeinsam mit dem Beisitz arbeiten.*
- Leif (Trier): Wiederholung der Frage, wie man die ostdeutsche Beteiligung gewährleisten kann und die Präsenz vor Ort stärken
 - *Antwort: Indem man vor Ort präsent ist und auch mal nur mit den ostdeutschen Gruppen redet und nachfragt, was gebraucht wird. Es bringe nichts, wenn jemand den Leuten vorschreibt, was zu tun ist. Auch Bündnisse mit der GJ dort vor Ort suchen.*

B4 Cora Merzbach

Die Kandidatin stellt sich vor.

Fragen

- Hannah (Aachen): Frage nach ihrem Entscheidungsprozess, weshalb die Kandidatin auf dem offenen Platz kandidiert und nach weiteren Schwerpunkten
 - *Antwort: Gute Frage. Möchte nicht gegen andere FINTA*-Person kandidieren und möchte, dass Feminismus gehört wird. Wir nehmen sonst einen Raum nicht ein, der da ist. Wir sind mehr als unser Geschlecht und die Quotierung. Weitere Themen: Mensa ist zu teuer und zu ungesund; Wohnen: Wenn überall Wohnheime schließen, wo sollen wir wohnen?; Klima: muss wieder mehr in die politische Diskussion finden.*
- Helena (Potsdam): Was stellst du dir für die Bildungsarbeit vor, welche Ideen hast du und was hast du aus dem Ostdeutschland-Seminar vor ein paar Wochen mitgenommen?
 - *Antwort: Klima sehr wichtig, möchte gerne an die Seminararbeit anschließen.*
- Maia (Lübeck): Frage danach, wie Aufgaben wie Finanzverhandlungen und als Arbeitgeberin wahrgenommen werden können
 - *Antwort: durch Gremienarbeit bereits Erfahrung (u.a. im StuPa als auch im AStA); Finanzverhandlungen durch Sprecherinnenamt der GJ Trier-Saarburg mit der Partei, als Arbeitgeberin ist menschlicher Umgang wichtig.*
- Sara (Lüneburg): Wie viele Kapazitäten hast du? Du bist ehrenamtlich sehr aktiv, was willst du reduzieren, wie sind Grenzen mit deinem Studium oder Lohnarbeit?

- *Antwort: Wurde gerade ins StuPa gewählt, das würde ich auch weiterführen, AStA und GJ fallen ab Januar weg.*
- Sara nochmal: Zum Strukturaufbau in GJ und CG vor Ort. Bist du da gerade noch mit beteiligt oder ist das abgeschlossen?
 - *Antwort: Ging recht schnell. Es gab vorher keine GJ. Wir haben alles neu verhandelt (Ordnungen) und einen Vorstand gewählt. Jetzt gibt es dort eine starke Stimme. CG ist nun die stärkste Fraktion im StuPa geworden, nach Jahren hinter den Jusos. Wir sind stolz, dass wir so stark gewachsen sind und es so tolle engagierte Leute gibt.*
- Finja (Münster): Frage zur Nähe von campusgrün zur GJ
 - *Antwort: In Trier enge Zusammenarbeit, aber das ist nicht überall der Fall. Überschneidungen mit der GJ bei vielen Themen, auch gemeinsam Kritik an den Grünen möglich.*

	Anzahl
Abgegebene Stimmen	24
ungültig	0
Tim Oberding	8
Cora Merzbach	16
Enthaltung	0

9.1.3 Politische Geschäftsführung

B7 Lennard Runkel

Der Kandidat stellt sich vor.

Fragen

- Madita (Passau): Wie sind aktuell deine Kapazitäten?
 - *Antwort: Bin aktuell im 5. Semester (Schwerpunktsemester) -> freieres Semester, war lange Finanzreferent im AStA und kann deshalb Kapazitäten einschätzen, plant mit Arbeitseinsatz von 20-30 Std. pro Woche.*
- Sarah (Lüneburg): Was ist für dich die größte Herausforderung, die du in deiner Amtszeit und für dich persönlich im nächsten Jahr siehst?
 - *Antwort: Vor allem Respekt vor dem Strukturprozess, Sorge um die Mitgliederversammlung, weil man sich v.a. um sich selbst kümmert und nicht mit den Anträgen beschäftigt; Finanzierung besonders bzgl. Anreise von*

Mitgliedsgruppen, ggf. Umstrukturierung nötig. Öffentlichkeitsarbeit sollte genauso aufrecht erhalten werden.

Es gibt keine weiteren Bewerbungen.

	Anzahl
Abgegebene Stimmen	24
ungültig	0
Ja	22
Nein	2
Enthaltung	0

9.1.4. Schatzmeister*in

Jannis (FU Berlin): 19 Jahre alt, Jura an der FU. Ich komme aus BaWü, KV Heidelberg. Seit September in Berlin und bin seit 3 Jahren in der GJ und bei den Grünen. Ich habe mich spontan entschieden, habe viele nette Leute hier kennengelernt, es macht Spaß, sich zu engagieren.

Fragen

- Sarah (Bochum): Wie viel Zeit kannst du in das Amt stecken? Was machst du ehrenamtlich nebenbei?
 - Antwort: *Ich bin Ersti, natürlich gibt es da eine ordentliche Arbeitsbelastung, habe aber nebenbei noch Zeit und mache sonst nichts anderes. Habe durchaus Respekt davor, so einen großen Teil meiner Freizeit da rein zu stecken, aber ich kann es mir sehr gut vorstellen, weil es mir Spaß macht.*
- Alisa: Was war dein Hauptbeweggrund, dich spontan zu bewerben?
 - Antwort: *Ich wollte mich eigentlich für das Schiedsgericht bewerben, aber merke, dass sich der Verband gerade umstrukturiert und möchte Teil davon sein. Ich sehe die Bedürfnisse von Studierenden, möchte in meinem Rahmen als Schatzmeister dazu beitragen, die Grundbedürfnisse von Studis anzugehen und die Situation zu verbessern.*
- Sarah (Bochum): Womit beschäftigst du dich politisch vor allem? Feminismus, Ableismus-Kritik, Nachhaltigkeit?
 - Antwort: *Nachhaltige Erde brauchen wir, wir müssen umweltbewusster leben. Feminismus ist zentral; Ableismus und Queerfeminismus sind Fragen im globalen Kontext, habe mich damit im Rahmen eines Auslandsaufenthalts in China auseinandergesetzt. Gleichwertiger Umgang miteinander ist wichtig,*

wir müssen miteinander reden. Ich habe mich in Heidelberg zum Thema Cannabis engagiert, auch zum Antifaschismus und Anti-AfD.

- Madeleine (Regensburg): Voll schön, dass du spontan kandidierst! Traust du dir zu/wie fühlst du dich dabei, in Diskussion mit der Partei zu gehen, was die Gelder angeht? Wie willst du es schaffen, dass alle (finanziell) zur BMV kommen können, es gibt ja momentan einen Eigenanteil?
 - *Antwort: Klassismus: Wir müssen darauf achtgeben, dass wir uns alle die gleichen Chancen geben. Diskussionen mit der Partei kann ich mir sehr gut vorstellen, das habe ich in Heidelberg bereits gemacht. Lennard hat mir auch schon Hilfe angeboten. Bin ehrlich, dass ich da nicht mega viel Erfahrung habe, aber wir werden alle gemeinsam dazulernen.*
- Calvin (Dortmund): Ändert es etwas an deinem ursprünglichen Plan und ist dir bewusst, dass du an dieser Stelle sehr viel mehr Macht hast als im Bundesschiedsgericht?
 - *Antwort: Anliegen, das rechtssicher zu gestalten und das Stimmrecht besonders in diesem Punkt zu nutzen.*
- Lennard (Münster): Ich habe etwas Vorerfahrung im Bereich Finanzen, gerne bereit, im Team zusammenzuarbeiten und dich zu unterstützen.

Es gibt keine weiteren Bewerbungen.

	Anzahl
Abgegebene Stimmen	23
ungültig	0
Ja	18
Nein	3
Enthaltung	2

9.2. Wahl der Beisitzenden

GO-Antrag Constantin (BuVo): Verkürzung der Vorstellungszeit auf 3 Minuten
-> keine Gegenrede

9.2.1 Beisitzende (quotiert)

Sarah (Bochum)

Vorstellung: Spontane Kandidatur, GRAS Bochum, bin 24 Jahre alt und studiere Germanistik und Geschichte. Meine Schwerpunkte: Intersektionalität und Ableismus. War bei uns im unabhängigen Referat und am Aufbau nach Corona beteiligt. Das würde ich gerne im BuVo fortführen. Letzte 2 Jahre Koordination bei GRAS Bochum. Habe praktischen Fokus bei der

Umsetzung von Themen, z.B ein Awareness-Konzept aufzustellen. Das möchte ich auch hier mehr machen und Dinge verbessern. Viel unterwegs, z.B. auch in den letzten Jahren im Bereich Hochschulkürzungen.

B6 Katie Hotham (Trier)

Vorstellung (per Videobotschaft): 24 Jahre, Philosophie und PoWi. Seit kurzem bei CG aktiv. Bin auch bei den Grünen seit kurzem. Nachhaltigkeit und Chancengleichheit als meine Schwerpunkte, insbesondere auch in Bezug auf die Realität von queeren Menschen und Menschen mit migrantischem Hintergrund an den Unis. Ich bin strukturiert und arbeite sehr gerne im Team. Politik gelingt am besten gemeinsam. Für bessere Vernetzung der Gruppen untereinander. Schade, dass ich nicht vor Ort sein und euch kennenlernen kann.

Janne (offiziell aktuell keine HSG): Habe sehr lange überlegt, hin und her. Frisches motiviertes Team, das hat auch mich ergriffen. Ich würde mich freuen, mitzuarbeiten.

Themen, die mich besonders interessieren: Umstrukturierung von Verband zum Verein, schauen, dass wir alle da gut durchkommen. Politische Schwerpunktthemen: Finanzierung vom Studium, Kooperation mit dem fzs und bisher noch zu kurz gekommen: mentale Gesundheit von Studis. Außerdem liegt mir eine transparente Kommunikation innerhalb des Verbandes am Herzen. Eine konkrete Idee: die Cloud neu aufleben lassen für Sticker und Flyer Vorlagen.

Ich habe Umweltwissenschaften in Lüneburg studiert, war da 3 ½ Jahre bei CampusGrün, Referentin für Hochschulpolitik im AStA, gerade bin ich zwischen Bachelor und Master, mache mein Praktikum in der Grundschule, Erfahrung zu Satzung und Verband allgemein durch deep dive im Schiedsgericht.

Zulassung von Janne zum Wahlgang nach § 18 Absatz 1 Satz 3, da sie aktuell kein Mitglied einer Mitgliedsgruppe ist:

0 Gegenstimmen

0 Enthaltungen

→ Janne ist zum Wahlgang zugelassen.

	Anzahl	gültig	ja	nein
Katie (Trier)	21	21	7 → 14 Enthaltungen	0
Sarah (Bochum)			19 → 2 Enthaltungen	
Janne (keine HSG)			21	

Sarah und Janne nehmen die Wahl an und sind gewählt. Katie hat das Quorum nicht erreicht und ist nicht gewählt.

9.2.2 Beisitzende (offen)

GO-Antrag Emilia (Präsidium): Verkürzung der Vorstellungszeit auf 3 Minuten

-> keine Gegenrede

Nicolas von Walter (Passau)

Seit gestern 21 Jahre alt (Glückwunsch durch überraschten Applaus im Raum). Studiere Staatswissenschaften im 3. Semester. Engagiere mich seit Beginn der Uni, insbesondere für Erasmus und Internationale Studierende.

Ich bin in Südafrika aufgewachsen und zum Studium selbst nach Deutschland gekommen.

Als studentischer Senator gewählt und im StuPa und AStA aktiv, Schwerpunkte:

basisdemokratischere Gestaltung des Vereins und in der Strukturkommission.

Weitere Themen: Viele Mitgliedsgruppen, die hier nicht dabei sein können, haben Probleme neue Mitglieder anzuwerben. Zudem wird es mit allgemeinem Rechtsruck immer schwieriger, junge FLINTA*-Personen zu gewinnen, durch hitzigen Diskurs und dadurch, dass manche erkämpften Rechte nicht mehr so viel Wertschätzung finden. Strukturpapiere erarbeiten, um Mitgliedsgruppen dabei zu unterstützen, insbesondere junge FLINTA* zu erreichen und in die Arbeit einzubinden.

Fragen:

- Maia (Lübeck): Ihr macht großartige Arbeit am Campus, Hut ab! Was sind deine politischen Schwerpunkte, welche Projekte würdest du durchsetzen wollen?
 - Antwort: Antirassismus, Feminismus, soziale Gerechtigkeit, möchte Gruppen dabei unterstützen, FLINTA*-Personen zu gewinnen und zu empowern. Basisdemokratie, gerne Beisitz dazu nutzen, Sprecher*innen etc. zuzuarbeiten und Themen zu platzieren.

B5 Maximilian Speiser (Trier)

19 Jahre alt, Umwelt- und Biowissenschaften in Trier.

Bin seit Studienbeginn Mitglied bei CG Trier und bei den Grünen. Ursprünglich wegen Naturschutz, war dann aber von HoPo begeistert. Ich bin sehr engagiert, arbeite gerne im Team und möchte da meine Zeit reinstecken. Möchte Sichtbarkeit für Campusgrün schaffen und Projekte planen. Schwerpunkt ist Naturschutz, möchte hier die Hochschul-/Wissenschaftsposition stärken und das Thema mehr an die Hochschulen bringen. CG soll bessere Netzwerke bekommen. Lokale Ideen sollen sich schneller verbreiten und woanders Schule machen.

Keine Fragen

Calvin (Dortmund)

Kein Zufall, dass es jetzt so viele Kandidaturen gibt, zwei neue Sprecherinnen, die vielleicht noch nicht hundertprozentig in Verbandsstrukturen eingebunden sind, wichtig, dass die Sprecherinnen so viele Möglichkeiten wie möglich durch Unterstützung aus dem Beisitz haben.

CG ist für mich sehr wichtig, ich bin seit einigen Jahren in Dortmund aktiv, und auch der Bundesverband ist mir ans Herz gewachsen. Ich möchte, dass wir größer werden und mehr zusammenwachsen. Wir sollten das Buddy-Programm wieder aufleben lassen. Materialbereitstellung, die der letzte BuVo angestoßen hat, oder auch Vorlagen bereitzustellen, finde ich super und möchte ich weiterführen. Hürden für Mitgliedschaft und Partizipation möchte ich abbauen. Ich leite seit 3 Jahren das StuPa-Präsidium, seit 2 Jahren im Senat. Da werde ich ab Januar etwas kürzer treten. Uns sollte bewusst sein, dass dieses Engagement hier ein Privileg ist und uns besonders für diejenigen einsetzen, die nicht hier sein können.

Keine Fragen

	Anzahl	gültig	nein	ja
Maximilian (Trier)	21	21	0	2 -> 19 Enthaltungen
Nicolas (Passau)				20 -> 1 Enthaltung
Calvin (Dortmund)				20 -> 1 Enthaltung

TOP 10: Wahl der Rechnungsprüfung

Entfällt, sind auf 2 Jahre gewählt

TOP 11: Wahl des Schiedsgerichtes

11.1. Schiedsgerichtsmitglied (quotiert)

GO-Antrag Max (Präsidium): Verkürzung der Vorstellungszeit auf 3 Minuten
-> keine Gegenrede

Sofie (Bochum)

Mitglied des StuPa, Rechtsausschuss und Satzungsausschuss für die GRAS Bochum, viel in der akademischen Selbstverwaltung aktiv gewesen, hoffe natürlich, dass wir möglichst wenig zu tun haben, bin gut mit Papierkram, keine angehende Juristin, aber viel über die letzten Jahre angeeignet, aktuell bin ich im Vorsitz des Wahlausschuss der Fernuni Hagen.

Keine Fragen

Sara (Lüneburg): Ich bin 24 (sie/ihr). Seit dem Frühjahr bei CG, direkt ins StuPa gewählt worden. Bin dort auch im Zentrallausschuss, der sich mit Satzungen und Ordnungen der Studierendenschaft beschäftigt. Ich bin keine angehende Juristin und studiere international

BWL. Würde mich über das Vertrauen freuen, auf dieser Ebene Verband und Verein zu vereinen.

Keine Fragen.

11.2. Schiedsgerichtsmitglied (offen)

Finn (Lüneburg)

seit 2021 bei CG in Lüneburg, war Finanzreferent im AStA, im Zentralausschuss viel mit Satzungen und Ordnungen beschäftigt, ich studiere Rechtswissenschaften, aktuell bin ich noch in der Rechnungsprüfung für den Verein. Dort würde ich zurücktreten, falls ich gewählt werde.

Keine Fragen.

	Anzahl	gültig	Enthaltungen	ja
Sofie (Bochum)	21	19		19
Sara (Lüneburg)				18
Finn (Lüneburg)				18

Sofie, Sara und Finn haben das Quorum erreicht und nehmen die Wahl an.

Datenschutz macht weiterhin Lennard.

TOP 12: Finanzen: Haushalt 2026

H1 Verabschiedung des Haushalt für 2026 (Ben Budt; Campusgrün Vorstand)

TOP 13: Leitantrag

A4 Schluss mit der Prokrastination beim Klimaschutz (Campusgrün Bundesvorstand)

Einbringung durch Helena (BuVo):

- alle Änderungsanträge geeint
- Campusgrün in vielen Städten stark vertreten -> klar im Leitantrag genannt

- Bundesverband als starke Stimme für Klimagerechtigkeit
- soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Generationengerechtigkeit zusammendenken
- Forderungen: Klimageld und ein entkoppeltes Semesterticket
- geeinter Änderungsantrag wird vorgestellt
- Dank an die Antragssteller*innen

GO-Antrag Calvin (Dortmund): Vertagung der Debatte aufgrund technischer Fehler
Gegenrede Constantin (BuVo): BuVo und Änderungsantragsstellende haben sich geeinigt, Interessierte hätten sich einbringen können, zeitlich ist die Versammlung dann nicht mehr schaffbar

Hinweis Präsidium -> Vertagung bedeutet zur nächsten Sitzung -> GO-Antrag wird zurückgezogen

GO-Antrag Calvin (Dortmund): Verschiebung des TOPs auf den nächsten Tag
Gegenrede Constantin (BuVo)
-> GO-Antrag wird zurückgezogen

Aussprache (4 Redebeiträge, quotiert, je 2 Minuten)

- Sarah (Lüneburg)
 - Z. 53: nicht diskriminierungsfreie Formulierung
 - Frage, ob ÄA gestellt werden soll oder das als redaktionelle Änderung angepasst werden kann

GO-Antrag Elias (xx) auf sofortige Abstimmung, da bereits vor der Versammlung die Anträge klar waren

Gegenrede Sebi (Münster) neue Version liegt jetzt erst vor und nicht seit Wochen
-> mehrheitlich abgelehnt

- Laurenz (Münster)
 - Dank für gute Kompromisse und produktive Verhandlungen
- Nele (Präsidium):
 - Wichtigkeit der Abstimmung dieses Antrags
 - Vorbereitung ist Grundaufgabe der Delegierten
 - Appell an Vertrauen gegenüber BuVo und Verhandlungsteam

Ä1 zu A4 (CampusGrün Münster)

Einbringung des ÄAs durch Calvin (Dortmund)

- letzter Absatz geändert

Aussprache zum ÄA:

- Finn (Lüneburg): ursprünglicher Absatz benennt Tarifbindung, was im ÄA fehlt -> wirbt dafür, dem ÄA nicht zuzustimmen
- Lisa (Präsidium): versteht Frustration, da man nicht genau weiß, was drin steht aufgrund technischer Mängel

GO-Antrag Malte (Lübeck): Erweiterung der Redeliste um eine Person

-> angenommen

GO-Antrag Constantin (BuVo): Unterbrechung der Sitzung für 30 Minuten zur erneuten Verhandlung des Antrags

Gegenrede Sofie (Bochum): die technischen Mängel werden nicht behoben

-> mit vielen Enthaltungen abgelehnt

- Alisa (Duisburg): Verbindung der beiden Anträge möglich

Unruhe im Raum, Unterbrechung zur Besprechung des Präsidiums

Dortmund zieht den ÄA zurück

GO-Antrag Präsidium: Unterbrechung der Sitzung für eine Stunde bis 21 Uhr

-> bei einer Enthaltung so angenommen

GO-Antrag Münster: Alle Anträge aus Münster sollen auf die nächste BMV vertagt werden

-> keine Gegenrede

Eine neue geeinte Fassung des Leitantrags wurde den Delegierten zur Verfügung gestellt.

Debatte über den Änderungsantrag von Dortmund

- keine Redebeiträge

Abstimmung über den Änderungsantrag von Dortmund

- bei 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen

Abstimmung über den Leitantrag

- 23 Ja-stimmen, eine Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Ende der Sitzung am Samstag um 21:09 Uhr

TOP 14: Anträge

A5 Gegen neoliberale Regelstudienzeiten. Für mehr Individualität im Studium! (Laurenz Schulz , CampusGrün Münster)

vertagt

A9 Rassismus und Polizeigewalt benennen, bekämpfen und mit Opfern solidarisieren! (vertagt von 51. BMV, CampusGrün Münster)

vertagt

Ä6 zu A9 (Citou Maeve Müller, GRAS Bochum)

A10 KOSTENLOSES SEMESTERTICKET JETZT! (vertagt von 51. BMV, CampusGrün Münster)

Der Antrag wurde zurückgezogen

TOP 15: Sonstiges

Niklas (BuVo): beschlossener Antrag der letzten BMV wurde u.a. auch beim Länderrat der Grünen Jugend gestellt, es gab eine Globalalternative, man hat sich geeinigt und der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Dank an die Delegierten, das Präsidium, die Protokollant*innen und insbesondere an Paul, Leander, Marco und Anna für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr.

Top 16: Verabschiedung

Das Präsidium schließt um 14:40 Uhr die 52. Mitgliederversammlung.

Dok2 Protokoll der letzten Bundesdelegiertenversammlung

Antragsteller*in: -
Tagesordnungspunkt: 2.Z Bestätigung des Protokolls der letzten BDV
Status: Zurückgezogen

Protokoll Delegiertenversammlung

Campusgrün - Grüne Hochschulgruppen e.V.

Ort: Geschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

Beginn: Freitag, 12. Dezember 2025 um 16:00 Uhr

Ende: Sonntag, 14. Dezember 2025 um 16:21 Uhr

Sitzungsleitung: Constantin Meyer zu Allendorf

Schriftführung: Marco Leonhardt

Anwesende Mitglieder: Niklas Padberg, Feo Böcker, Lisa-Nicole Bücken (am 12.12.25), Maximilian Gravendyk, Emilia de Rosa, , Jannis Romann (am 14.12.2025), Lena Hedtke (am 14.12.2025), Lennard Runkel (am 14.12.2025), Leo Papenhausen (am 14.12.2025), Nele Bär (am 14.12.2025), Sebastian Schick (am 14.12.2025), Simon Roß (am 14.12.2025)

Stimmberechtigte Delegierte: Helena Schnettler (vom 12.12.25-14.12.2025), Constantin Meyer zu Allendorf (vom 12.12.25-14.12.2025), Calvin Danne (nach Aufnahme am 14.12.2025), Cora Merzbach (am 14.12.2025), Finn Augustin (am 14.12.2025), Katrin Meyer (am 14.12.2025), Lara Witte (am 14.12.2025), Lou Otholt (am 14.12.2025), Sarah Ludyga (am 14.12.2025), Sofie Rehberg (am 14.12.2025), Nicolas von Walter (am 14.12.2025).

Anwesende Gäste: Marco Leonhardt, Daniel Eliasson (am 12.12.25), Janne Kedzia (am 14.12.2025), Anna Hilsenbeck (am 14.12.2025), Daniel Cruismann (am 14.12.25), Lukas Kuhlmann (am 14.12.2025), Citou Maeve Müller (am 14.12.2025).

Anmerkungen zu Abstimmungen & Wahlen: Abstimmungsergebnisse werden im Format (Ja/Nein/Enthaltung) angegeben.

Anlagen zum Protokoll:

1. Protokoll der 20. Mitgliederversammlung
2. Dritter Nachtrag zum Haushaltsplan 2025
3. Haushaltsplan 2026

Inhaltsverzeichnis

1 Begrüßung und Eröffnung	3
1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit	3
2 Formalia	3
2.1 Wahl der Versammlungsleitung	3
2.2 Wahl der Schriftführung	3
2.3 Beschluss der Tagesordnung	3
2.4 Bestätigung des Protokolls der 20. MV	3
3 Bericht der Geschäftsführung	5
4 Bericht der Rechnungsprüfung	5
5 Entlastung der Geschäftsführung	5
5A Nachtragshaushalt 2025	5
6 Aufnahme von Mitgliedern	6
7 Beschluss der Geschäftsordnung	7
8 Beschluss der Finanzordnung	7
9 Wahl der Zählkommission	7
10 Wahl der Vorstandes	7
10.1 Wahl der Geschäftsführung	7
10.1.1 Vorsitzende*r (quotiert)	7
10.1.2 Vorsitzende*r (offen)	7
10.1.3 Koordinatorische Geschäftsführung	8
10.1.4 Schatzmeister*in	8
10.2 Wahl der Beisitzenden	9
11 Wahl des Schiedsgerichtes	9
12 Wahl der Rechnungsprüfung	9
13 Finanzen: Haushalt 2026	10
14 Leitantrag	10
15 Anträge	10
16 Sonstiges	10
17 Verabschiedung	10

1 Begrüßung und Eröffnung

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Constantin stellt fest: Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgte form- und fristgerecht. Sie wurde als mehrtägige Versammlung vom 12. bis zum 14. Dezember eingeladen. Die Beschlussfähigkeit wird damit festgestellt.

2 Formalia

2.1 Wahl der Versammlungsleitung

Helena schlägt Constantin Meyer zu Allendorf als Versammlungsleitung vor.

Abstimmung: *"Die Versammlung wählt Constantin Meyer zu Allendorf als Versammlungsleitung."* (2/0/0)

Constantin nimmt die Wahl an.

2.2 Wahl der Schriftführung

Constantin schlägt Marco als Protokollführung vor.

Abstimmung: *"Die Versammlung wählt Marco als Protokollführung."* (2/0/0)

Marco nimmt die Wahl an.

2.3 Beschluss der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mit der Einladung versendet.

Es soll ein neuer Tagesordnungspunkt 4A ergänzt werden zum dritten Nachtragshaushalt für das Jahr 2025. Zudem wird die Wahl der Zählkommission vor die Wahl des Vorstandes verschoben.

Abstimmung: *"Die Versammlung beschließt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung."* (2/0/0)

2.4 Bestätigung des Protokolls der 20. MV

Das Protokoll wurde den Mitgliedern vor der Versammlung per Mail zugesandt.

Es liegen keine Anmerkungen vor.

Abstimmung: *"Das Protokoll der 20. Mitgliederversammlung, die am 29. September 2025 stattfand, wird bestätigt."* (2/0/0).

3 Bericht der Geschäftsführung

Der Bericht liegt der Versammlung vor.

Der Vorstand führt in die Arbeit ein.

Bericht: Siehe Anhang.

Die Versammlung dankt für die Arbeit.

4 Bericht der Rechnungsprüfung

Maximilian Gravendyk (Rechnungsprüfer) stellt den Bericht vor. Dieser befindet sich als Anlage auch zum Protokoll.

5 Entlastung der Geschäftsführung

Die Versammlungsleitung weist darauf hin, dass sich Personen in dieser Konstellation nicht selbst entlasten können.

Aufgrund des Stimmrechtsausschlusses der Vorstandsmitglieder bei der Abstimmung über ihre eigene Entlastung sind die delegierten Vorstandsmitglieder in diesem Tagesordnungspunkt nicht stimmberechtigt. Da andernfalls ihre Stimmen entscheidungserheblich wären und sie selbst von der Entlastung betroffen sind, nehmen sie weder unmittelbar noch als Bevollmächtigte anderer Mitglieder an der Abstimmung teil.

Die Versammlung stimmt dem zu.

Im Weiteren ruft die Versammlungsleitung die Entlastung von Helena Schnettler auf. Zugelassene zur Stimmabgabe als Delegierter ist Constantin. Constantin spricht sich für die Entlastung von Helena aus (1/0/0)

Des Weiteren ruft die Versammlungsleitung die Entlastung von Constantin Meyer zu Allendorf auf. Zugelassene zur Stimmabgabe als Delegierte ist Helena. Helena spricht sich für die Entlastung von Constantin aus (1/0/0)

Zuletzt ruft die Sitzungsleitung die Entlastung aller weiteren Vorstandsmitglieder auf. Zugelassene zur Stimmabgabe als Delegierte sind Helena und Constantin.

Die weiteren Mitglieder des Vorstandes werden entlastet (2/0/0).

5A Nachtragshaushalt 2025

Der dritte Nachtragshaushalt für das Jahr 2025 wird kurz vorgestellt. Es gab nochmal notwendige Änderungen, vor allem im Hinblick auf die geplanten Personalkosten.

Constantin fragt nach der Zustimmung.

Der dritte Nachtragshaushalt wird in der vorgelegten Fassung mit 2 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen festgestellt.

Constantin vertagt die Versammlung am 12. Dezember um 16:20 Uhr auf den 14. Dezember 2025.

Constantin eröffnet die Versammlung am 14. Dezember wieder um 15:42 Uhr.

6 Aufnahme von Mitgliedern

Im Rahmen des Wochenendes haben 42 Personen einen Antrag auf Mitgliedschaft im Verein gestellt.

Der Mitgliederversammlung wird berichtet:

Constantin, Helena und Liliana haben als Mitglieder der Geschäftsführung nach § 4 Abs. 3 der Satzung in Block über die Aufnahme der 42 Personen abgestimmt.

Die Personen wurden bei einer Enthaltung und 2 Stimmen in den Verband aufgenommen.

Im weiteren wird festgestellt:

Folgende Personen sind nach § 8 der Satzung für den Fortlauf der Versammlung zusätzlich stimmberechtigt:

- Calvin Danne
- Cora Merzbach
- Finn Augustin
- Katrin Meyer
- Lara Witte
- Lou Otholt
- Sarah Ludyga
- Sofie Rehberg
- Nicolas von Walter

Die Anzahl der stimmberechtigten Personen erhöht sich auf 11.

7 Beschluss der Geschäftsordnung

Der Vorstand zieht den Antrag auf Beschluss einer neuen Geschäftsführung aus Zeitgründen zurück.

8 Beschluss der Finanzordnung

Der Vorstand zieht den Antrag auf Beschluss einer neuen Geschäftsführung aus Zeitgründen zurück.

9 Wahl der Zählkommission

Die Versammlung wählt eine Zählkommission für die Vorstandswahlen.

Die vorgeschlagenen Personen, Lukas, Lou, Citou, Leo werden einstimmig gewählt.

10 Wahl der Vorstandes

10.1 Wahl der Geschäftsführung

10.1.1 Vorsitzende*r (quotiert)

Constantin fragt nach Kandidaturen für das Amt als Vorsitzende*r.

Alisa Draken (geb. 13.07.2003, wohnhaft in Duisburg) erklärt ihre Kandidatur.

Constantin fragt, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Constantin schließt die Liste der Kandidaturen.

Alisa stellt sich vor. Es gibt keine Fragen.

Constantin eröffnet den Wahlgang und es wird geheim abgestimmt.

Alisa Draken wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen als neue Vorsitzende gewählt.

Alisa nimmt die Wahl an.

10.1.2 Vorsitzende*r (offen)

Constantin fragt nach Kandidaturen für das zweite Amt als Vorsitzende*r.

Cora Merzbach (geb. am 06.10.2004, wohnhaft in Trier) erklärt ihre Kandidatur.

Constantin fragt, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Constantin schließt die Liste der Kandidaturen.

Cora stellt sich vor. Es gibt keine Fragen.

Constantin eröffnet den Wahlgang und es wird geheim abgestimmt.

Cora wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen als weitere Vorsitzende gewählt.

Cora nimmt die Wahl an.

10.1.3 Koordinatorische Geschäftsführung

Constantin fragt nach Kandidaturen für das Amt als Koordinatorische Geschäftsführung.

Lennard Runkel (geb. am 30.09.2004, wohnhaft in Münster) erklärt seine Kandidatur.

Constantin fragt, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Constantin schließt die Liste der Kandidaturen.

Lennard stellt sich vor. Es gibt keine Fragen.

Constantin eröffnet den Wahlgang und es wird geheim abgestimmt.

Lennard wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen als neue Koordinatorische Geschäftsführung gewählt.

Lennard nimmt die Wahl an.

10.1.4 Schatzmeister*in

Constantin fragt nach Kandidaturen für das Amt als Schatzmeister*in.

Jannis Romann (geb am. 08.03.2006, wohnhaft in Walldorf) erklärt seine Kandidatur.

Constantin fragt, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Constantin schließt die Liste der Kandidaturen.

Jannis stellt sich vor. Es gibt keine Fragen.

Constantin eröffnet den Wahlgang und es wird geheim abgestimmt.

Jannis wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen als weitere Vorsitzende gewählt.

Jannis nimmt die Wahl an.

10.2 Wahl der Beisitzenden

Constantin fragt nach Kandidaturen für das Amt als Beisitzer*in.

Ihre Kandidaturen erklären:

- Sara Ludyga 11
- Janne Kedzia 11
- Nicolas von Walter 10
- Calvin Danne 10

Constantin fragt, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Constantin schließt die Liste der Kandidaturen.

Die Kandidierenden stellen sich vor. Es gibt keine Fragen.

Constantin eröffnet den Wahlgang, es gibt 4 Kandidierende für 5 Plätze. Es wird geheim abgestimmt.

Auf Sara entfielen 11 Stimmen, auf Janne 11 Stimmen, auf Nicolas 10 Stimmen, auf Calvin 10 Stimmen und es gab 0 Enthaltungen. Damit sind Sara, Janne, Nicolas & Calvin gewählt.

Sara, Janne, Nicolas & Calvin nehmen die Wahl an.

11 Wahl des Schiedsgerichtes

Constantin fragt nach Kandidaturen für das Amt des Schiedsgerichts.

Ihre Kandidaturen erklären:

- Sebastian Schick
- Hannah Neubauer
- Finn Augustin
- Sarah Ludyga
- Sofie Rehberg

Constantin fragt, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Constantin schließt die Liste der Kandidaturen.

Die Kandidierenden stellen sich vor. Es gibt keine Fragen.

Constantin eröffnet den Wahlgang. Es wird im Block offen abgestimmt (11/0/0)

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

12 Wahl der Rechnungsprüfung

Aufgrund des Rücktritts von Finn aus Lüneburg muss die Rechnungsprüfung wird der offenen Platz nachgewählt.

Daniel Cruismann (Münster) stellt sich zur Wahl.

Es gibt keine weiteren Kandidaturen.

Der Kandidat stellt sich vor. Es gibt keine Fragen.

Constantin eröffnet den Wahlgang.

Daniel wird einstimmig gewählt.

Daniel nimmt die Wahl an.

13 Finanzen: Haushalt 2026

Der Haushalt für das Jahr 2026 wird vorgestellt.

Nach Rückfragen zu Seminar und Zusammenlegung der Ansätze für Fahrtkosten und Öffentlichkeitsarbeit sowie zur Ehrenamtszuschale des Bundesvorstands kommt die Versammlung zur Abstimmung

Die Versammlung stimmt dem Haushalt einstimmig zu.

14 Leitantrag

Es wird beantragt, den Tagesordnungspunkt zu streichen und damit zum nächsten Punkt überzugehen. Es gibt keine Einwände.

15 Anträge

Es wird beantragt, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Versammlung zu vertagen und damit zum nächsten Punkt überzugehen. Es gibt keine Einwände. Der Antrag ist angenommen.

16 Sonstiges

Keine Anmerkungen bei Sonstiges.

Alisa bedankt sich bei allen Teilnehmern.

17 Verabschiedung

Constantin bedankt sich bei Allen für die Teilnahme an der Versammlung und schließt die Sitzung am 14.12.25 um 16:21 Uhr.

Dok3 Protokoll der 51. Bundesmitgliederversammlung

Antragsteller*in: -

Tagesordnungspunkt: b.7. Bestätigung des Protokolls der 51. BMV



Protokoll

51. Bundesmitgliederversammlung Campusgrün

Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen

Beginn: 17.05.2025, 14:00 Uhr

Ende: 18.05.2025, 14:05 Uhr

Ort: Grünes Quartier, Heinrichstraße 9, 04317 Leipzig

Präsidium / Redeleitung: Theresa Dissen, Naomi Hofmann, Elias Enderlein, Maximilian Gravendyk, Rosa Herzog, Elia Pourmoin & Patricia Rickert

Protokollführung: Boldizsár Mann, Daniel Cruismann, Feo Böcker

Anwesende Gruppen:

- CampusGrün Freiburg
- Grüne Liste der BHT
- CampusGrüne Kiel
- Campusgrün Erlangen-Nürnberg
- CG FU Berlin
- Campusgrün Mainz (nicht stimmberechtigt)
- campus.grün Lüneburg
- GRAS Bochum
- GHG Aachen (nur als Gast: Marco)
- campus:grün Köln
- CampusGrün TU Dortmund (Antrag auf Aufnahme)
- Links-Grüne Liste Bonn
- GHG Duisburg-Essen
- GHG Heidelberg
- Campusgrün Leipzig
- CampusGrün Münster
- Campusgrün Paderborn
- Campusgrün Paderborn
- Grüne Hochschulgruppe Passau
- GHG Potsdam
- GHG Regensburg
- Campus Grün Trier (Antrag auf Aufnahme)
- Grüne Hochschulgruppe Universität Würzburg
- Campus Grün Lübeck (Antrag auf Aufnahme)

Inhaltsverzeichnis

TOP 1: Begrüßung	5
TOP 2: Formalia	5
2.1. Wahl des Präsidiums.....	5
2.2. Anstimmen über Formalia.....	6
Feststellung der Beschlussfähigkeit.....	6
Wahl der Protokollant*innen.....	6
Wahl der Zählkommission.....	6
Bestätigung der Tagesordnung.....	6
Änderungsantrag zur Tagesordnung von CG FU Berlin.....	6
Verfahrensvorschlag für die BMV zu Redezeiten.....	7
Allgemeine Hinweise.....	8
2.3 Vorstellung Awarenesssteam.....	8
2.4 Bestätigung des Protokolls der 50. BMV.....	8
Top 3: Bericht des Bundesvorstandes	9
3.1 Aussprache zum Bericht.....	11
Top 4: Verwaltungsblock	15
4.1. Aufnahme neuer Mitgliedsgruppen.....	15
A2 Aufnahme von Campus Grün der Universität Trier in den Bundesverband.....	15
A3 Aufnahme von CampusGrün TU Dortmund in den Bundesverband.....	15
D2 Aufnahme von Campus Grün Lübeck in den Bundesverband.....	16
Feststellung der Dringlichkeit.....	16
Zum Aufnahmeantrag.....	16
4.2. Rechnungsergebnis / Jahresabschluss 2024.....	17
4.3. Nachtragshaushalt.....	17
Top 5: Antragsblock	19
5.1. Leitantrag.....	19
A4 Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis! (Bundesvorstand).....	19
Einbringung.....	19
Aussprache.....	19
Aussprache zum Verfahren.....	19
Aussprache.....	20
Ä1 zu A4 (campus.grün Lüneburg).....	20
Ä2 zu A4 (campus.grün Lüneburg).....	21
Ä3 zu A4 (campus.grün Lüneburg).....	21
Ä21 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	21
Ä4 zu A4 (CampusGrün Münster).....	22
Ä5 zu A4 (CampusGrün Münster).....	23
Ä8 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	24
Ä6 zu A4 (GRAS Bochum).....	24
Ä7 zu A4 (GRAS Bochum).....	24

Ä9 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	25
Ä10 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	25
Ä11 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	26
Ä12 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	27
Ä13 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	27
Ä14 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	28
Ä15 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	28
Ä16 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	28
Ä17 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	29
Ä18 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	29
Ä19 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	30
Ä20 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	31
Ä23 zu A4 (campus:grün Köln).....	31
Ä24 zu A4 (campus:grün Köln).....	32
Ä25 zu A4 (GHG Würzburg).....	32
Ä22 zu A4 (GHG Würzburg).....	32
Gesamtabstimmung zum Leitantrag A4.....	32
5.2. Weitere Anträge.....	37
A1 NAMs in die Hochschullehre! (Links-Grüne Liste Bonn).....	37
Ä1 zu A1 (Links-Grüne Liste Bonn).....	37
Endabstimmung.....	37
A5 Satzungsänderungsantrag (Bundesvorstand).....	39
Ä1 zu A5 (GRAS Bochum).....	40
Ä2 zu A5 (CampusGrün Münster).....	40
Ä3 zu A5 (CampusGrün Münster).....	41
Ä4 zu A5 (CampusGrün Münster).....	41
Ä5 zu A5 (CampusGrün Münster).....	41
Ä6 zu A5 (Campusgrün Bundesvorstand).....	41
Ä7 zu A5 (campus.grün Lüneburg).....	42
Endabstimmung.....	42
A6 Keine Wahlaufrufe für einzelne Parteien oder Kandidat*innen - CampusGrün Münster.....	43
Ä1 zu A6 (Campusgrün Bundesvorstand).....	45
Ä2 zu A6 (CampusGrün Münster).....	46
Endabstimmung.....	46
A7 Autonomie der Mitgliedgruppen - CampusGrün Münster.....	47
Ä1 zu A7 (Campusgrün Bundesvorstand).....	47
Ä2 zu A7 (CampusGrün Münster).....	48
Endabstimmung.....	49
A8 Queere Bildungspolitik an Hochschulen fördern und strukturelle Diskriminierung bekämpfen! (CampusGrün Münster).....	50
Ä1 zu A8 (CampusGrün Münster).....	51

Ä2 zu A8 (campus.grün Lüneburg).....	52
Ä3 zu A8 (campus.grün Lüneburg).....	52
Ä4 zu A8 (GHG Würzburg).....	52
Ä5 zu A8 (GHG Würzburg).....	52
Ä6 zu A8 (CampusGrün Münster).....	53
Endabstimmung.....	53
A9 Rassismus und Polizeigewalt benennen, bekämpfen und mit Opfern solidarisieren! (CampusGrün Münster).....	56
Ä1 zu A9 (GRAS Bochum).....	56
Ä2 zu A9 (LGL Bonn).....	56
Ä3 zu A9 (GHG Würzburg).....	56
Ä4 zu A9 (GHG Würzburg).....	57
A10 Kostenloses Semesterticket jetzt! (CampusGrün Münster).....	57
Ä1 zu A10 (campus.grün Lüneburg).....	57
Ä2 zu A10 (GHG Würzburg).....	57
A11 Studentischer Wohnraum? (CampusGrün Münster).....	58
Ä1 zu A11 (campus.grün Lüneburg).....	58
Von Zeile 11 bis 13:.....	58
Ä2 zu A11 (CampusGrün FU Berlin).....	58
D1 Keinen Schritt nach Rechts – Kooperationen und Konsequenzen (campus:grün köln).....	59
Feststellung der Dringlichkeit.....	59
Einbringung.....	59
Ä1 zu D1 (campus:grün köln).....	61
Ä2 zu D1 (GRAS Bochum).....	61
Endabstimmung.....	61
Top 6: Gruppenfoto im Park.....	63
Top 7: Kennenlernen, Essen & ESC-Party.....	63
Top 8: Workshop-Phase und Dankesworte.....	64
Top 9: Grußwort fzs.....	65
Top 10: Abschluss & Verabschiedung.....	67

TOP 1: Begrüßung

Constantin (Sprecher Bundesvorstand) begrüßt die anwesenden Mitgliedsgruppen, Delgierte, Gäst*innen, etc. und heißt sie herzlich willkommen auf der 51. Bundesmitgliederversammlung. Er führt die Formalia ein:

- Mit 19 Gruppen anwesenden Gruppen sind wir beschlussfähig.
- Es wurde form- und fristgerecht geladen, Antragsschluss war der 02.05.2025. Danach seien zahlreiche Änderungs- und Dringlichkeitsanträge eingegangen. Darüber werde informiert werden.

Constantin bedankt sich bei Campusgrün Leipzig.

Naomi und Leo (Campusgrün Leipzig) heißen die Mitgliedsgruppen ebenfalls herzlich willkommen. Naomi stellt Campusgrün Leipzig vor und erklärt, dass sie sich dieses Jahr neu aufgestellt hätten und es geschafft hätten, eine Senatsliste aufzustellen. Hochschulen brauchen grüne Stimmen, die sich für Klimagerechtigkeit und die Wahrnehmung studentische Stimmen einsetzen.

Leo betont die Möglichkeit, sich zu vernetzen und auszutauschen und freut sich auf produktive Debatten.

Naomi stellt die Gegebenheiten des Hauses vor. Im Erdgeschoss sei Aufenthalt angedacht, oben sei für die Awarenessarbeit reserviert. Die Terrasse gehöre nicht uns, aber es sei toleriert, dort kurz und leise zu rauchen.

Naomi weist darauf hin, dass ab 22 Uhr im Haus Nachtruhe gilt.

Die einzelnen Mitgliedsgruppen werden von Naomi vorgestellt, sie geben Handzeichen und erhalten jeweils viel Applaus.

Helena (BuVo, Potsdam) heißt uns ebenfalls willkommen und stellt die Aufgaben des Präsidiums vor. Sie schlägt das Präsidium vor.

TOP 2: Formalia

2.1. Wahl des Präsidiums

Vorgeschlagen sind: Theresa Dissen, Naomi Hofmann, Elias Enderlein, Maximilian Gravendyk, Rosa Herzog, Elia Pourmoin & Patricia Rickert.

Die vorgeschlagenen Personen wurden einstimmig ohne Enthaltung in das Präsidium **gewählt**.

2.2. Anstimmten über Formalia

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Mit der Eröffnung der Mitgliederversammlung wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt: Es sind 19 Mitgliedsgruppen anwesend. Es wurde form- und fristgerecht geladen, Antragsschluss war der 02.05.2025. Es liegen verschiedene Dringlichkeitsanträge vor, deren Dringlichkeit gemäß § 5 Abs. 1 GO vor der Behandlung der Anträge festgestellt werden muss.

Wahl der Protokollant*innen

Daniel Cruismann, Boldizsár Mann und Feo Böcker haben sich bereit erklärt.

Die genannten Personen wurden einstimmig ohne Enthaltung für das Protokoll **gewählt**.

Wahl der Zählkommission

Es haben sich folgende Personen bereich erklärt:

Laurin Weidenauer, Sofie Rehbar, Etienne Reiter, Franka Babst, Lou Otholt, Yumi Mohr

Die vorgeschlagenen Personen werden einstimmig ohne Enthaltung als Zählkommission **gewählt**.

Bestätigung der Tagesordnung

Der Versammlung ist die Tagesordnung zugegangen und wird kurz vorgestellt.

Änderungsantrag zur Tagesordnung von CG FU Berlin

Christian (CampusGrün FU Berlin):

Würde gerne nach dem Bericht des Bundesvorstands eine auf 30 Minuten begrenzte offene Aussprache einbauen. Dies sei bei eigentlich allen bundesweiten Mitgliederversammlungen so gehandhabt worden und täte unserem Verband sicherlich gut.

Gegenrede von Helena (BuVo, Potsdam):

Sie ist dagegen und würde bei der vorliegenden TO bleiben. Es handele sich um einen Bericht zur Kenntnisnahme, keinen Rechenschaftsbericht. Helena möchte darauf hinweisen, dass es viele andere TOPs gibt und die Zeit kritisch sei.

Mit 17 Ja-Stimmen, 14 Enthaltungen und 6 Gegenstimmen wird der Änderungsantrag zur Tagesordnung **beschlossen**.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über die gesamte Tagesordnung.

Verfahrensvorschlag für die BMV zu Redezeiten

Da es auf dieser BMV sehr viele Anträge gibt, wird vom Präsidium vorgeschlagen, die Redezeiten von normalerweise 5 Minuten pro Antrag - so sieht es die GO vor - auf 2 Minuten zu beschränken. Weiterhin wird vorgeschlagen, dass nach der Gegenrede eine Aussprache von 4 quotiert gelosten Redebeiträgen zulassen wird. Falls es zu persönlichen Angriffen kommt, soll die angegriffene Person direkt gehört werden. Bei Änderungsanträgen soll aber die Gelegenheit der Erwiderung durch die Antragsteller*innen zulassen werden, also auch eine Gegenrede möglich sein. Für die Redezeiten wird aufgrund dessen folgendes Verfahren vorgeschlagen:

Antragseinbringung: 2 Minuten darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Leitantrag: 5 Minuten Einbringung und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Nachtragshaushalt: 5 Minuten Einbringung und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Jahresabschluss: 5 Minuten, keine Aussprache

Aufnahmeanträge der verschiedenen Hochschulgruppen: 5 Minuten Einbringung und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Einbringungsverfahren Hauptantrag

01. Behandelt werden die Anträge nach Eingang
02. Einbringungsrede Hauptantrag, 2 Minuten (s.o.)
03. Gegenrede zum Hauptantrag, 2 Minuten
04. Aussprache Hauptantrag, zunächst 2 quotiert, 2 offene Beiträge a 2 Minuten mit ausdrücklichem Hinweis, dass auch durch GO-Antrag oder auf anraten des Präsidiums eine weitere Aussprache zugelassen wird

Eingeschobenes Verfahren zu ÄA

05. ÄAs nach Eingang, bei gegenseitigem Ausschluss nach Weitestgehendem
06. ggf. Einbringungsrede des ersten ÄA1
07. Gegenrede zu ÄA 1
 - keine Aussprache
08. ggf. Einbringungsrede des ersten ÄA2
09. Gegenrede zu ÄA2
 - keine Aussprache
- [...]
10. Abstimmung über ÄAs, bei mehreren, zunächst der Weitestgehende
Schlussverfahren Hauptantrag

11. Abstimmung über den (ggf. geänderten)

Bei wenigen Enthaltungen und wenigen Gegenstimmen wird das vorgeschlagene Verfahren zu den Redezeiten mit großer Mehrheit bestätigt.

Allgemeine Hinweise

Es folgen abschließend ein paar Hinweise für BMV-Erstis:

Das Präsidium führt eine FINTA*- und eine offene Redeliste. Für Redebeiträge könnt ihr euch in die entsprechenden Boxen einwerfen. Der offenen Redeliste werden alle Menschen zugeordnet, die sich nicht als Frau, inter, nicht-binäre, trans oder agender Person definieren. Die Sitzungsleitung erteilt abwechselnd einer Person der FINTA*- und offenen Redeliste das Wort, beginnend mit der FINTA*-Redeliste. Personen von der offenen Redeliste können nicht vorgezogen werden.

Mit dem Heben beider Hände könnt ihr jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung stellen. So könnt ihr über Verfahren - auch abweichend von dem Vorschlag des Präsidiums die Mitgliederversammlung befassen. Diese Anträge findet ihr in § 1 Abs. 2 der GO. Stellt ihr diesen Antrag, müsst ihr sofort gehört werden. Während eines Redebeitrages oder einer Abstimmung - also einem laufenden Verfahren - sind Anträge zur Geschäftsordnung nicht zulässig.

Falls ihr während der Veranstaltung weitere Fragen oder Unklarheiten zum Verfahren habt, meldet euch bitte mit beiden Händen - analog zum Antrag an die Geschäftsordnung. Dann versuchen wir Unklarheiten aus dem Weg zu räumen. Sagt bitte vorher, dass ihr eine Frage habt, damit wir zwischen GO-Anträgen und Fragen unterscheiden können.

2.3 Vorstellung Awarenesssteam

Elia (Präsidium) bittet das Awareness-Team (Anna, Ella, Feo, Esther) nach vorne. Anna (Geschäftsstelle) stellt das Awareness-Team vor. Es hängt an mehreren Stellen das Awareness-Konzept aus. Anna weist darauf hin, dass wir nicht von Pronomen/Abilities ausgehen sollten. Es gibt einen Awareness-Raum, das Awareness-Team schaut regelmäßig in diesen Raum. Das Team ist an roten Namensschildern erkennbar.

Elia weist darauf hin, dass Menschen, die Interesse haben, im Awareness-Team zu sein, sich gerne bei Anna melden können. Es sei erstrebenswert, etwa 6 Awareness-Personen zu haben.

2.4 Bestätigung des Protokolls der 50. BMV

Constantin (BuVo, Leipzig):

Es liegen zwei Versionen vor, eine sehr ausführliche und eine weniger ausführliche. Dies sei erst kurz vor der 51. BMV festgestellt worden. Es sei nicht möglich gewesen, diese in der

kurzen Zeit zusammenzufügen. Außerdem sei die 50. BMV etwas hektisch gewesen. Das Protokoll müsse dementsprechend auf der 52. beschlossen werden.

Die Bestätigung des Protokolls der 50. BMV. wird dementsprechend auf die nächste BMV vertagt.

Top 3: Bericht des Bundesvorstandes

Helena und Constantin berichten (Bundessprecher:innen, Potsdam, Leipzig):

Constantin freut sich sehr, dass so viele Gruppen anwesend seien und weist darauf hin, dass die Vernetzung zwischen den Gruppen eine Schwerpunktsetzung des Bundesvorstandes war. So könne auch gut die Pluralität der verschiedenen Gruppen gut abgebildet werden.

Der neue Bundesvorstand habe sich sehr schnell zusammengesetzt und die Bundestagswahlforderungen wurden kontrovers diskutiert. Währenddessen habe man sich montags in Vorstandssitzungen getroffen und kam schnell ins Arbeiten.

Im letzten Jahr sei kein Büro besetzt worden, jetzt wurde es nach einer Ausschreibung der Stellen neu besetzt. Anna und Marco wurden eingestellt. Constantin weist auf den Posten Personalkosten im Haushaltsplan hin, es werde übertariflich gezahlt.

Unter dem vorigen Vorstand entstand eine Finanzierungslücke von etwa 12.000€, weil keine BMBF-Anträge (jetzt BMFTR-Anträge) gestellt worden seien. Damit wurden früher Bildungsveranstaltungen organisiert. Die Workshops am Sonntag seien vom Verein DAKS rein intern kostenlos angeboten worden.

Es seien außerdem diverse Arbeitsstrukturierungen vorgenommen worden. Die Newslettergruppe wurde erstellt. Hier gibt es fast wöchentlich Updates aus dem Vorstand. Die 10 Pressemitteilungen seien ebenfalls über die Newslettergruppe und den aktualisierten Presseverteiler verteilt worden. Es wurde eine Vorstände-Austausch-Gruppe erstellt, die lebhaft arbeite. Außerdem wurde die Website professionalisiert.

Helena (Bundesvorstand) berichtet.

Der neue Bundesvorstand wurde gewählt und habe sich im Januar zur Klausurtagung in Berlin getroffen. Man habe sich kennengelernt und Aufgaben verteilt.

Im Januar begann die intensivste Zeit. Durch die Kurzfristigkeit der vorgezogenen Bundestagswahl, blieb nicht viel Zeit, um auf Die Grünen einzuwirken.

Es wurde viel Lobby- und Pressearbeit geleistet, u.a. Mit dem RTL ein YouTube-Beitrag zum Wahlverhalten junger Menschen erstellt. In der Social-Media-Arbeit sei der Fokus auf Instagram gelegt worden, es wurden viele Reels gedreht. Dadurch sei viel Reichweite

erzeugt worden: Insgesamt 155.000 Aufrufe. 71% der Aufrufe kämen von Nichtfollower*innen.

Wie auf der letzten BMV beschlossen, sei der Bundestagswahlkampf der Grünen kritisch begleitet worden. Man hatte 2 Delegiertenplätze in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik (BAG WHT) der Grünen und sei dort an der Ausarbeitung des Wahlprogramms beteiligt gewesen.

Es wurden zahlreiche Änderungsanträge am Wahlprogramm der Grünen gestellt. Der Antrag zum Elternunabhängigen BAföG wurde übernommen, der zur Entkopplung des Semesterticketpreises vom Deutschlandticket wurde übernommen. Außerdem habe man sich für Digitalisierung und Förderung des Ostens als Wissenschaftsstandort eingesetzt. Es habe Druck gegeben, die Anträge zurückzuziehen, aber nach vielen Verhandlungen wurde einiges übernommen.

Constantin bedankt sich bei Helena für die Arbeit im Rahmen der Antragsverhandlung.

Es wurden Wahlprüfsteine zu den Wahlprogrammen demokratischer Parteien erstellt. Die Grünen waren die einzige Partei, die das Deutschlandsemesterticket in ihrem Wahlprogramm gefordert haben.

Constantin führt weiter aus:

Es sei ein Ziel gewesen, die eigenen Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen, dies geschah unter anderem proaktiv über Instagram.

Das Design der Postkarten sei Vorstandsintern eine knappe Entscheidung gewesen. Die Rückmeldungen des Verbands waren überwiegend positiv, teilweise kam Kritik bzgl. der Kurzfristigkeit der Aktion sowie zum Aufdruck auf. Die Aufschrift „Grün wählen“ wurde kritisch aufgefasst. Zwar sei die Karte vor Versendung in die Vorstandsdelegiertengruppe gepostet worden und die Hochschulgruppen hätten auch abbestellen können - dennoch entschuldigt sich Constantin für das Vorgehen und den Aufdruck.

Dennoch war die Aktion, so sehr auch intern kritisiert, ein großer Erfolg in der Außenwirkung. Erstmals war Campusgrün an allen Hochschulstandorten präsent, um bundesweit Werbung für Campusgrün mit 55.000 Flyern zu organisieren.

Dabei habe es auch Gruppen gegeben, die sich nicht über die Postkarten gefreut haben. Es war dem Bundesvorstand nicht in dem Maße klar, dass einige Gruppen die Postkarten nicht wollten. Die Kommunikation lief nicht optimal. Beim nächsten Mal verfare man anders.

Helena bietet es noch an, dass die Mitgliedsgruppen sie persönlich ansprechen können, falls weiterhin Gesprächsbedarf bestehen sollte.

Der Bundesvorstand hat sich mit dem Deutschen Studierendenwerk (DSW) auf der entsprechenden Mitgliederversammlung und bei weiterem Austausch vernetzt. Der Bundesvorstand hat außerdem ein Amtsantrittsgespräch mit dem Vorstandsvorsitz (DSW) geführt und viele Gemeinsamkeiten in der kommenden Arbeit gefunden.

Der Bundesvorstand war an mehreren BAG-WHT-Treffen beteiligt und hat Lobbyarbeit bei mehreren Landesgruppen der Grünen geleistet, wo man vor allem mit Studierenden gesprochen hat. Ziel ist das Aufbauen weiterer Hochschulgruppen im Osten.

Außerdem habe sich der Bundesvorstand mit der Heinrich-Böll-Stiftung vernetzt.

Außerdem fuhren Helena und Constantin vor der Bundestagswahl durch Deutschland und haben die Mitgliedsgruppen besucht. Constantin freute sich über den Austausch in Präsenz, die intensiven 5 Tage in 13 Städten seien ausgesprochen bereichernd gewesen. Viele Mitgliedsgruppen haben Probleme, Neumitglieder zu finden. Viele Gruppen waren an Merchandise oder Sticker interessiert. Die unterschiedlichen Probleme von Sanierungsstau über Burschenschaften oder Klimagerechtigkeit an der Uni habe man mitgenommen und in die Vorstandsarbeit aufgenommen.

Constantin bedankt sich bei den Gruppen für ihre Gastfreundschaft. Campusgrün war fast überall die stärkste oder zweitstärkste Fraktion und in fast allen ASten vertreten. Dieser Einfluss sei toll.

Im Gegensatz zum alten Bundesvorstand hat der neue Vorstand 6 BMBF-Anträge gestellt. Constantin erzählt führt kurz in die einzelnen Themen ein.

Ben kann leider erst am Sonntag anwesend sein. Helena berichtet von den monetären Verhandlungen mit den Grünen. Der Bundesvorstand hat mit der Schatzmeisterin der Grünen den Haushalt um 5.000€ aufstocken können. Paul (Social Media) wurde eingestellt.

BMV-Orga war viel Arbeit. Helena dankt dem Büroteam.

Es gibt Applaus.

Ideen über die Vernetzung der Gruppen untereinander sollen am Sonntag diskutiert werden. Es gibt leider nur sehr wenige Gruppen im Osten, diese haben mit strukturellen Problemen zu kämpfen.

Ein mögliches Konzept wären Mitgliedsgruppenpartnerschaften: Je zwei Mitgliedsgruppen unterstützen sich gegenseitig. Die Idee soll am Sonntag diskutiert werden, Input ist erwünscht.

3.1 Aussprache zum Bericht

Elia (Präsidium):

erklärt das Verfahren. Für die Aussprache könne man nach vorne kommen.

Rosa weist darauf hin, dass man Beiträge zurückziehen könne.

Janne (Lüneburg):

Janne dankt für die Arbeit des Präsidiums. Was nicht so gut lief, war die Postkartenaktion. Janne hätte sich mehr Einbindung der Mitgliedsgruppen gewünscht und hofft, dass es wirklich nicht noch einmal vorkommt. Der Umgang mit dem Feedback sei hingegen professionell gewesen. Janne hofft, dass solche Situationen in Zukunft vermieden werden können.

Janne fragt, ob man auch über die Anträge hinaus generell die Arbeit der Grünen kritisiert hätte.

Elia (Präsidium) erinnert daran, dass Redebeiträge auf 2 Minuten begrenzt sind.

Sebi (Münster): Möchte sich dem Lob anschließen. Bewertet die viele Arbeit positiv, das sei nicht selbstverständlich. Es sei bekannt, dass Campusgrün Münster mit den Postkarten nicht zufrieden war. Der anschließende Austausch sei hingegen positiv zu bewerten. Sebi kritisiert den Umgang des Bundesvorstandes mit dem Umgang von Campusgrün Münster. Die BMV-Anträge seien daher hart formuliert, jetzt müsse man entsprechende Konsequenzen ziehen. Man könne nicht für die Grünen werben, die Postkarten mit der Aufschrift "Grün Wählen" gehe zu weit.

[Zwischenruf Präsidium: Zeit]

Frühere BMVs seien konstruktiver gewesen, man habe sich gemeinsam hingestellt. Sebi möchte kein Gegeneinander haben.

Ella (Bundesvorstand): zieht zurück.

Die FLINTA-Box ist leer.*

Tim (Regensburg):

Letztes Jahr habe man in Regensburg zu zweit den Wahlkampf geführt und die Wahl gewonnen, zusammen mit den Jusos hat Campusgrün eine absolute Mehrheit. In Bayern gibt es keine verfasste Studierendenschaft, wodurch strukturelle Probleme entstehen. Tim bemängelt die Vernetzung in Bayern, die bisher nur themenspezifisch war. Nur weil Campusgrün im AStA vertreten ist, heißt das nicht, dass die Mitgliedsgruppe die gleichen Kompetenzen hat wie woanders. "Man müsse auch an Bayern denken"
Die Postkartenaktion werfe insgesamt ein schlechtes Licht auf den Bundesverband.

Ella (Bundesvorstand):

Frägt, welche Mitgliedsgruppen die Mitgliederstärksten sind, weil ihre Mitgliedsgruppe an der BHT Berlin große Probleme hat, Mitglieder zu gewinnen.

Die FLINTA-Box ist leer.*

Christian (FU Berlin):

Dankt für die geleistete Arbeit. Es war ein sehr intensives halbes Jahr, die Voraussetzungen seien schwierig gewesen.

Der Wahlkampf sei jedoch deutlich zu nah an der grünen Partei gewesen. Andere Akteure hätten mehr gefordert als Campusgrün. Der Bundesvorstand hätte mehr Druck auf die Grünen ausüben müssen.

Der Wahlkampf hätte nach Beschlusslage kritisch begleitet [Zwischenruf Präsidium: Zeit] werden müssen, dies sei nicht der Fall gewesen. Man hätte weiterhin Einsatz für soziale Gerechtigkeit einfordern müssen.

Valentin (Köln):

Zwar seien die Grünen die einzige Partei, die das Deutschlandsemesterticket weiterhin fordern, aber dies sei in Kontext zu setzen: Die Linke möchte das 9€-Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende einführen. Dies hätte Erfolg gehabt, was am Wahlergebnis der Linken bemerkbar sei; man hätte dies auch fordern können.

GO-Antrag Helena (Bundesvorstand): Sofortige Schließung der Redeliste.

Es erhebt sich keine Gegenrede.

Constantin (Bundesvorstand) bedankt sich für die Kritik und gibt Valentin mit Verweis auf das Wahlergebnis recht. Die Linke habe aus einer anderen Rolle gehandelt - könne das 9€ Ticket fordern und wird es aber nie umsetzen können. Das Ziel des Bundesvorstands war jedoch, eine realistische Alternative zu bieten, mit 9€ Forderungen sei die Existenz des Tickets gefährdet.

Der Bundesvorstand habe Postkarten an die Städte, die die Karten nicht wollten, nicht versendet oder sofort zurückgerufen. Ferner beinhalte der Name "Campusgrün" bereits den Zusatz "Grün" - ob ein weiterer Button "Grün Wählen" abgedruckt sei, verändere den Wesenskern nicht.

Helena (Bundesvorstand): Berichtet von der Lobbyarbeit, die größtenteils im Hintergrund geschehe und dementsprechend für die Mitgliedsgruppen wenig sichtbar sei, die Gespräche finden fast wöchentlich statt. Man sei offen für Vorschläge, wie der Bundesvorstand die Partei kritischer begleiten könne.

Bericht vom BMV-Vorfeld: Es gab mehr Leute, mehr Anträge, einen Schritt in Richtung der Professionalisierung. Daher seien mehr Absprachen nötig. Es gäbe daher natürlich auch ein pluralistisches Meinungsbild. Dabei wolle man alle einbinden. Das sei bei 54 Anträgen eine Herausforderung.

Umgang miteinander sei gut und der Grund, dass sie bei Campusgrün sei. Dies müsse wertgeschätzt werden. Man habe sich nicht als Campusgrün einbringen können, da Campusgrün kein Antragsrecht hat. Alle Änderungsanträge liefen über Helena oder Constantin als Privatpersonen. JusosHSGen hätten Antragsrecht bei SPD, weil sie eine stärkere Anbindung an die Mutterpartei hätten.

Aktuell verhandele der BuVo auch über Antragsrechte bei der BDK, aber keine Annäherung in Sicht. Die Postkarte diene auch hier als Argumentationsgrundlage.

Weiterhin führen Helena und Constantin aus: Man nimmt Bayern Perspektive mit. Ostdeutsche Probleme seien auch weiter gefasst. Sie verweisen auf den Antrag. Und hier besteht ja Verletzungspotential.

Constantin weist auf Kapazitäten im Ehrenamt hin: Das Büroteam (15, 10, 2.5h) sei nicht einmal Vollzeitstelle, erledige aber unheimlich viel Arbeit. Constantin und Helena arbeiten auch ca. 21.5h/Woche pro Woche für den Verband. Es wird betont, dass dies nicht selbstverständlich sei, er fordert entsprechenden Umgang ein.

Top 4: Verwaltungsblock

4.1. Aufnahme neuer Mitgliedsgruppen

A2 Aufnahme von Campus Grün der Universität Trier in den Bundesverband

Laurin Weidenauer (KV Trier) bringt den Antrag ein.

Der Verband bietet ein wertvolles Angebot für die Hochschulgruppen an. Gerade an einer kleinen HSG und einer kleinen Universität ist eine stärkere Vernetzung besonders wichtig, um Arbeitsfähigkeit und Sichtbarkeit sicherzustellen. Außerdem wurde betont, dass die Diskussion über die bevorstehenden Wahlen in Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung sei und weitergeführt werden sollte.

Die Aussprache wird eröffnet, es befinden sich keine Redebeiträge in den Boxen. Es gibt keine Gegenrede gegen die Aufnahme.

Die Sitzungsleitung kommt zur Abstimmung:

Campus Grün der Universität Trier wird einstimmig ohne Enthaltungen als neue Mitgliedsgruppe in den Bundesverband aufgenommen.

A3 Aufnahme von CampusGrün TU Dortmund in den Bundesverband

Antonia van Ophuysen und Calvin Danne stellen CG TU Dortmund vor.

Die Gruppe existiert seit mindestens zehn Jahren, war jedoch bislang noch kein Mitglied von Campusgrün.

Aktuell umfasst sie etwa 25 aktive Personen und stellt die stärkste Kraft im Studierendenparlament. Zudem ist sie im AStA, im Verwaltungsrat des Studierendenwerks sowie mit allen fünf Senatssitzen vertreten.

Es besteht eine enge Vernetzung mit dem Deutschen Studierendenwerk (DSW); ein Mitglied des eigenen Vorstands ist dort ebenfalls aktiv.

Rund zehn Prozent der Studierenden beteiligen sich an den Hochschulwahlen.

Früher war die Gruppe lediglich eine lose Zusammensetzung ohne Satzung oder feste Strukturen. Man war lange Zeit stark mit internen Aufgaben und Selbstorganisation beschäftigt. Inzwischen hat sich die Gruppe jedoch eine Satzung gegeben und ist gewachsen.

Auf der letzten Mitgliederversammlung der Gruppe wurde schließlich einstimmig beschlossen, einen Antrag auf Mitgliedschaft bei Campusgrün zu stellen.

Die Aussprache wird eröffnet, es befinden sich keine Redebeiträge in den Boxen. Es gibt keine Gegenrede gegen die Aufnahme.

Die Sitzungsleitung kommt zur Abstimmung:

CampusGrün TU Dortmund wird einstimmig ohne Enthaltungen als neue Mitgliedsgruppe in den Bundesverband aufgenommen.

D2 Aufnahme von Campus Grün Lübeck in den Bundesverband

Feststellung der Dringlichkeit

Malte und Caro (CG Lübeck):

Elia weist darauf hin, dass es gut wäre, die Satzung dahingehend zu ändern, Aufnahmeanträge ohne Frist - oder zumindest mit sehr kurzer Frist zu stellen.

Die Gruppe betont, dass ihr ein breiter interner Konsens wichtig war, bevor sie den Schritt in Richtung einer Mitgliedschaft geht. Aus diesem Grund habe man sich bewusst Zeit genommen, Gespräche mit der Grünen Jugend, Campusgrün sowie den Grünen zu führen. Erst nachdem diese internen Abstimmungen abgeschlossen waren, konnte der Antrag gestellt werden, weshalb er so kurzfristig eingereicht wurde. Ein frühzeitiger Konsens innerhalb der Gruppe hatte Priorität.

Die Aussprache wird eröffnet, es befinden sich keine Redebeiträge in den Boxen. Es gibt keine Gegenrede gegen die Aufnahme.

Die Sitzungsleitung kommt zur Abstimmung:

Die Dringlichkeit von D2 wird einstimmig ohne Enthaltungen festgestellt.

Zum Aufnahmeantrag

Malte und Caro (CG Lübeck):

Da die Dringlichkeit des Antrags D2 festgestellt wurde, wird dieser nun als weiterer Antrag eingebracht und vorgestellt.

Die Gruppe beschreibt die Universität als eine eher kleine Hochschule mit starkem Medizinanteil. Der derzeitige AStA sei weitgehend apolitisch, was man verändern wolle. Das

Verhalten des Universitätspräsidenten Helge Braun habe zudem zu Frustration geführt. Insbesondere unter Medizinstudierenden gebe es große Sorgen hinsichtlich möglicher Abschiebungen. Diese Problemlagen wolle man aktiv angehen.

Ziel sei es, eine niedrigschwellige, ansprechbare Struktur zu schaffen, die Probleme frühzeitig aufgreift und gleichzeitig professionell auftritt – auch als Ergänzung oder Vorstufe zum AStA. Die Gruppe habe bereits jetzt 11, möglicherweise sogar bis zu 35 Mitglieder.

Man ist erst seit Beginn des laufenden Semesters aktiv und bittet deshalb um Aufnahme. Grüne Hochschulpolitik solle an der Universität Lübeck sichtbar und wirksam werden.

Die Aussprache wird eröffnet, es befinden sich keine Redebeiträge in den Boxen. Es gibt keine Gegenrede gegen die Aufnahme.

Die Sitzungsleitung kommt zur Abstimmung:

Campus Grün Lübeck wird einstimmig ohne Enthaltung als neue Mitgliedsgruppe in den Bundesverband aufgenommen.

4.2. Rechnungsergebnis / Jahresabschluss 2024

Marco Leonhardt, (Schatzmeister des Bundesverbandes 2024), stellt das Rechnungsergebnis bzw. den Jahresabschluss für das Jahr 2024 vor und bietet an, persönlich gefragt werden zu können. Er erläutert, dass aufgrund der Personalsituation weniger Geld ausgegeben, sowie eingenommen wurde.

4.3. Nachtragshaushalt

Elia (Präsidium) erläutert das Vorgehen.

Ben Budt (Schatzmeister), digital anwesend:

Er entschuldigt sich für seine Abwesenheit aufgrund von Kongressarbeit in Berlin und kündigt an, am nächsten Tag dazuzustoßen. Er freut sich über die neuen Gruppen und leitet zum Nachtragshaushaltsplan (NHHP) über.

Es habe eine erhöhte Bereitschaft von Bündnis 90/Die Grünen gegeben, Campusgrün wegen des Engagements im Wahlkampf stärker zu unterstützen.

Aufgrund der fehlenden Seminaranträge des vergangenen Vorstands, habe man insbesondere hier nochmals anpassen müssen. Man bemühe sich dennoch um die Durchführung von Workshops, weshalb der entsprechende Haushaltstitel symbolisch mit einem Euro versehen wurde.

Ausgabenseite:

- Paul ist neu im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, weshalb die Personalkosten steigen.
- Die Bürokosten fallen etwas geringer aus.
- Öffentlichkeitsarbeit und Merch wurden zu einem gemeinsamen Posten zusammengeführt.
- Weitere kleinere Anpassungen betreffen etwa einen Puffer bei den Kontoführungskosten.
- Die Fahrtkostenabrechnungen wurden zu einem Posten gebündelt.
- Die Klausurtagung des Bundesvorstands in Berlin konnte vergünstigt durchgeführt werden, daher werden die veranschlagten Posten hier verkleinert und insb. der Öffentlichkeitsarbeit zugeführt.

Das Präsidium eröffnet die die Aussprache.

Die FLINTA*-Box ist leer.

Leo Papenhausen (LGL Bonn):
zieht seine Frage zurück.

Denise (aus Lüneburg):

Es wird gefragt, weshalb der symbolische Euro bei A7/E7 vorgesehen ist und warum in den Erläuterungen hierzu nicht bereits vorab bereitgestellt wurde.

Ben (Schatzmeister):

Er nimmt sich vor, künftig mehr Erläuterungen im Vorfeld zu liefern.

Wenn ein Haushaltsposten auf null gesetzt werde, falle er vollständig weg. Sollte später doch Förderung zur Verfügung stehen, müsse diese einem existierenden Posten zugeordnet werden können. Der symbolische Euro sei daher ein politisches Signal, dass der Bereich nicht eingestellt wird. Zudem bestehe die Hoffnung, dass entsprechende Veranstaltungen dennoch stattfinden können.

Regensburg [Person nicht protokolliert]:

betrifft A4.2 (Gruppen- und Verbands- und Vernetzungstreffen). Warum sei dieser Posten um 200 € gestiegen, wie sei der Betrag zustande gekommen, und warum sei er nicht höher?

Ben (Schatzmeister):

Der Posten A4.2 wurde bisher kaum genutzt. Es gebe nur vereinzelt Möglichkeiten, hier Förderung abzuwickeln. Sollte der Bedarf in Zukunft steigen, könne dies bei kommenden Haushaltsplanungen berücksichtigt werden.

Der erste Nachtragshaushalt für das Jahr 2025 wird in der vorgelegten Fassung einstimmig ohne Enthaltungen festgestellt.

Elia schlägt 30 min Pause vor. Rosa und Elia bedanken sich.

Das Präsidium unterbricht die Sitzung.

Nach der Pause und dem Präsidiumswechsel wird die Versammlung fortgesetzt.

Top 5: Antragsblock

5.1. Leitantrag

A4 Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis! (Bundesvorstand)

Einbringung

Helena stellt den Antrag vor und betont, dass die Hochschulpolitik von Schwarz-Rot derzeit nicht ernst genommen werde. Es fehle an finanziellen Mitteln, an Konzepten und an klaren Zuständigkeiten; stattdessen gebe es lediglich Finanzierungsvorbehalte. Unter Studierenden wachse dadurch spürbar das Gefühl politischer Entfremdung. Der vorliegende Leitantrag sei daher als deutliche Kampfansage zu verstehen: Campusgrün fordere eine funktionierende Hochschule – und zwar jetzt. Als Lobby der Studierenden setze sich Campusgrün dafür ein, dass Wohnraum in das Sondervermögen aufgenommen wird und das BAföG unabhängig vom Elternhaus gestaltet wird. Die anhaltende Unterfinanzierung der Hochschulen stärke rechte Kräfte und belaste insbesondere Hochschulgruppen im Osten, die strukturell unterfinanziert seien. Helena schließt mit der Bitte um Zustimmung zum Leitantrag.

Aussprache

Das Präsidium eröffnet die Aussprache.

Aussprache zum Verfahren

Frage Nr 1 - Laurin (Trier):

Allgemeine Frage zu den Änderungsanträgen, das adjektiv Bündnisgrün wird rausgestrichen. Warum wird es rausgestrichen?

Frage Nr 2 - [Person nicht protokolliert] (Köln):

Verständnisfrage zum Verfahren: Die Änderungsanträge sind zwar viele aber der Diskurs darüber ist ja trotzdem wichtig. Kann das Verfahren geändert werden, da es sehr irritierend ist.

GO-Antrag von Lou (FU Berlin, BuVo):

Aussprache soll auch bei den Änderungsanträgen möglich sein.

Präsidium unterbricht die Sitzung für 5 min um Klarheit des Verfahrens zu schaffen.

Lou (FU Berlin, BuVo) zieht den GO-Antrag zurück.

Verfahrensvorschlag des Präsidiums:

Pro Änderungsantrag werden 2 offene und 2 quitierte Beiträge zugelassen.

Frage Nr 3. Janne (Lübeck):

Fragt nach, in welcher Reihenfolge die Änderungsanträge behandelt werden sollen, und plädiert dafür, sie in der Reihenfolge des Textes durchzugehen.

Patricia (Präsidium):

erläutert, dass geplant sei, die Änderungsanträge in der Reihenfolge ihres Eingangs zu behandeln, es sei denn, es komme bei einzelnen Anträgen zu inhaltlichen Konflikten. In diesen Fällen müsse die Reihenfolge angepasst werden.

GO-Antrag von [wurde nicht protokolliert] aus [wurde nicht protokolliert]: Anderer Verfahrensvorschlag

[wurde im Wortlaut nicht protokolliert]

Gegenrede von Constantin (BuVo).

[wurde im Wortlaut nicht protokolliert]

Der GO-Antrag wird zurückgezogen.

Aussprache

Ä1 zu A4 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 22 bis 23 einfügen:

Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre Beschäftigung. **Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende gewährleisten zu können.**

Begründung: Die Studierendenwerke sind in den meisten Bundesländern stark unterfinanziert und können so keine richtige Arbeit für Studis leisten - das darf kein Zustand sein und muss auch in diesem Antrag explizit angesprochen werden.

Modifiziert vom Bundesvorstand übernommen.

Neue Antragsversion 3

Ä2 zu A4 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 58 bis 60:

elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren **und**. **Beides muss** jährlich dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.

Begründung: Nicht nur die Wohnkostenpauschale, sondern auch der BAföG-Satz allgemein müssen fortlaufend an die Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Modifiziert vom Bundesvorstand übernommen.

Neue Antragsversion 4.

Ä3 zu A4 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 155 bis 157 einfügen:

Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die Grünen, **dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften** und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne

Modifiziert vom Bundesvorstand übernommen.

Neue Antragsversion 5.

Ä21 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 81 bis 82:

~~Hier zeigt sich: Eine Koalition ohne bündnisgrüne Beteiligung fehlt der nötige Gestaltungswille, um Bildung und Wissenschaft auf Klimakurs zu bringen.~~

Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden. Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische Verantwortungsträger*innen.

Das Präsidium entscheidet die Behandlung des Ä21 vor Ä4: Präzision des Antrags, Ä21 geht weiter als Ä4 und führt bei Annahme zur Erledigung..

Einbringung Chris (FU Berlin):

[Wortlaut nicht protokolliert]

Helena (BuVo) schlägt eine modifizierte Übernahme vor.

Wer denkt, Schwarz-Rot würde es besser machen, als eine Koalition unter grüner Beteiligung verkennt die politische Situation. Diesen Fakt müssen wir klar benennen. Unter Schwarz-Rot wird es sicher nicht voran gehen.

Janne (Lüneburg) Gegenrede dazu:
Es macht keinen Sinn, da der Wille des Antrags dann hinfällig wird.

weitere Gegenrede Modifikationsvorschlag aus Köln:
[Einbringende Person nicht protokolliert]
Schwarzrot ist keine Lösung, Grüne, wie man gesehen hat, aber auch nicht.

GO-Antrag [stellende Person nicht protokolliert]:
Sofortige Abstimmung.

Gegenrede zum GO-Antrag [stellende Person nicht protokolliert]:
Respekt gegenüber dem Präsidium.
Der GO-Antrag wird zur Abstimmung gegen.

GO-Antrag angenommen. [Stimmverhältnisse nicht protokolliert]

Es kommt zur Abstimmung über Ä21 in seiner Originalfassung.

Die Mehrheit der Stimmen spricht sich für den Änderungsantrag Ä21 aus. [genaue Stimmanteile nicht protokolliert]

Neue Antragsversion 6.

Ä4 zu A4 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 83 bis 84 löschen:

~~Hier zeigt sich: Eine Koalition ohne bündnisgrüne Beteiligung fehlt der nötige Gestaltungswille, um Bildung und Wissenschaft auf Klimakurs zu bringen.~~

Begründung: Dieser Teil des Leitantrags zeichnet aus unserer Sicht ein zu positives Bild der bündnisgrünen Bildungspolitik. Auch in Zeiten, in denen Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene Regierungsverantwortung getragen haben, blieb der grundlegende Wandel im Bildungsbereich aus. Noch immer reicht das BAföG nicht zum Leben, und die finanzielle Ausstattung der Länderhaushalte hat sich strukturell nicht verbessert, was essenziell wäre um Klimaneutralität in der Bildung voran zu bringen
Auch bei uns in NRW wird – trotz grüner Regierungsbeteiligung – an allen Ecken und Enden im Bildungsbereich gekürzt anstatt in Nachhaltigkeit zu investieren. Wir sind überzeugt: Die Lösung liegt nicht allein in einer grünen Regierungsbeteiligung. Vielmehr braucht es einen gesellschaftlichen Wandel, in dem Bildung und Klima endlich den Stellenwert erhalten den sie verdienen.

Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass es Impulse gibt, auch innerhalb der Grünen für diesen Wandel zu wirken. Eine Regierungsbeteiligung jedoch als Lösung an sich darzustellen, halten wir für zu kurz gegriffen.

Erledigt durch Annahme von Ä21.

Ä5 zu A4 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 133 bis 135: (Modifizierung aus Ä16)

unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass ~~bündnisgrüne Politik im Ostender Kampf gegen Rechts~~ sichtbar und ~~hörbar~~ hörbar bleibt und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den

Einbringungsrede Sebastian (Münster):
Hintergrund des Ä5 sei eine klare Formulierung.

Gegenrede von Helena (BuVo):

Schade, dass der Osten untergeht. Hierdurch verkennt Münster, dass Osten weder mit rechter Politik gleichzusetzen ist noch dass "marginalisierte Menschen" als Synonym für den "Osten" verwendet werden können. Erneut werde das Wort "Bündnisgrün" gestrichen. Das sei nicht Idee des Antrags.

Klarstellung von Sebastian (Münster): Osten sollte gar nicht untergehen. Modifizierung vorgeschlagen.

Austausch:

Vorschlag aus dem Plenum:

Bündnisgrüne soll stehen bleiben und Kampf gegen rechts soll einbezogen werden. Die Grünen stehen zusammen und stehen aktiv gegen Rechts. Eher negatives Raunen.

Vorschlag aus dem Plenum:

Kampf gegen Rechts ist wichtig. Es wird sich dem Vorredner angeschlossen. Im Osten soll sich was ändern.

Vorschlag von Campusgrün Bochum:

Die Bündnisgrünen sollen im Leitantrag da stehen bleiben, wo es Sinn macht. Die Grünen sind unsere Verbündeten.

Constantin stellt die aktuelle Version des Antrags vor. Er spricht sich für die Originalfassung aus.

Von Zeile 133 bis 135 (Endfassung: 160-165):

Campusgrün wird verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar bleibt und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll

Mit 22 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen wird der Änderungsantrag angenommen.

Neue Antragsversion 7.

Ä8 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 31 bis 34:

zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt entschlossen ~~mit Vollgas entgegenzusteuern, bleibt Schwarz-Rot mit angezogener Handbremse im Rückwärtsgang~~, **entgegenzusteuern, verschärft Schwarz-Rot den unsolidarischen Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation Studierender.** Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt

Das Präsidium entscheidet die Behandlung des Ä8 vor Ä6: Präzision des Antrags, Ä8 geht weiter als Ä6 und führt bei Annahme zur Erledigung.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä8. Neue Antragsversion 8.

Ä6 zu A4 (GRAS Bochum)

Von Zeile 33 bis 36:

zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt entschlossen mit Vollgas entgegenzusteuern, **bleibt Schwarz-Rot mit—angezogener Handbremseunbeirrbar im Rückwärtsgang.** Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt

Erledigt durch Annahme von Ä8.

Ä7 zu A4 (GRAS Bochum)

Von Zeile 50 bis 52:

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, „Bau-Turbo“, der gezielt in studentischen Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es

Von Zeile 94 bis 96:

sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der Public eClimate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

Redaktionelle Änderung, Wurde vom Bundesvorstand übernommen. (Version 1 -> 2)

Ä9 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 42 bis 43 einfügen:

liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**

Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität vernachlässigen sie beide Gruppen.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä9. Neue Antragsversion 9.

Ä10 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 57 bis 58 einfügen: (Modifizierung)

muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren und jährlich dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahme.

Derzeit haben Studierende keinen Anspruch auf das Existenzminimum. Das führt dazu, dass BAföG-beziehende Arbeiter*innenkinder das Studium im Zweifel abbrechen müssen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht. Das verfassungsmäßig garantierte Existenzminimum muss daher auch für Studierende gelten.

Die im Koalitionsvertrag versprochene Bindung des BAföG-Satzes an das Grundsicherungsniveau darf nur ein erster Schritt in eine tatsächlich armutsfeste garantierte Ausbildungsförderung sein. Merz' Parole, wonach "BAföG statt Bürgergeld" erhöht werden solle, verheißt nichts Gutes. Studierende müssen sich daher mit Erwerbslosen solidarisieren und gemeinsam für die Verbesserung der Lebensverhältnisse kämpfen.

~~Zu einer grundlegenden BAföG-Reform gehört auch ein Schuldenschnitt. Während Akademiker*innenkinder von ihren Eltern wahlweise einen Bausparvertrag, den Führerschein oder eine eigene Wohnung zum 18. Geburtstag bekommen, starten Arbeiter*innenkinder, die den Bildungsaufstieg wagen, mit 10.000€ Schulden ins Leben. Damit Chancengerechtigkeit nicht nur auf dem Papier gilt, ist dieser anti-progressive Ausdruck bestehender Machtverhältnisse zu überwinden. Ein Studienabschluss muss für alle Menschen jeglicher sozialen Herkunft offen sein und darf nicht das Privileg der reichen Oberschicht sein.~~

Einbringung Chris (FU Berlin):

Studierende müssen endlich Anspruch auf ein armutsfestes Existenzminimum haben, damit Arbeiter*innenkinder ihr Studium nicht aus finanzieller Not abbrechen müssen. Eine echte BAföG-Reform braucht deshalb die Kopplung an das Grundsicherungsniveau, einen Schuldenschnitt und solidarische Verbesserungen der Lebensverhältnisse, damit Bildung nicht länger ein Klassenprivileg bleibt.

Gegenrede von Helena (BuVo):

Modifizierte Übernahme: die ersten beiden Absätze sollen übernommen werden. Der dritte Absatz könne nicht übernommen werden, dies gefährde das wohl ausbalancierte BAföG-System. BAföG als Vollzuschuss ist nicht im Haushalt realisierbar und führe eher zum Ende der Ausbildungsfinanzierung aufgrund mangelnder Mittel.

GO-Antrag Lou (FU Berlin/BuVo):

Kurze Unterbrechung für 3 min, da nur zwei Personen des Bundesvorstandes in ihrer Funktion als Sprecher:innen für den ganzen Bundesvorstand sprechen, ohne dass es interne Abstimmungen gab. Klärung sei nötig.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

Das Präsidium unterbricht für ca. 3 Minuten.

Unterbrechung der Sitzung für ca. 3 min

Das Präsidium führt die Sitzung fort.

Sitzänderung - der Bundesvorstand sitzt nun geschlossen in den ersten Reihen.

Der Bundesvorstand und CampusGrün FU Berlin einigen sich auf die von Helena vorgeschlagene modifizierte Übernahme.
Neue Antragsversion 10.

Ä11 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 66 bis 67:

Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger Leistungsdruck ~~und~~, eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens **sowie unbegrenzte Prüfungsversuche** für notwendig.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Es wird auf den Antragstext verwiesen.

Gegenrede Constantin (BuVo, Leipzig)

Es brauche klare, faire und effiziente Strukturen — unbegrenzte Prüfungsversuche würden aber Prüfungen entwerten und das Studium unnötig in die Länge ziehen. Stattdessen setzen wir auf gezielte Entlastung, bessere Betreuung und nachvollziehbare Prüfungsbedingungen, die allen Studierenden wirklich helfen.

GO-Antrag von Lisa (Münster):

Sofortige Abstimmung.

Gegenrede zum GO-Antrag :
Formal

Mit 25 Ja-Stimmen, bei 10 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen wird der GO-Antrag **angenommen**.

Es kommt zur sofortigen Abstimmung.

Mit 20 Ja-Stimmen, bei 8 Enthaltungen und 8 Gegenstimmen wird der Änderungsantrag **angenommen**.

Neue Antragsversion 11.

Ä12 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 74 bis 76:

anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern nachhaltiges Denken bei ~~zukünftigen~~ **Entscheidungsträger:innen** **allen Studierenden**. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung

Der Bundesvorstand übernimmt Ä12. Neue Antragsversion 12.

Ä13 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 89 bis 92:

strategisch für Klimaneutralität zu nutzen: durch eigene Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen **und**, transparente Zielvorgaben **sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null**. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Konkrete Maßnahmen für die Klimaneutralität sind sehr wichtig.

CampusGrün FU Berlin und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.

Modifizierte Übernahme:

Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre Selbstverwaltungshoheit strategisch für Klimaneutralität zu nutzen: durch eigene Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, **CO₂-Bilanzen, transparente Zielvorgaben sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen**. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

Neue Antragsversion 13.

Ä14 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 110 bis 114:

– ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das Vertrauen der Jugend verspielen. ~~Insbesondere der Rechtsruck bereitet uns große Sorgen, der~~ Der sich langsam auch an Universitäten ~~etabliert~~ **etablierende Rechtsruck bereitet uns große Sorgen..** Neben Burschenschaften gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der Universität zu **bespielen**.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä14. Neue Antragsversion 14.

Ä15 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 122 bis 125:

unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller Hochschulgremien und aller ~~nachgeordneten Institutionen~~ **Behörden Institutionen der** gegen jede Form von **Rechtsextremismus Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit**. Kein Hochschulstandort ~~im Osten~~ darf **Opfer von Sparmaßnahmen** werden. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Verweis auf den Wortlaut des Antrags.

Gegenrede von Constantin (Leipzig, BuVo):

Was ist mit Behörden gemeint? Uns geht es um alle Institutionen, Referate und Gremien der Unis. Weiterhin befindet sich der Satz bzgl. Osten systematisch unter der Überschrift "Den Osten fest im Blick behalten". Osten hier zu streichen, sei quatsch - wir wollen genau diesen Fokus setzen. Inhaltlich zwar richtig, aber nicht an der Stelle.

CampusGrün FU Berlin und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.

Modifizierte Übernahme:

Und wir fordern: eine unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller Hochschulgremien und aller Institutionen der Hochschule gegen jede Form von Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. Kein Hochschulstandort darf Opfer von Sparmaßnahmen werden, besonders im Osten.

Neue Antragsversion 15.

Ä16 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 133 bis 135:

unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass ~~bündnisgrüne Politik im Osten sichtbar und hörbar~~ **die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden bleibt**. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den

Erledigt durch modifizierte Annahme von Ä5.

Ä17 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 135 bis 138: (Modifizierung)

Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir ~~unterstützen sie als Bundesverband finanziell, unterstützen sie finanziell, politisch~~ **solidarisieren uns inhaltlich mit den ostdeutschen Mitgliedsgruppen und durchführen gemeinsame Kampagnen politische Kampagnen durch**, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Verweis auf den Wortlaut des Antrags.

Gegenrede von Constantin (Leipzig, BuVo):

Solidarität ist nett, aber sie löst kein einziges Problem ostdeutscher Hochschulgruppen und gehe am Kern der Idee vorbei. Wir brauchen keine warmen Worte, sondern echte politische und finanzielle Unterstützung vom Bundesverband. In der Regel sind ostdeutsche Hochschulgruppen unterfinanziert. Daher finanzielle Unterstützung.

CampusGrün FU Berlin und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.

Modifizierte Übernahme:

Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie als Bundesverband finanziell, solidarisieren uns inhaltlich mit den ostdeutschen Mitgliedsgruppen und führen gemeinsame politische Kampagnen durch, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu

Neue Antragsversion 16.

Ä18 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 149 bis 150:

positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden, werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich ~~skandalisieren~~ **politisieren**.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä18. Neue Antragsversion 17.

GO-Antrag [Person nicht protokolliert]:

45 Sekunden Redezeitbegrenzung für Einbringungsrede anstelle von 10 sek.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

Weiterer GO-Antrag [Person nicht protokolliert]:

Dann sollen es auch 45 Sekunden Redezeitbegrenzung für Gegenreden geben.

Gegenrede [Person nicht protokolliert]:

formal

Mit 21 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen und 8 Gegenstimmen wird der GO-Antrag **angenommen**.

Ä19 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 166 bis 168:

Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eigene Akzente setzen – für Studierende, für ~~den~~**Ostenalle anderen marginalisierten Personengruppen**, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt –

GO-Antrag [Person nicht protokolliert]:

10 sek Einbringung auf A4.

Gegenrede [Person nicht protokolliert]:

Formelle

Mit 24 Ja-Stimmen, bei 6 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen wird der GO-Antrag **angenommen**.

Aus dem Plenum Zwischenruf [Person nicht protokolliert]:

Man verstehe nicht, warum Campusgrün FU Berlin in der Nacht zu heute so viele Änderungsanträge gestellt habe - zumal 2 Personen der Hochschulgruppe Mitglied des Bundesvorstand sind.

GO-Antrag [Person nicht protokolliert]:

Sofortige Abstimmung

Gegenrede [Person nicht protokolliert]:

Formelle

Mit 21 Ja-Stimmen, bei 6 Enthaltungen und 10 Gegenstimmen wird der GO-Antrag angenommen.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über Ä19

Mit 9 Ja-Stimmen, bei 14 Enthaltungen und 13 Gegenstimmen wird der Änderungsantrag abgelehnt.

Ä20 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 50 bis 54:

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen echten „Bau-Turbo“, der gezielt in ~~studentischen Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es klare gesetzliche Vorgaben zur Zweckbindung der Mittel sowie eine Priorisierung des sozialen Wohnungsbaus statt Symbolpolitik der CDU/GSU-geführten Koalition.~~ dauerhaft gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum für alle investiert. Die Konkurrenz zwischen Studierenden und armutsbetroffenen Arbeiter*innen ist menschengemacht – sie durch eine staatliche Wohnungsbauoffensive zu überwinden, muss Aufgabe einer lösungsorientierten und progressiven Politik sein. Bloß den Bau neuer Studi-Wohnheime zu fördern bedeutet letztlich, Privilegien bildungsbürgerlicher Schichten fortzuschreiben, während junge Menschen ohne Abitur alleingelassen werden.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Verweis auf den Wortlaut des Antrags.

CampusGrün FU Berlin und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.

Modifizierte Übernahme:

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen echten „Bau-Turbo“, der gezielt in dauerhaft gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum für alle investiert. Die Konkurrenz zwischen Studierenden und armutsbetroffenen Arbeiter*innen ist menschengemacht – sie durch eine staatliche Wohnungsbauoffensive zu überwinden, muss Aufgabe einer lösungsorientierten und progressiven Politik sein.

Neue Antragsversion 18.

Ä23 zu A4 (campus:grün Köln)

Von Zeile 194 bis 196 einfügen:

Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive Oppositionsarbeit im Bundestag **mit anderen linken Kräften** – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass

Der Bundesvorstand übernimmt Ä23. Neue Antragsversion 19.

Ä24 zu A4 (campus:grün Köln)

Von Zeile 173 bis 175 einfügen:

verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme werden wir weiterhin **in Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen** laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft

Campusgrün Köln und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.
Neue Antragsversion 20.

Ä25 zu A4 (GHG Würzburg)

Von Zeile 200 bis 202:

eingbracht werden. Wir erwarten, dass sich die Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und ~~eigene Akzente setzen~~ **eindeutig Stellung beziehen** – für Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs

Das Präsidium entscheidet die Behandlung des Ä25 vor Ä22: Präzision des Antrags, Ä25 geht weiter als Ä22 und führt bei Annahme zur Erledigung.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä25. Neue Antragsversion 21.

Ä22 zu A4 (GHG Würzburg)

Von Zeile 200 bis 202:

eingbracht werden. Wir erwarten, dass sich die Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und ~~eigene Akzente setzen~~ **deutlich politische Stellung beziehen** – für Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs

Erledigt durch Ä25.

Gesamtabstimmung zum Leitantrag A4

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A4.

Mit 31 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen und keiner Gegenstimme wird der Leitantrag A4 von der Bundesmitgliederversammlung **angenommen**.

Titel: Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!

Kürzel: A4

Version: 21

Antragstext:

Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und konsequenten Klimaschutz.

Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre Beschäftigung. Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende gewährleisten zu können.

Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen, insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung statt leerer Versprechen

Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt entschlossen entgegenzusteuern, verschärft **Schwarz-Rot den unsolidarischen Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation Studierender**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt werden. Mit Blick auf die Prioritäten

der Koalition um Merz, die gerade nicht den sozialen Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund stellt, gehen wir Studierende vermutlich wieder leer aus.

Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**

Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität vernachlässigen sie beide Gruppen.

Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen, Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung durch bessere Studienbedingungen fehlen.

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in dauerhaft gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum für alle investiert. Die Konkurrenz zwischen Studierenden und armutsbetroffenen Arbeiter*innen ist menschengemacht – sie durch eine staatliche Wohnungsbauoffensive zu überwinden, muss Aufgabe einer lösungsorientierten und progressiven Politik sein.

Campusgrün drängt auf eine **grundlegende BAföG-Reform**, die das BAföG endlich elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Beides muss jährlich dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.

Derzeit haben Studierende keinen Anspruch auf das Existenzminimum. Das führt dazu, dass BAföG-beziehende Arbeiter*innenkinder das Studium im Zweifel abbrechen müssen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht. Das verfassungsmäßig garantierte Existenzminimum muss daher auch für Studierende gelten.

Die im Koalitionsvertrag versprochene Bindung des BAföG-Satzes an das Grundsicherungsniveau darf nur ein erster Schritt in eine tatsächlich armutsfeste garantierte Ausbildungsförderung sein. Merz' Parole, wonach "BAföG statt Bürgergeld" erhöht werden solle, verheißt nichts Gutes. Studierende müssen sich daher mit Erwerbslosen solidarisieren und gemeinsam für die Verbesserung der Lebensverhältnisse kämpfen.

Ein Studienabschluss muss für alle Menschen jeglicher sozialen Herkunft offen sein und darf nicht das Privileg der reichen Oberschicht sein.

Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten** psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von Präventionsprogrammen und niedrigschwelligen Angeboten. Diese Investitionen dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht, entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern. Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger Leistungsdruck, eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens sowie unbegrenzte Prüfungsversuche für notwendig.

Klimapolitischer Rückschritt

Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.

Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern nachhaltiges Denken bei allen Studierenden. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung und interdisziplinäre Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen und sozialen Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen erfordern eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch den Bundeshaushalten ausreichend abgebildet ist.

Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden. Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische Verantwortungsträger*innen.

Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen, mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen geöffnet und langfristig abgesichert werden.

Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen, transparente Zielvorgaben sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der Public Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

Den Osten fest im Blick behalten

Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt, dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf Bundes- und Landesebene.

In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt, dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die

demokratischen Parteien das Vertrauen der Jugend verspielen. Der sich langsam **auch an Universitäten etablierende Rechtsruck** bereitet uns große Sorgen. Neben Burschenschaften gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der Universität zu bespielen.

Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen. Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller Hochschulgremien und aller Institutionen der Hochschule gegen jede Form von Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. Kein Hochschulstandort darf **Opfer von Sparmaßnahmen** werden, besonders im Osten. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden. **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland brauchen gezielte Förderung statt weiterer Kürzungen**, um Abwanderung und Perspektivlosigkeit zu stoppen.

Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass **der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar bleibt** und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie als Bundesverband finanziell, solidarisieren uns inhaltlich mit den ostdeutschen Mitgliedsgruppen und führen gemeinsame politische Kampagnen durch, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft

In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme werden wir weiterhin in Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft in den Studierendenparlamenten und stellen die ASten, Senator:innen und viele weitere Positionen. Campusgrün wird die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren: Wir werden Protestaktionen gegen Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen, studentische Vollversammlungen und Bündnisse organisieren und Druck auf Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen den Sparkurs aus Berlin zu positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden, werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich politisieren.

Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die Grünen, dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und Initiativen einbringen, sei es

auf Parteitag oder in Gesprächen mit Grünen-Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive Oppositionsarbeit im Bundestag mit anderen linken Kräften – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass Kürzungen im Bildungsbereich konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie eine echte BAföG-Reform eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eindeutig Stellung beziehen – für Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt – und deutlich, wo er zu zaghaft bleibt.

5.2. Weitere Anträge

A1 NAMs in die Hochschullehre! (Links-Grüne Liste Bonn)

Einbringung durch Boldizsár Mann (LGL Bonn):

NAMs sind essenzielle Zukunftstechnologien, doch in Deutschland fehlen ihnen bis heute strukturelle Unterstützung, politische Förderung und ein Platz in der grundständigen Lehre. Um das zu ändern, soll der Bundesverband von Campusgrün gemeinsam mit grünen Fachgremien und Hochschulgruppen konkrete Werkzeuge bereitstellen, die den Einsatz und Ausbau von NAMs sichtbar und vor Ort umsetzbar machen. Der derzeitige Lock-In eines tierversuchsorientierten Forschungssystems behindert Innovation, belastet ethisch und benachteiligt den Hochschulstandort Deutschland. Deshalb braucht es einen politischen Paradigmenwechsel, gezielte Förderung und die feste Verankerung von NAMs in relevanten Studiengängen.

Es erfolgt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die Aussprache

Helena (Potsdam, BuVo):

bedankt sich bei den Antragstellenden für die Einbringung, das gute Verfahren und die Verhandlungen im Vorfeld der Mitgliederversammlung, und das Vorbringen des Themas: Tierschutz.

Ä1 zu A1 (Links-Grüne Liste Bonn)

Globalalternative der Antragstellenden und von Ihnen übernommen - kleine redaktionelle Änderungen.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A1:

Der Antrag A1 wird einstimmig von der Bundesmitgliederversammlung **angenommen**.

Titel: NAMs in die Hochschullehre!

Kürzel: A1

Version: 2

Antragstext:

Auftrag

New Approach Methodologies (NAMs) bieten eine tierversuchsfreie Alternative in der Forschung und Lehre, die ethisch wie wissenschaftlich dringend notwendig ist – dennoch fehlt es bislang an strukturellem Rückhalt in Studiengängen, Förderstrukturen und politischer Unterstützung.

Damit sich dies ändert, wird der Bundesverband von Campusgrün aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesarbeitsgemeinschaften Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik sowie Tierschutzpolitik von Bündnis 90/ Die Grünen, den Mitgliedsgruppen des Bundesverbands und den GRÜNEN Landesarbeitsgemeinschaften zusammenzuarbeiten, um Studierenden, weiteren Hochschulgruppen und Lehrenden konkrete Werkzeuge an die Hand zu geben, anhand derer schon heute aufgezeigt werden kann, wie erfolgreich NAMs an Hochschulen eingebunden sind, wie sie eingesetzt werden können sowie wie eine zukunftsgerichtete, langfristig gänzlich tierversuchsfreie Wissenschaft gestaltet werden kann.

Hintergrund und Problemstellung

New Approach Methodologies (NAMs), d. h. tier(versuchs)freie Methoden wie In-Vitro- oder In-Silico-Modelle, also Forschung an Zellen und Geweben, „Tissue Engineering“ (Gewebezucht) oder Computermodelle werden in der Industrie immer mehr eingesetzt und stoßen bei Studierenden auf großes Interesse. Ein weiterer immer wichtiger werdender Bereich ist die patientenbasierte Forschung. Nicht nur das Tierleid, sondern auch die Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse führen zu dieser Nachfrage.

Der große Innovationsschub, gerade bei der Weiterentwicklung vorhandener Methoden und der Entwicklung völlig neuer, wird jedoch durch den Lock-In-Effekt eines über Jahrzehnte auf Tierversuche ausgelegten Lehr- und Forschungsbetriebs ausgebremst. Tierversuche aus dem Tierschutzgesetz auszunehmen, wie von der neuen schwarz-roten Bundesregierung beabsichtigt, lehnen wir in diesem Rahmen entschieden ab.

NAMs werden im Moment, wenn überhaupt, erst vereinzelt ab dem Master- oder Doktorand*innen-Niveau gelehrt. Länder wie die USA ermöglichen hier weitaus mehr. Hinzu kommen bürokratische Hürden bei der Anerkennung/ Validierung der Methoden, Vorprägungen in der wissenschaftlichen Publikationspraxis und in der finanziellen Forschungsförderung, was die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre genauso wie der Berufswahl im Bereich NAMs stark einschränkt und den Hochschulstandort Deutschland benachteiligt.

NAMs brauchen also als Zukunftstechnologien – wie es der ehemalige Dekan der Charité, Axel Radlach Pries, ausdrückte (FAZ, 02.11.2017) –, einen ähnlichen Paradigmenwechsel wie die erneuerbaren Energien .

Mit einem Abbau der benachteiligenden Hürden, groß angelegten Unterstützungsprogrammen (auch in der Grundlagenforschung) und 1R- (Replacement) statt 3R-Zentren kann das gelingen.

Wir streben NAMs in der Lehre aller einschlägigen natur- und agrarwissenschaftlichen sowie medizinischen Studiengänge (Biologie, Biotechnologie, Biochemie, Bioinformatik, Neurowissenschaften, Pharmazie, Toxikologie, Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Medizintechnologie, Psychologie, Ernährungswissenschaften, Agrarwissenschaften u. ä.) an. Da die Bedarfe je nach Fach sehr unterschiedlich sind, kann es sich dabei um Wahl- oder Pflichtfächer zu vorhandenen Methoden und Methodenentwicklung handeln, um einzelne Module oder um eigene Bachelor- und Masterstudiengänge. Uns ist wichtig, dass sie bereits in allen relevanten grundständigen Studiengängen vorkommen und Forschende dafür gewonnen werden, Lehrveranstaltungen anzubieten. Auch mehr Kooperationen mit technischen Studiengängen und der Industrie halten wir für sinnvoll.

Forderungen

Campusgrün fordert die neue Bundesregierung und alle Landesregierungen auf, den Ausbau von NAMs strategisch und finanziell zu unterstützen und an die Initiative für eine Tierversuchsreduktionsstrategie der vorigen Bundesregierung anzuknüpfen.

Zudem fordert Campusgrün seinen Bundesvorstand auf, innerhalb seiner Mitgliedsgruppen und in Zusammenarbeit mit dem freien Zusammenschluss von student:innenschaften (fzs) sowie den GRÜNEN Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften (z. B. Tierschutzpolitik und Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik) zusammenzutragen, auf welche Art und Weise NAMs (ihre Methoden und Methodenentwicklung) schon in die Lehre an der jeweiligen Hochschule eingebunden werden. So werden Studierendenschaften Best-Practice-Beispiele an die Hand gegeben, um NAMs bei ihnen vor Ort zu befördern und Wissenschaftler*innen, die schon mit und an NAMs forschen und lehren, an die Universitäten zu holen. Perspektivisch sollen Methoden und Methodenentwicklung von NAMs vor allem in den grundständigen Studiengängen als fester Bestandteil der Lehre etabliert werden – je nach Bedarf des Faches als Wahl- oder Pflichtfach, als Modul oder als eigener Bachelor- oder Masterstudiengang.

Begründung:

Eine ähnliche Initiative wurde vor ungefähr einem Jahr schon mal vom Bonner AStA-Referat für Ökologie gemeinsam mit Campusgrün und dem fzs angestrengt, führte aber zu kaum Erfolgen, weshalb ein Neustart versucht werden sollte.

Die Bundesvorstände von fzs und Campusgrün (und gerne auch von weiteren bundesweiten Zusammenschlüssen von Studierenden) sollten vor allem die Kommunikation dieses Papiers an Studierendenschaften koordinieren, um von ihnen NAM-Erfahrungswerte und -Wissenschaftler*innen zusammenzutragen. Diese können gerne weiterhin an oeko@asta.uni-bonn.de gesendet werden. Auch darüber hinaus kann das weiterhin von der Links-Grünen Liste Bonn besetzte Ökologie-Referat die Aktion steuern.

A5 Satzungsänderungsantrag (Bundesvorstand)

Einbringung durch Constantin (Leipzig, BuVo):

Die vorläufige Mitgliedschaft ermöglicht es neuen Hochschulgruppen, früh Zugang zur Infrastruktur des Bundesverbands zu erhalten, ohne sofort volle Mitgliedsrechte zu bekommen. Sie verhindert Doppelstrukturen, indem Gruppen nicht erst eigene Systeme aufbauen müssen. Gleichzeitig schützt sie den Verband vor missbräuchlicher Nutzung, da kein Stimmrecht besteht und die Mitgliedschaft rückwirkend entfällt, falls die Aufnahme scheitert. Die verpflichtende Antragstellung auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung stellt Verbindlichkeit und ein zügiges Verfahren sicher.

Constantin bedankt sich weiterhin herzlich bei Münster und Bochum für die Mitwirkung am Antrag und die konstruktiven Verhandlungen.

Es gibt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die Aussprache.

Lian (TH Köln):

Fragt, was passiert, wenn sich zwei Gruppen von derselben Hochschule bewerben.

Constantin (BuVo):

Kennt das Problem. Muss im Einzelfall der BuVo beschließen. Empfiehlt, dass miteinander geredet wird, um zu verhindern, dass sich konkurrierende Gruppen gründen.

Ä1 zu A5 (GRAS Bochum)

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte, **selbst erstellte Dateien und Ressourcen durch die vorläufige Mitgliedsgruppe sind dieser unter angemessenem Aufwand vor der Löschung durch Campusgrün zum Download bereitzustellen.**

Erledigt durch Übernahme von Ä6 zu A5.

Ä2 zu A5 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 7 bis 10:

Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ **mit—zwei-drittel Mehrheit einstimmig**. Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht.

Erledigt durch Übernahme von Ä6 zu A5.

Ä3 zu A5 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte.

Bewerber die im Konflikt mit § 5 Abs. 2 stehen können nicht vorläufiges Mitglied werden.

Erledigt durch Übernahme von Ä6 zu A5.

Ä4 zu A5 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 7 bis 10:

Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ **einstimmig** mit **zwei-drittel Mehrheit den anwesenden Mitgliedern** . Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht.

Erledigt durch Ä6 zu A5.

Ä5 zu A5 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

Hochschulgruppen, die noch nicht Mitglied im Bundesverband sind und die Voraussetzungen dieser Satzung, **insbesondere § 5 Absatz 2**, erfüllen, können beim Bundesvorstand eine vorläufige Mitgliedschaft unter der Maßgabe beantragen, auf der nächsten

Erledigt durch Ä6 zu A5.

Ä6 zu A5 (Campusgrün Bundesvorstand)

Von Zeile 4 bis 10:

Hochschulgruppen, die noch nicht Mitglied im Bundesverband sind und die Voraussetzungen dieser Satzung, **insbesondere § 5 Absatz 2**, erfüllen, können beim Bundesvorstand eine vorläufige Mitgliedschaft unter der Maßgabe beantragen, auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ **mit zwei-drittel-Mehrheit unter den anwesenden Mitgliedern einstimmig**. Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht.

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte, **eigene Dateien sind unter angemessener Frist zuvor zum Download bereit zu stellen.**

modifizierte Übernahme durch den Bundesverband. (Version 1 -> 2)

Ä7 zu A5 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 10 bis 15:

Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht. ~~Sofern der Bundesverband auf dieser~~ **Lehnt die Bundesmitgliederversammlung** ~~den einen~~ **Antrag ablehnt auf Aufnahme einer Mitgliedsgruppe ohne Landesverband ab**, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte. **In diesem Fall sind die eigenen Dateien der Gruppe vor der Löschung unter einer angemessener Frist zum Download bereit zu stellen**, eigene Dateien sind unter angemessener Frist zuvor zum Download bereit zu stellen.

Von den Antragstellenden zurückgezogen.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A5.

Aufgrund des Satzungsänderungen Charakters des Beschlusses weist das Präsidium auf die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit hin.

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltung angenommen.

Titel: Satzungsänderungsantrag

Kürzel: A5

Version: 2

Antragstext:

Die Bundesmitgliederversammlung möge beschließen § 5 der Satzung des Bundesverbands grün-alternativer Hochschulgruppen um Abs. 6 zu ergänzen:

Abs. 6

Hochschulgruppen, die noch nicht Mitglied im Bundesverband sind und die Voraussetzungen dieser Satzung, insbesondere § 5 Absatz 2, erfüllen, können beim Bundesvorstand eine vorläufige Mitgliedschaft unter der Maßgabe beantragen, auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ unter den anwesenden Mitgliedern einstimmig. Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht. Sofern der Bundesverband auf dieser Bundesmitgliederversammlung den Antrag ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte, eigene Dateien sind unter angemessener Frist zuvor zum Download bereit zu stellen.

Begründung:

Die vorläufige Mitgliedschaft ermöglicht Hochschulgruppen, sich schrittweise an den Bundesverband Campusgrün anzunähern und erste Strukturen aufzubauen – ohne sofort alle Rechte einer regulären Mitgliedsgruppe zu erhalten. Sie dient insbesondere dazu, Doppelstrukturen bei neu entstehenden Gruppen zu vermeiden. Eine solche Doppelstruktur kann entstehen, wenn eine Gruppe zunächst eigene Infrastruktur wie Mailadressen, Ablagesysteme oder Webseiten aufbaut, bevor sie sich dem Bundesverband anschließt. Erst nach einem Aufnahmebeschluss kann der Verband entsprechende Infrastruktur bereitstellen – die jedoch gerade in der Gründungsphase dringend benötigt wird und bis dahin eigenständig geschaffen werden müsste.

Gleichzeitig schützt die Regelung den Verband davor, dass Gruppen die Infrastruktur nutzen, ohne sich langfristig zu binden oder tatsächlich Mitglied werden zu wollen. Die Begrenzung der Rechte – insbesondere der Ausschluss vom Stimmrecht – sowie die rückwirkende Aberkennung im Falle einer Ablehnung verhindern eine missbräuchliche Nutzung. Die Verpflichtung, den Antrag auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung zu stellen, schafft Verbindlichkeit und stellt sicher, dass die Integration in den Verband ernsthaft verfolgt wird.

Die Möglichkeit, den Antrag zunächst beim Bundesvorstand zu stellen, sichert ein zügiges Verfahren, da damit eine Entscheidung auf der folgenden Bundesmitgliederversammlung zwingend vorgesehen ist.

A6 Keine Wahlaufrufe für einzelne Parteien oder Kandidat*innen - CampusGrün Münster

Einbringung Sebastian (Münster):

bringt den Antrag ein. Es handele sich um eine Nachbereitung, keine Vorbereitung. Außerdem sei es keine Distanzierung, sondern Unterbindung einer Annäherung zur Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Man habe dem Bundesvorstand vertraut, dieses Vertrauen sei missbraucht worden, der Antrag sei die Konsequenz. Es müsse jetzt einmal klar gesagt werden, wie das Verhältnis zu den Grünen sei.

Gegenrede Constantin (BuVo, Leipzig):

Campusgrün repräsentiere die grünen Hochschulgruppen. Er positioniert Campusgrün als eigene Organisation - wie den Dachverband aller Grünen Parteien im Hochschulbereich, somit auch weiter entfernt als etwa GJ. Der Bundesverband habe aber große Kosten, wodurch man auf die Finanzen der Grünen angewiesen sei. Man habe es bei der GJ gesehen - der Zufluss sei nicht bedingungslos. Man habe sich an die Beschlusslage gehalten: Änderungsanträge ans Wahlprogramm sei Kritik am bisherigen Kurs der Grünen. A6 binde weitere Vorstände, dies habe nichts mit Basisdemokratie vor der nächsten Bundestagswahl zu tun. Dort solle der Verband erneut entscheiden.

[Zwischenruf Präsidium - Zeit]

Nächster BuVo soll entscheiden dürfen, ob sie Geld haben wollen.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache:

[Person nicht protokolliert] (Münster):

Die Grünen auf Bundesebene sollen bereit zu Austausch sein. Man müsse klarmachen, dass man sich nicht allzu sehr distanzieren wolle. Postkarten mit "Geht wählen" statt "Geht grün wählen" sei in Ordnung. An dem "Grün" störe man sich. Kommunikation laufe über den BuVo.

[Zwischenruf - Zeit]

[Person nicht protokolliert] (Trier):

Es ist nicht klar, in welcher Form sich dies genau auf die Grünen auswirkt. In Trier laufe die Kooperation mit den Grünen gut. Man müsse in irgendeiner Form hinter den Grünen stehen dürfen.

Helena (Potsdam, BuVo):

ÄA des BuVo ermöglicht, dass man sich über Finanzierung Gedanken macht. Der Prüfauftrag gebe dem BuVo Verhandlungsmasse gegenüber den Grünen. Entscheidung werde nur auf die nächste BMV vertagt. ÄA ermöglicht gezieltere Entscheidungen.

GO-Antrag Paul (Heidelberg):

Alle Redebeiträge zulassen.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

Christian (FU Berlin):

Bei der letzten BMV wurde beschlossen, keine einzelnen Kandidierenden aufzurufen. Dabei bleibt man politisch unabhängig von Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag gilt als nahezu beschlossen.

Ella (BHT Berlin, BuVo):

Findet wichtig, dass man sich im klaren ist, dass Ursprungsantrag den Verband einschränken würde. Handlungsfähigkeit sei eingeschränkt, weniger Möglichkeiten, mit Grünen in Kontakt kommen. Man könne weniger Dialog führen. Ella zählt Projekte auf, bei denen man auf Grüne einwirke. [Zwischenruf Präsidium - Zeit] Man solle die Zukunft gestalten können, wie man es möchte.

Paul (Heidelberg):

Was sind progressive Listen? Antrag binde die Hände des Bundesvorstands. Wahlauf Ruf könne auch differenziert gemacht werden. Verbote seien für einen vielfältigen Verband nicht angemessen. Dieser Kurswechsel wird sicher von den Grünen bemerkt. Paul spricht sich für BuVo-ÄA aus. Entscheidung sei aktuell überstürzt.

Esther (Köln):

Beide Seiten seien nachvollziehbar. Kompromissvorschlag. Prüfung sei aber nur "Vertröstung" der BMV. Vorbeugung: "Ergebnisse sollen umfassend dargelegt werden." Dann könne nächste BMV abgestimmt werden.

Sebastian (Münster):

Man könne auch Einfluss auf Grüne nehmen, ohne Wahlwerbung. Es sei kein Verbot, wenn die Mitgliedsgruppen dem BuVo zu sagen, was er für die Mitgliedsgruppen tun soll. Man will sich nicht verträsten lassen.

Niki (Köln):

Warten gibt der Partei Macht, zu drohen, Gelder zu streichen. Unabhängig hieße, auf eigener Basis Entscheidungen zu treffen, ohne sich Dinge von Parteien vorschreiben zu lassen.

Wenn es Finanzprobleme gibt, könne auf nächsten BMV nachkorrigiert werden.

Constantin (Leipzig, BuVo):

Bedankt sich für konstruktive Debatte. Prüfauftrag sei kein Verträsten. Wie will man diesen Prüfauftrag umsetzen? Man wolle Gutachten für das nächste BMV schreiben. Man wisse nicht, ob Bündnis 90/Die Grünen die Finanzierung einschränken wolle. Prüfen: welche alternative Finanzierungsmöglichkeiten bestehen? Sichert zu, dass eine objektive Prüfung passieren werde. Sieht Schlussstrich schon gezogen. Man solle nicht mit B90 streiten, da sie finanzieren. An Köln: Nachkorrigieren der Verbandsrichtung würde allerdings die Verhandlungsposition massiv verkürzen.

Malte (Lübeck):

Man sollte sich mit B90 streiten können. Unabhängig bedeutet auch finanziell. Man solle die Möglichkeit offenhalten, Wahlwerbung zu machen, wenn B90 Politik macht, die wir haben wollen. Aktuell eher nicht.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag Ä1

Ä1 zu A6 (Campusgrün Bundesvorstand)

Von Zeile 1 bis 4 einfügen:

Die 51. BMV möge den Bundesvorstand von Campusgrün sowie den Verein Campusgrün Bildungswerk prüfen lassen, wie sich ein Beschluss über folgenden Sachverhalt auswirkt:

*„Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband CampusGrün nicht zur Wahl einzelner Parteien oder Kandidat*innen aufruft, soweit in der betreffenden Wahl noch andere progressive Parteien oder Kandidat*innen zur Wahl stehen. Ein Aufruf zum Wählen gehen bleibt davon unberührt.“*

Der Bundesvorstand legt der 52. BMV ein entsprechendes Gutachten vor und schlägt auf dessen Grundlage einen Beschluss vor.

Der Antrag wird mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Ä2 zu A6 (CampusGrün Münster)

Modifizierte Übernahme:

Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband CampusGrün **ohne ausdrückliche Zustimmung** der Bundesmitgliederversammlung nicht zur Wahl einzelner Parteien oder Kandidat*innen aufruft, soweit in der betreffenden Wahl noch andere progressive Parteien oder Kandidat*innen zur Wahl stehen. Ein Aufruf zum Wählen gehen bleibt davon unberührt.

Das hat nicht zu bedeuten, dass der Verband sich von den Bündnisgrünen als uns nahestehender Partei distanzieren. Der Verband bemüht sich weiterhin studentische Perspektiven in die Partei einzubringen und darf auch im Wahlkampf begleiten. Dabei stehen, sich teils mit Bündnisgrün überschneidende, Werte und Forderungen der Campusgrünen im Vordergrund.

Begründung ÄA: Mit der Änderung wollen wir der Sorge begegnen, dass sich der Beschluss negativ auf unser Verhältnis zu den Grünen auswirkt. So betonen wir auch nochmal im Antragstext, was wir bisher nur in unser Begründung stand.

Der Änderungsantrag Ä2 zu A6 von Campusgrün Münster wird durch Campusgrün Münster modifiziert übernommen. Neue Antragsversion 2.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A6.

Der Antrag wird mit deutlicher Mehrheit bei vereinzelt Enthaltungen und Nein-Stimmen angenommen.

Applaus.

Titel: Keine Wahlaufufe für einzelne Parteien oder Kandidat*innen

Kürzel: A6

Version: 2

Antragstext:

Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband CampusGrün ohne ausdrückliche Zustimmung der Bundesmitgliederversammlung nicht zur Wahl einzelner Parteien oder Kandidat*innen aufruft, soweit in der betreffenden Wahl noch andere progressive Parteien oder Kandidat*innen zur Wahl stehen. Ein Aufruf zum Wählen gehen bleibt davon unberührt.

Das hat nicht zu bedeuten, dass der Verband sich von den Bündnisgrünen als uns nahestehender Partei distanzieren. Der Verband bemüht sich weiterhin studentische Perspektiven in die Partei einzubringen und darf auch im Wahlkampf begleiten. Dabei stehen, sich teils mit Bündnisgrün überschneidende, Werte und Forderungen der Campusgrünen im Vordergrund.

Begründung:

Die einzelnen Mitgliedsgruppen unterscheiden sich bei Fragen der Nähe zur Partei Bündnis 90/Die Grünen teils deutlich. Zwar stehen wir als Verband den Grünen nahe, bei den Fragen, was das für unsere konkrete politische Arbeit auf der Bundesebene bedeutet, müssen aber Grenzen abgesteckt werden, damit der Verband weiter ein Verband für alle Mitgliedsgruppen bleiben kann. Der Bundesverband kann weiter seine inhaltliche und organisatorische Nähe zur Partei nutzen, um unsere Anliegen in den Gremien der Partei anzubringen. Vor dem Hintergrund des starken Rechtsrucks in unserer Gesellschaft, der in einigen Fragen auch vor den Grünen nicht Halt gemacht hat, müssen wir respektieren, dass viele Mitglieder aktuell die Grünen nicht bedingungslos unterstützen können und wollen. Deshalb muss in beiden Richtungen auf zu starke Positionierungen verzichtet werden. CampusGrün ist weder der Ort, an dem eher kritische Stimmen ihre Kritik an den Grünen groß öffentlich nach außen tragen, noch darf CampusGrün einfach undifferenziert und unkritisch Wahlkampf für die Grünen machen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

A7 Autonomie der Mitgliedgruppen - CampusGrün Münster

Einbringung durch Sebastian (CG Münster):

Die Entscheidung, inwiefern man als grüne HSG wahrgenommen werden wolle, obige einzelnen MGs. Sieht kein Problem mit Finanzierung und spricht sich deswegen gegen BuVo-ÄA aus.

Gegenrede (Constantin, BuVo):

Außenwirkung sei unhaltbar, lobt aber, dass der Antrag nach Verhandlung zumindest positiver formuliert wurde. Dennoch schränkt A7 die Arbeit des Bundesvorstands massiv in Lobbytätigkeit ein. Diese Vorgehensweise sein grundsätzlich Geboten, spricht man mit jedoch u.a. mit Abgeordneten im Bundestag, schränke A7 ein - MdB sei auch Mitglied eines Kreisverbands.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache:

[Person nicht protokolliert] (Lüneburg):

Jede andere Vorgehensweise dürfe eigentlich nicht passieren.

Niki (Köln):

Spricht Vorrednerin zu. Weist auf letzte BMV hin, wo Beschlüsse uneinheitlich ausgelegt wurden. Spricht sich dementsprechend für mehr Klarheit aus.

[Person nicht protokolliert] : Es müsse die Möglichkeit geben, solche Anträge zu stellen, um entsprechende Fälle zu verhindern.

Ä1 zu A7 (Campusgrün Bundesvorstand)

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die 51. **BMV möge den Bundesvorstand von Campusgrün sowie den Verein Campusgrün Bildungswerk prüfen lassen, wie sich ein Beschluss über folgenden Sachverhalt auswirkt:**

„Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband nicht von sich aus Kontakt zu Kreis- oder Ortsverbänden der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufnimmt, wenn es

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

Bei KV/OVs, in deren Gebiet sich mehrere Mitgliedsgruppen befinden, sollte eine Lösung im Austausch aller Mitgliedsgruppen gefunden werden.“

Der Bundesvorstand legt der 52. BMV ein entsprechendes Gutachten vor und schlägt auf dessen Grundlage einen Beschluss vor.

Constantin (Leipzig, BuVo) stellt den Änderungsantrag vor:

Es sei die gleiche Argumentation wie bei A6. Der Bundesvorstand möchte einen Prüfantrag haben. Wir können die Auswirkungen nicht klar sagen und müssten unsere gesamte Verwaltungspraxis überarbeiten.

Gegenrede Esther (Köln):

Es soll ein Prüfausschuss gebildet werden, um die MGs mehr einzubinden.

Alexandra (Passau):

Fragt, warum ein Prüfantrag gewünscht ist. Alexandra könne sich nicht vorstellen, dass dies aus Angst vor Entzug von Finanzmitteln passiere.

Sebastian (Münster):

Bei diesem Antrag ergebe ein Prüfverfahren keinen Sinn. Es sei nicht peinlich, diesen Antrag zu verabschieden. Finanzielle Schwierigkeiten sollen nicht entstehen.

Helena (Potsdam, BuVo):

Hat Finanzbedenken. Man würde nicht jede Woche 30 KVs kontaktieren. Mna habe bei den Postkarten Fehler eingestanden. Man solle sich über die Auswirkungen eines solchen Antrags Gedanken machen.

Niki (Köln):

Man wolle als unabhängige Gruppe nicht automatisch die Grüne kontaktieren.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag Ä1

Der Antrag wird mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Ä2 zu A7 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 1 bis 9:

Die 51. BMV möge beschließen, ~~dass~~ :
Wenn der Bundesverband ~~nicht von sich aus~~ Kontakt zu Kreis- oder Ortsverbänden der Partei Bündnis 90/Die Grünen **aufnimmt, wenn aufnehmen möchte und** es in dem Gebiet des KVs oder OV's eine aktive Mitgliedsgruppe des Bundesverbands gibt **und**, **muss** diese ~~nicht~~ zuvor mit einem angemessenen zeitlichen Abstand kontaktiert **wurde werden**. Gegen den Willen einer Mitgliedsgruppe **darf findet** keine Kooperation mit dem dazugehörigen KV/OV und keine Aktion des Bundesverbands selbst auf dem Gebiet **stattfinden statt**.

Bei KV's/OV's, in deren Gebiet sich mehrere Mitgliedsgruppen befinden, sollte eine Lösung im Austausch **aller mit allen** Mitgliedsgruppen gefunden werden.

Begründung: Uns wurde die Rückmeldung gegeben, dass unser Antrag in der bisherigen Fassung zu negativ formuliert sei. Diese Kritik sehen wir! Deshalb haben wir die Formulierung „Der BuVo nimmt nicht Kontakt auf außer...“ überarbeitet und durch eine positivere Wendung ersetzt: „Wenn der BuVo Kontakt aufnimmt, dann nur, wenn ...“. Wir hoffen, dass der Antrag dadurch sprachlich entschärft und der Ton konstruktiver wird. Inhaltlich halten wir jedoch weiterhin daran fest, dass der erste Schritt in solchen Prozessen immer auf die Mitgliedsgruppen zugehen muss.

Der Änderungsantrag Ä2 zu A6 von Campusgrün Münster wird durch Campusgrün Münster modifiziert übernommen. Neue Antragsversion 2.

In diesem Moment betritt das Orgateam die Versammlung mit leckerer Pizza. Alle freuen sich.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A7.

Der Gesamtbetrag wird mit deutlicher Mehrheit und bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen **angenommen**.

Titel: Autonomie der Mitgliedsgruppen

Kürzel: A7

Version: 2

Antragstext:

Die 51. BMV möge beschließen:

Wenn der Bundesverband Kontakt zu Kreis- oder Ortsverbänden der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufnehmen möchte und es in dem Gebiet des KVs oder OV's eine aktive Mitgliedsgruppe des Bundesverbands gibt, muss diese zuvor mit einem angemessenen zeitlichen Abstand kontaktiert werden. Gegen den Willen einer Mitgliedsgruppe findet keine Kooperation mit dem dazugehörigen KV/OV und keine Aktion des Bundesverbands selbst auf dem Gebiet statt.

Bei KV's/OV's, in deren Gebiet sich mehrere Mitgliedsgruppen befinden, sollte eine Lösung im Austausch mit allen Mitgliedsgruppen gefunden werden.

Begründung:

Die Mitgliedsgruppen genießen Autonomie. Gerade bei der Frage von Zusammenarbeit mit den Grünen unterscheiden sich die Mitgliedsgruppen in einem so vielfältigen Verband wie unserem teils deutlich. Die Entscheidungen der Mitgliedsgruppen, ob und in welchem Umfang sie mit den Grünen zusammenarbeiten wollen, sollten nicht durch den Bundesverband beeinflusst werden. Auch die Frage, wie stark man in der Studierendenschaft als Vertreter der Grünen wahrgenommen werden möchte, sollte jede Mitgliedsgruppe für sich entscheiden können. Auf diese Fragen können aber Kooperationen zwischen dem Bundesverband und den Grünen vor Ort großen Einfluss haben. Daher sollte das nur nach vorheriger Absprache und im Einvernehmen mit der lokalen Mitgliedsgruppe geschehen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Das Präsidium unterbricht für ca. 10 Minuten zur Beratung, ob der Antrag satzungskonform ist. Ein Präsidiumsmitglied trägt vor: Der Bundesvorstand soll qua Satzung Campusgrün gegenüber Bündnis 90 / Die Grünen vertreten. Dies sei hier fraglich. Das Präsidium vertagt die Entscheidung hierüber auf Sonntag.

GO-Antrag Elia (Köln):

Verlängerung der Sitzung über 20:30 hinaus, um weitere Anträge diskutieren zu können. Das Präsidium berät sich darüber.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

A8 Queere Bildungspolitik an Hochschulen fördern und strukturelle Diskriminierung bekämpfen! (CampusGrün Münster)

Es erfolgt ein weiterer Präsidiumswechsel. Maximilian (Bochum) und Patricia (Leipzig) leiten die Sitzung.

GO-Antrag Sebastian (Münster):

A9-A11 vertagen.

Gegenrede [Person nicht protokolliert].
Formal.

Mit deutlicher Mehrheit ist der GO-Antrag angenommen.

Einbringung durch Lisa (Münster):

Aktuell ist es eine gesellschaftliche Realität, dass FLINTA* und Queere Personen unterdrückt werden. Sie sollen mehr zu Wort kommen. Außerdem soll auf gendergerechte Sprache und Quotierung geachtet werden.

Es gibt keine Gegenrede

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache:

Elia (Köln):

bedankt sich für die Arbeit von Münster.

Janne (Lüneburg):

Bedankt sich und wirbt dafür, dass möglichst viele Mitgliedsgruppen den Antrag bei sich an der Hochschule einbringen.

Ä1 zu A8 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 13 bis 15 löschen:

akademischen Führungspositionen massiv unterrepräsentiert. Wir fordern eine **verpflichtende** Quotierung auf allen Ebenen der Hochschule, insbesondere bei der Vergabe von Professuren. Diese Maßnahme ist nicht nur

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

Quotierung studentischer Gremien: Listen, die mehrheitlich **cis**-männliche Kandidaten aufstellen, sollen nicht unkommentiert zu Wahlen studentischer

Von Zeile 34 bis 37:

Sensibilisierung in der Lehramtsausbildung: Lehramtsstudiengänge Insbesondere in Lehramtsstudiengängen müssen **verpflichtende** Veranstaltungen zum Umgang mit queeren Personen **im Schulkontext verpflichtend Teil des Studiums werden.** ~~Zukünftige Lehrer*innen müssen~~ **Schüler*innen verdienen Lehrkräfte, die** in der Lage **seinsind**, ein **offenes**, inklusives und unterstützendes Umfeld zu schaffen. **Unser Bildungssystem ist einer der Orte, an dem wir ansetzen müssen, um künftige Generationen zu sensibilisieren und langfristig gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.**

Von Zeile 55 bis 62:

Kulturelle Angebote mit queerer Perspektive: Kultursemestertickets **Kulturelle Angebote** müssen **auch** queere **Angebote** **Perspektiven** beinhalten und darauf ausgelegt sein, feministische Perspektiven zu fördern. ~~Durch die Einbindung solcher~~ **insbesondere müssen solidarisch finanzierte Angebote kann** **allengeschaffen werden (z.B. durch Kultursemestertickets), um** Studierenden kostengünstig oder kostenlos Zugang zu machtkritischen Perspektiven **ermöglicht werden zu ermöglichen.**

Der Bundesvorstand ~~wird beauftragt, sowie die Mitgliedsgruppen werden damit~~ **beauftragt** diese Forderungen in **die ihre** politische Arbeit ~~von CampusGrün auf~~ **Bundesebene** einfließen zu lassen und **sie** gegenüber ~~den zuständigen~~

bildungspolitischen Akteur*innen zu vertreten, **um Stück für Stück strukturelle Diskriminierung zu bekämpfen.**“

Die Antragstellenden übernehmen Ä1. Neue Antragsversion 2.

Ä2 zu A8 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 18 bis 20 einfügen:

Gendergerechte Sprache: In der Lehre sowie in Studienleistungen und wissenschaftlichen Arbeiten muss gendergerechte Sprache **allen Studierenden nahegelegt und da, wo möglich**, verpflichtend werden. Hochschulen sollen durch klare Positionierung dafür Sorge tragen,

Begründung: Wir fordern auch die Förderung von gendersensibler Sprache an Universitäten und in der Lehre. Leider ist eine Verpflichtung dessen aber nicht in allen Studiengängen rechtlich möglich. Damit der Antrag nicht durch diesen Punkt rechtlich eingeschränkt wird, sprechen wir uns hier für die Differenzierung dessen aus.

Die Antragstellenden übernehmen Ä2. Neue Antragsversion 3.

Ä3 zu A8 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 36 bis 38 einfügen:

Lehramtsstudiengängen müssen Veranstaltungen zum Umgang mit queeren Personen **einführen** im Schulkontext verpflichtend Teil des Studiums werden. Schüler*innen verdienen Lehrkräfte, die in der Lage sind, ein offenes,

Die Antragstellenden übernehmen Ä3. (Version 3 -> 4).

Ä4 zu A8 (GHG Würzburg)

Von Zeile 24 bis 27:

Quotierung studentischer Gremien: Listen, die mehrheitlich cis-männliche Kandidaten aufstellen, ~~sollen nicht unkommentiert~~ **zusollten bei** Wahlen studentischer Gremien ~~zugelassen werden~~ **nicht unkommentiert bleiben.** Hochschulgruppen mit nicht-quotierten Listen müssen zumindest eine Begründung vorlegen. Zusätzlich fordern wir gezielte

Die Antragstellenden übernehmen Ä4. (Version 3 -> 4).

Ä5 zu A8 (GHG Würzburg)

Von Zeile 43 bis 46:

Ausschluss diskriminierender Strukturen: Burschenschaften und Verbindungen ~~dürfen nicht mehr als Hochschulgruppen anerkannt werden und sollen keine Räumlichkeiten der Hochschulen zur Verfügung gestellt bekommen.~~ sind aufgrund ihrer diskriminierenden Strukturen nicht förderungswürdig. Daher sehen wir die Universitäten in der Pflicht diese Gruppierungen nicht weiter zu unterstützen und zu fördern.

Als progressive Organisation lehnen wir elitäre Männerbünde mit

Die Antragstellenden übernehmen Ä5.

Ä6 zu A8 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 24 bis 28:

Quotierung studentischer Gremien: Listen, die mehrheitlich cis-männliche Kandidaten aufstellen, ~~sollten bei Wahlen studentischer Gremien nicht unkommentiert bleiben. Hochschulgruppen mit nicht-quotierten Listen müssen zumindest eine Begründung vorlegen.~~ sollen nicht zu Wahlen studentischer Gremien zugelassen werden. Zusätzlich fordern wir gezielte Empowerment- und Awareness-Programme, um die hochschulpolitischen Gremien

Ä6 wurde zurückgezogen.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A8.

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Titel: Queere Bildungspolitik an Hochschulen fördern und strukturelle Diskriminierung bekämpfen!

Kürzel: A8

Version: 5

Antragstext:

Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

"Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün fordert die flächendeckende Implementierung einer progressiven und queeren Bildungspolitik an deutschen Hochschulen. Wir setzen uns für einen umfassenden Maßnahmenkatalog ein, der strukturelle Diskriminierung Stück für Stück bekämpft und die Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Identitäten an Hochschulen gewährleistet.

1. **Verbindliche Antidiskriminierungsstellen:** Alle Hochschulen müssen Antidiskriminierungsstellen mit eigenem Budget, Personal und Entscheidungskompetenzen etablieren. Diese sollen ein niedrighschwelliges Beschwerdemanagement, proaktive Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote für von Diskriminierung betroffene Personen bereitstellen.

2. **Quotierung aller Stellen und Professuren:** FLINTA*-Personen sind in akademischen Führungspositionen massiv unterrepräsentiert. Wir fordern eine Quotierung auf allen Ebenen der Hochschule, insbesondere bei der Vergabe von Professuren. Diese Maßnahme ist nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit geboten, sondern auch für qualitativ hochwertige wissenschaftliche Arbeit durch diverse Teams unerlässlich.
3. **Gendergerechte Sprache:** In der Lehre sowie in Studienleistungen und wissenschaftlichen Arbeiten muss gendergerechte Sprache allen Studierenden nahegelegt und da, wo möglich, verpflichtend werden. Hochschulen sollen durch klare Positionierung dafür Sorge tragen, dass sprachlich alle Menschen über binäres Geschlechterdenken hinweg adressiert werden, da Sprache Wirklichkeit schafft.
4. **Quotierung studentischer Gremien:** Listen, die mehrheitlich cis-männliche Kandidaten aufstellen, sollten bei Wahlen studentischer Gremien nicht unkommentiert bleiben. Hochschulgruppen mit nicht-quotierten Listen müssen zumindest eine Begründung vorlegen. Zusätzlich fordern wir gezielte Empowerment- und Awareness-Programme, um die hochschulpolitischen Gremien zu einem Ort zu machen, an dem sich FLINTA* wohlfühlen und engagieren wollen.
5. **Kostenfreie Periodenprodukte:** Alle Hochschulen müssen auf sämtlichen Toiletten in allen universitären Gebäuden ausreichend kostenlose Periodenprodukte zur Verfügung stellen, um Periodenarmut zu bekämpfen und alle menstruierenden Studierenden zu unterstützen.
6. **Sensibilisierung in der Lehramtsausbildung:** Insbesondere in Lehramtsstudiengängen müssen Veranstaltungen zum Umgang mit queeren Personen im Schulkontext verpflichtend Teil des Studiums werden. Schüler*innen verdienen Lehrkräfte, die in der Lage sind, ein offenes, inklusives und unterstützendes Umfeld zu schaffen. Unser Bildungssystem ist einer der Orte, an dem wir ansetzen müssen, um künftige Generationen zu sensibilisieren und langfristig gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.
7. **Ausschluss diskriminierender Strukturen:** Burschenschaften und Verbindungen sind aufgrund ihrer diskriminierenden Strukturen nicht förderungswürdig. Daher sehen wir die Universitäten in der Pflicht diese Gruppierungen nicht weiter zu unterstützen und zu fördern. Als progressive Organisation lehnen wir elitäre Männerbünde mit nationalistischen, sexistischen und patriarchalen Strukturen entschieden ab.
8. **Mentoring- und Empowerment-Programme:** Hochschulen müssen mehr finanzielle Mittel für Mentoring- und Empowerment-Programme bereitstellen, die FLINTA*-Personen unterstützen. Besonders in MINT-Fächern und auf dem wissenschaftlichen Karriereweg ist ein gezieltes Empowerment notwendig, um Unterrepräsentation zu bekämpfen.
9. **Bildungsveranstaltungen zu Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnissen:** Hochschulen sollen vermehrt Bildungsveranstaltungen zu Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnissen anbieten und diese bei Bedarf in thematisch passenden Fachrichtungen verpflichtend einführen, um institutionell Kritik, Reformwille und Reflexionsvermögen zu fördern.
10. **Kulturelle Angebote mit queerer Perspektive:** Kulturelle Angebote müssen queere Perspektiven beinhalten und darauf ausgelegt sein, feministische Perspektiven zu fördern. Insbesondere müssen solidarisch finanzierte Angebote geschaffen werden (z.B. durch

Kultursementertickets), um Studierenden kostengünstig oder kostenlos Zugang zu machtkritischen Perspektiven zu ermöglichen.

Der Bundesvorstand sowie die Mitgliedsgruppen werden damit beauftragt diese Forderungen in ihre politische Arbeit einfließen zu lassen und sie gegenüber bildungspolitischen Akteur*innen zu vertreten, um Stück für Stück strukturelle Diskriminierung zu bekämpfen.“

Begründung:

Als grün-alternative Hochschulgruppen setzen wir uns besonders für queerfeministische Themen ein und fordern, dass diese sich in allen Bereichen des Hochschullebens widerspiegeln. Noch immer werden queere Menschen sowie FLINTA*-Personen diskriminiert. Unsere Hochschulen haben als Bildungsinstitutionen eine besondere Verantwortung, diese Diskriminierung aktiv zu bekämpfen und inklusivere Strukturen zu schaffen.

Die aktuelle Situation an deutschen Hochschulen ist nicht zufriedenstellend. FLINTA*-Personen sind in Führungspositionen und in bestimmten Fachbereichen massiv unterrepräsentiert. Queerfeindlichkeit, Sexismus und andere Diskriminierungsformen gehören leider zum Hochschulalltag vieler Studierender und Beschäftigter. Es fehlt an institutionellen Strukturen, die Betroffene unterstützen und präventiv gegen Diskriminierung vorgehen.

Eine progressive Bildungspolitik muss queere und feministische Perspektiven besonders fördern und berücksichtigen. Nur durch das Beleuchten dieser machtkritischen Perspektiven lassen sich Ungleichheiten und Unterdrückung langfristig überwinden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um strukturelle Diskriminierung an Hochschulen zu bekämpfen und gleiche Bildungschancen für alle zu ermöglichen.

Die Forderung nach Quotierungen ist dabei kein Selbstzweck, sondern ein notwendiges Instrument, um historisch gewachsene Ungleichheiten zu überwinden. Diverse Teams führen nachweislich zu besseren wissenschaftlichen Ergebnissen und fördern Innovation. Dass Quotierungen funktionieren, zeigen wir bei CampusGrün bereits erfolgreich in unseren eigenen Strukturen. Die Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten sowie die verpflichtende Einführung von gendergerechter Sprache sind konkrete Maßnahmen, die unmittelbar zu einem inklusiveren Hochschulalltag beitragen können. Gleichzeitig adressieren wir mit der Sensibilisierung in der Lehramtsausbildung auch die zukünftige Bildungslandschaft und tragen so zu einem langfristigen gesellschaftlichen Wandel bei. Der Ausschluss von Burschenschaften und Verbindungen aus dem universitären Raum ist eine notwendige Konsequenz aus deren oft antidemokratischen, sexistischen und elitären Strukturen, die im eklatanten Widerspruch zu den Werten einer diversen und inklusiven Hochschule stehen.

Mit diesem Maßnahmenkatalog wollen wir als CampusGrün einen Beitrag zu einer gerechteren und diskriminierungsärmeren Hochschullandschaft leisten und unsere klare Position für queerfeministische Bildungspolitik verdeutlichen.

A9 Rassismus und Polizeigewalt benennen, bekämpfen und mit Opfern solidarisieren! (CampusGrün Münster)

Einbringung durch (Münster) [Person nicht näher protokolliert]:
[Wortlaut nicht protokolliert]

Es gibt keine Gegenrede

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache. Es befinden sich keine Wortbeiträge in den Redeboxen.

Ä1 zu A9 (GRAS Bochum)

Von Zeile 16 bis 21:

CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismus—**P**problem klar zu benennen. **LorenzLorenz'** Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere Polizeigewalt uns in unserer Arbeit prägen muss. Dass Community**ysies** die Aufklärung einfordern müssen, damit sie geschieht und dass diese Aufforderung dann von Angehörigen und Aktivist*innen kommt und nicht von Seiten der Politik und

Die Antragstellenden übernehmen Ä1, da redaktionell. Neue Antragsversion 2.

Ä2 zu A9 (LGL Bonn)

Von Zeile 16 bis 18:

CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismus Problem klar zu benennen. **LorenzLorenz'** Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere

Erledigt durch Annahme von Ä1.

Ä3 zu A9 (GHG Würzburg)

Von Zeile 2 bis 9:

“Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün benennt vorherrschende rassistische Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser **Strukturen**. Auch an Hochschulen erleben BIPOC-**Personen** täglich Stigmatisierungen und strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend weiße Gruppe müssen wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür **müssen****sollten** wir uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen BIPOC-**Personen** zuhören, ihren Forderungen nachkommen und unsere Privilegien nutzen, um Diskriminierung und

Die Antragstellenden übernehmen Ä3. Neue Antragsversion 3.

Ä4 zu A9 (GHG Würzburg)

Von Zeile 18 bis 23:

Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere Polizeigewalt uns in unserer Arbeit prägen muss. ~~Dass Communities die Aufklärung einfordern müssen, damit sie geschieht und dass diese Aufforderung dann von Angehörigen und Aktivist*innen kommt und nicht von Seiten der Politik und Behörden ist bezeichnend.~~ Aufklärung wird meistens durch Angehörigen und Aktivist*innen eingefordert, dass Communities dies einfordern müssen und diese Aufklärung nicht von Seiten der Politik und Behörden kommt, ist bezeichnend. Polizeigewalt und rechte Strukturen in Institutionen müssen flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet werden.“

Da die Zeit auf der Versammlung nicht ausreichend war, um den Antrag weiter zu behandeln, wurde er gemäß dem beschlossenen GO-Antrag auf die nächste Versammlung vertagt.

A10 Kostenloses Semesterticket jetzt! (CampusGrün Münster)

Einbringung durch (Münster) [Person nicht näher protokolliert]:
[Wortlaut nicht protokolliert]

Es gibt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache. Es befinden sich keine Wortbeiträge in den Redeboxen.

Ä1 zu A10 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:

auch die Verkehrswende entscheidend voranbringen. Einer von vielen Schritten, die es jetzt zu gehen gilt. **Bis die Forderungen des kostenlosen Nahverkehrs erfüllt sind, muss ein kostengünstiges Deutschlandsemesterticket gewährleistet sein. Dies ist nur durch eine Entkopplung vom Preis des Deutschlandtickets möglich.“**

Die Antragstellenden übernehmen Ä1. Neue Antragsversion 2.

Ä2 zu A10 (GHG Würzburg)

Von Zeile 10 bis 12:

benachteiligten Personengruppen zugutekommt. Daher darf des Semesterticket nicht teurer werden! Im Gegenteil, wir fordern kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr für alle jungen Menschen und Menschen im Niedriglohnsektor in

Begründung des ÄA: Es ist bereits teuer :(

Da die Zeit auf der Versammlung nicht ausreichend war, um den Antrag weiter zu behandeln, wurde er gemäß dem beschlossenen GO-Antrag auf die nächste Versammlung vertagt.

A11 Studentischer Wohnraum? (CampusGrün Münster)

Einbringung durch (Münster) [Person nicht näher protokolliert]:
[Wortlaut nicht protokolliert]

Es gibt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache. Es befinden sich keine Wortbeiträge in den Redeboxen.

Ä1 zu A11 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 11 bis 13:

hier probate Mittel, um der Knappheit entgegenzuwirken. Die bestehende Mietpreisbremse muss **so weiterentwickelt durch einen Mietendeckel ersetzt** werden, **so**dass Mieter*innen Sicherheit haben, nicht im Zuge von Mieterhöhungen aus finanzieller Not heraus ihre Wohnung

Begründung: Gerade die Wohnungsnot unter Studierenden spitzt sich zu. Verfügbarkeit und Preis einer potenziellen Wohnung dürfen nicht über die Wahl der Studienstadt entscheiden. Dies gilt es zu verhindern.

Die Antragstellenden übernehmen Ä1. (neue Version 1 -> 2)

Ä2 zu A11 (CampusGrün FU Berlin)

Von Zeile 9 bis 12:

zukünftig studentischen Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität gibt. Die konsequente Nutzung von leerstehenden Flächen **sowie die Nachverdichtung sind hier — probate, gegebenenfalls durch Enteignung und anschließende Vergesellschaftung, ist ein probates Mittel, um Spekulantentum ein Ende zu setzen und damit** der **Knappheit Wohnungsnot** entgegenzuwirken. Die bestehende Mietpreisbremse muss durch einen Mietendeckel ersetzt werden, sodass

Die Antragstellen übernehmen Ä2 modifiziert ohne das Wort anschließend. (Neue Version 2 -> 3)

Da die Zeit auf der Versammlung nicht ausreichend war, um den Antrag weiter zu behandeln, wurde er gemäß dem beschlossenen GO-Antrag auf die nächste Versammlung vertagt.

D1 Keinen Schritt nach Rechts – Kooperationen und Konsequenzen (campus:grün köln)

Feststellung der Dringlichkeit

Elia (Köln) erhält das Wort:

Campus:grün Köln hat am 13.05 einen Dringlichkeitsantrag gestellt "Keinen Schritt nach Rechts – Kooperationen und Konsequenzen". Dringlichkeit liegt daran, dass die Neueinstufung der AfD eine sehr rezente Entwicklung sei.

Es gibt keine Gegenrede.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Die Satzung schreibt bei Dringlichkeitsanträgen eine Zweidrittelmehrheit vor.

Die Dringlichkeit von D1 wird einstimmig ohne Enthaltung festgestellt.

Einbringung

Das Präsidium erteilt erneut Elia das Wort.

Einbringung durch Elia (Köln):

Jegliche Kooperation mit der AfD sei sowieso abzulehnen, dies gelte auch für Gruppen, die die AfD auf jegliche Art verharmlosen oder sich anders als klar negativ darauf beziehen.

Dies gelte insbesondere auch auf RCDS-/LHG-Verbände, die sich positiv auf die AfD beziehe. Hatte die Gruppe kein Wissen hierzu, soll der Mitgliedsgruppe von Campusgrün die Möglichkeit gegeben werden, die Kooperation abubrechen.

Es gibt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache.

[Nicht protokolliert]:

Nachfrage: wie es für verpflichtende Kooperationen aussehe, etwa für direkt gewählte studentische Senator*innen.

Köln:

Dies sei so auszulegen, dass Kooperation freiwillig sei. Wenn nicht, könne man das Wort "freiwillig" ergänzen.

Sophie (Bochum):

bedankt sich für den Antrag und plädiert für die Annahme. Man müsse sich auch kritisch mit den eigenen Ordnungen befassen. Dies müsse spezifischer in der Satzung festgehalten werden.

Malte (Lübeck):

Wenn irgendwann der Rechtsruck die Universitäten erreicht, könne es vorkommen, dass die studentischen Interessen nur mit AfD-affinen Akteur*innen durchzusetzen seien.

Elia (Köln):

Dies nehme genau den Sinn aus dem Antrag. Gerade in solchen Situationen solle Kooperation mit Rechtsextremen vermieden werden. Im Zweifel sei es möglich, keinen AStA zu stellen.

Niki (Köln):

Man solle keinen Schritt nach rechts gehen. Die Brandmauer breche Schritt für Schritt ab. Dazu

Malte (Lübeck):

Es gehe auch um alltägliche, nicht politische Dinge. In diesem Fall sollte es nicht an diesem Antrag scheitern.

GO-Antrag Constantin (Leipzig, BuVo)

Schließung der Redeliste.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

FU Berlin:

Man enthalte sich in Berlin bei einer linksradikalen Gruppe, die sie unangenehm empfindet.

Esther (Köln):

Es sei keine Zusammenarbeit, wenn Rechtsextreme für den Mülleimer stimmen. Nur, wenn die rechte Gruppe für die Mehrheit gesucht wird.

Elia (Köln):

Man verliere sich gerade zu sehr in Details. Im Einzelfall könne man gut beurteilen, inwieweit eine Zusammenarbeit vorliegt.

Sebastian (Münster):

Die genauen Details seien nicht wichtig. Es solle dem Bundesvorstand der Rücken gestärkt werden, im Einzelfall gegen Mitgliedsgruppen vorzugehen.

Ä1 zu D1 (campus:grün köln)

Der Änderungsantrag Ä1 zu D1 von campus:grün Köln ist eine Globalalternative wird durch Campusgrün Köln übernommen. Neue Antragsversion 2.

Ä2 zu D1 (GRAS Bochum)

Lediglich redaktionelle Änderungen. Die Antragstellenden übernehmen Ä2. Neue Antragsversion 3.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über D1.

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen..

Titel: Keinen Schritt nach Rechts – Kooperationen und Konsequenzen

Kürzel: D1

Version: 3

Antragstext:

Die Bundesmitgliederversammlung möge beschließen:

Sollte ein Mitglied des campusgrün Bundesverbandes sich für eine AstA-Koalition, eine StuRa-Beschlussmehrheit oder ein vergleichbares politisches Bündnis mit irgendeiner Hochschulgruppe entscheiden, welche einen positiven personellen, inhaltlichen, finanziellen oder kommunikativen Kontakt zu einem oder mehreren Mitgliedern der AfD pflegt, führt dies dazu, dass eine der nach § 6 Abs. 5 der campusgrün-Satzung dazu berechtigten Instanzen einen Antrag auf Ausschluss der betreffenden campusgrün-Mitgliedsgruppe nach § 6 Abs. 5 der Satzung initiieren darf. Hierfür müssen nicht alle der oben genannten Kriterien eines positiven Kontaktes erfüllt sein, es reicht mindestens eines.

Die Initiierung eines solchen Antrags darf sowohl wie in § 6 Abs. 5 der Satzung beschrieben auf einer Mitgliederversammlung als auch außerhalb einer Mitgliederversammlung geschehen.

In letzterem Fall muss der Antrag in einem digitalen Umlaufverfahren an die einzelnen Mitgliedsgruppen versandt werden. Der Bundesvorstand entscheidet, auf welchem digitalen Weg dieses Umlaufverfahren stattfindet. Der Antrag ist nur gültig, wenn mindestens 20 Prozent der aktiven Mitgliedsgruppen an dem Umlaufverfahren teilnehmen. Die zeitliche Frist für die digitale Abstimmung bestimmt der Bundesvorstand, maximal jedoch 31 Tage. Das für einen Ausschluss benötigte Quorum regelt die Satzung in § 6 Abs. 5.

Sollte das benötigte Teilnahmequorum von 20 Prozent an dem Umlaufverfahren nicht erfüllt werden und der Antrag aus diesem Grund scheitern, bestehen dennoch weiterhin die in § 6 Abs. 5 der Satzung vorgesehenen Möglichkeiten, einen Antrag auf Ausschluss auf einer Bundesmitgliederversammlung zu stellen.

Begründung:

Durch die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ durch den Verfassungsschutz verschärft sich auch rechtlich gesehen noch einmal deutlich, was moralisch gesehen ohnehin klar sein sollte: es verbietet sich jede Zusammenarbeit mit der AfD und mit AfD-Hochschulgruppierungen.

Jedoch kann nach unserer Einschätzung auch keine demokratische vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Gruppen bestehen, welche jeglichen positiven Kontakt zur AfD pflegen. Wenn beispielsweise eine RCDS-, LHG oder auch eine parteiunabhängige Hochschulgruppierung positiven Kontakt mit Mitgliedern der AfD pflegt, verhilft sie Rechtsextremen dadurch zu einer Normalisierung. Auch mit solchen Gruppierungen verbietet sich also eine Zusammenarbeit und insbesondere eine Zusammenarbeit in einem studentischen Entscheidungs- und Vertretungsgremium wie dem AStA oder dem StuRa.

Beispiele für solche positiven AfD-Kontakte, welche wir als Normalisierung der Rechtsextremen verstehen: Wahl von AfD-Mitglieder in ein Gremium, wie zum Beispiel einen Ausschuss (personell), positive Abstimmung für einen Antrag, welcher von AfD-Mitgliedern (mit)erarbeitet wurde (inhaltlich), Veranstaltungen, die gemeinsam mit AfD-Mitgliedern finanziert wurden (finanziell), gemeinsame Social-Media-Postings oder Messengergruppen mit AfD-Mitgliedern (kommunikativ)

Für eine solche Zusammenarbeit einer campusgrün-Mitgliedsgruppe, egal ob mit AfD-Hochschulgruppierungen oder mit Hochschulgruppierungen mit positiven AfD-Kontakt, muss es bei campusgrün schnelle Konsequenzen geben können, weswegen wir eine Ausschlussmöglichkeit einer aktiven Mitgliedsgruppe auch außerhalb der Mitgliederversammlungen ermöglichen wollen, solange genügend Mitgliedsgruppen in diesen Prozess eingebunden werden. Da 20 Prozent aller Mitgliedsgruppen laut Satzung auch auf einer Mitgliederversammlung notwendig wären, um einen Ausschluss zu beantragen, sehen wir dieses Teilnahmekorum als genügend an.

Desweiteren schärfen wir mit diesem Beschluss unserer Ansicht nach unsere Standfestigkeit gegen Rechts, da wir jetzt auch bei demokratischen Hochschulgruppierungen diejenigen als mitverantwortlich am Rechtsruck benennen, welche jegliche positive Zusammenarbeit mit der AfD pflegen.

Wir geben auch den einzelnen Mitgliedsgruppen vor Ort eine weitere inhaltliche Grundlage an die Hand, den Ausschluss einer Zusammenarbeit mit Hochschulgruppierungen zu begründen, die positive Kontakte zur AfD unterhalten, selbst wenn diese Gruppen bei studentischen Wahlen stark abschneiden sollten.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit begründet sich dadurch, dass die Frist für Anträge am 02.05.2025 lag und die Einschätzung des Verfassungsschutzes ebenfalls am 02.05.2025 veröffentlicht wurde.

Dadurch, dass die Einschätzung des Verfassungsschutzes die Notwendigkeit einer schnellen Handlungsfähigkeit bei einer Zusammenarbeit mit AfD-Sympathisant*innen und AfD-Nahen jeglicher Art noch einmal verdeutlicht hat und sich angesichts der kurzen Zeitspanne zwischen Veröffentlichung und Antragsfrist kein Antrag formulieren und durch die Gruppe vor Ort basisdemokratisch beschließen ließ, begründet sich die Dringlichkeit.

Das Präsidium (Patricia) schließt die Sitzung und wünscht einen angenehmen Abend beim ESC.

Top 6: Gruppenfoto im Park

Wurde auf den nächsten Tag verschoben.

Top 7: Kennenlernen, Essen & ESC-Party

Wurde auf den nächsten Tag verschoben.

Das Präsidium beruft Weiterführung der Versammlung auf
Sonntag, 18. Mai 2025 um 10 Uhr ein.

Top 8: Workshop-Phase und Dankesworte

Hochschulwahlkampf

Helena (BuVo) berichtet vom Workshop zum Hochschulwahlkampf, bei dem viele Ideen gesammelt wurden. Der Bundesvorstand wird diese Ideen zusammentragen, aufbereiten und den Mitgliedsgruppen zur Verfügung stellen. Außerdem kann der BuVo die Mitgliedsgruppen im Wahlkampf durch Unterstützung bei Design, Materialien oder anderen Kampagnenelementen begleiten.

Für Rückmeldungen steht eine pinke Box bereit. Helena weist zudem auf die Newsletter-Gruppe hin; die entsprechenden Unterlagen liegen vorn neben der Anmeldung. Zusätzlich gibt es eine weitere Vernetzungsgruppe, die den Austausch zwischen BuVo und den Mitgliedsgruppen-Vorständen erleichtert.

Social Media Workshop

Constantin (BuVo) bedankte sich bei Paul für die Durchführung der Workshops.

Satzungs- und Geschäftsordnungs-Workshop

Im Workshop wurden die 24 Seiten der Satzung durchgegangen. Dabei stand die Initiative im Vordergrund, zu überlegen, welche Änderungen gewünscht sind. Auch wurde die Parallelstruktur Verband / Verein thematisiert. Das weitere Verfahren bespricht der BuVo und wird bei der kommenden BMV mitgeteilt.

Elia (Präsidium):

bedankt sich für Workshops.

Helena und Constantin (Bundessprecher:innen) bedanken sich bei

- Anna (Geschäftsstelle), für die Arbeit im Hintergrund
- Marco (Geschäftsstelle) für die Organisation
- Paul für Social Media

Präsidium bedankt sich beim BuVo für die inhaltliche Organisation.

Lou bedankt sich bei CG Leipzig für die lokale Orga.

Lou bedankt sich bei den Delis.

Helena bedankt sich beim Präsidium für die souveräne Behandlung der vielen (Änderungs-)anträge.

Top 9: Grußwort fzs

Lisa ist aus Dresden nach Leipzig gereist, um von der aktuellen Situation zu berichten. Sie begrüßt die Befassung mit der Sparpolitik im Leitantrag und erläutert die problematische finanzielle Lage vieler Studierender: Drei von vier Studierenden seien armutsgefährdet. Sie fordert eine Verbesserung des BAföG und kritisiert die Bundesregierung dafür, bislang keine sinnvollen Maßnahmen umgesetzt zu haben. Die bisherigen Ansätze kämen viel zu spät und seien lediglich unter dem Deckmantel besserer Aussichten für die Zukunft präsentiert. Ihre Bewertung der Situation lautet daher „Note 5“.

Besondere Sorge bereitet Lisa die geplante Kürzung der Mittel für Studierendenwerke (STW) in Sachsen. Dies könnte zu einer Erhöhung der Semesterbeiträge um bis zu 50 € führen, gleichzeitig würden Personalstellen abgebaut und die Mieten steigen. In Dresden habe bereits eine Demonstration mit rund 800 Studierenden stattgefunden, um gegen diese Kürzungen zu protestieren. Lisa bezeichnet die Situation als Skandal und weist darauf hin, dass dies nur ein Spiegelbild der bundesweiten Entwicklungen sei – auch in anderen Städten seien Mittel gekürzt worden. Sie betont, dass studentischer Protest gegen diesen „Bildungsschlussverkauf“ dringend notwendig sei. Die Armut wirke sich zudem negativ auf den Studienerfolg aus. Darüber hinaus müssten auch Sanierungen von Universitätsgebäuden und Mensen konsequent vorangetrieben werden.

Der fzs vertritt die Haltung, dass Bildung keine Ware sein darf. Dazu zählen insbesondere bezahlbares Wohnen und elternunabhängiges BAföG.

Abschließend äußert Lisa ihre Freude über die Zusammenarbeit mit Campusgrün.

Helena (Potsdam, BuVo)

lobt fzs als Bündnispartner. Man habe die gleichen Ziele, habe gemeinsam einen offenen Brief geschrieben und wirke sich in Bündnis 90 / die Grünen ein.

Janne (Lübeck):

Fragt nach einer Vorstellung des fzs - was ist der fzs?

Lisa (fzs):

Stellt fzs als bundesweite Studierendenvertretung vor. Man mache viel Lobbyarbeit, um studentische Themen bemerkbar zu machen.

Calvin (Dortmund):

Welche Parteien und welche Ministerien?

Lisa (fzs):

Primär Linke, Grüne, SPD. Auf keinen Fall AfD. Früher FDP. Aktuell Ministerium für Forschung und Raumfahrt.

Constantin (Leipzig, BuVo):

Bittet Lisa nochmals, die Struktur des Vereins für die Mitglieder zu erklären

Lisa (fzs):

Man strukturiert sich als Verein und finanziert sich tatsächlich über Mittel der Mitglieder, BMBF Fördermittel

Elia (Köln):

Wie viele Mitglieder?

Lisa (fzs):

101. Auf der Mitgliederversammlung (MGV) hat jede Gruppe (Delegation) vier Delegierte. Das Stimmgewicht richtet sich nach der Größe der Hochschulgruppe. Die Aufnahme der Mitgliedschaft muss vom AStA beschlossen werden.

[unklar]:

Warum sollen möglichst viele Mitglieder werden?

Lisa (fzs):

Man ist die einzige große Lobby für Studis. Mehr Unterstützung ist gut.

[unklar]:

Welche Lobbyformate funktionieren? Was kann man CG empfehlen?

Lisa (fzs):

Gespräche mit Abgeordneten, Arbeitskreise.

Lou (FU Berlin, BuVo):

Bildungsschlussverkauf? Wie funktioniert Kampagne?

Lisa (fzs):

Lisa erläutert das Thema und betont die Bedeutung dezentraler, kleinerer Formate zur Unterstützung studentischen Engagements. Als Beispiel nennt sie einen offenen Brief in Passau. Der fzs unterstützt das Engagement an einzelnen Hochschulen und möchte Studierende vor Ort stärken. Zudem kündigt sie eine bevorstehende Protestwoche an, um auf die Anliegen der Studierenden aufmerksam zu machen. Begleitend dazu wird eine Umfrage durchgeführt, um die Meinungen und Bedarfe der Studierenden zu erfassen.

Helena und Constantin bedanken sich bei Lisa und laden sie ein, nach der BMV noch im Vorstand weitere Themen zu besprechen.

Das Präsidium verkündet einen Nachtrag zur Entscheidung bzgl. A7 vom Vortag: es werden keine Maßnahmen bzgl. A7 vorgenommen.

Esther (Köln):

Was heißt das?

Präsidium:

Die Prüfung auf Satzungskonformität ist erfolgt. Der Beschluss konnte so gefasst werden.

Top 10: Abschluss & Verabschiedung

Das Präsidium schließt um 14:05 Uhr die 51. Mitgliederversammlung.